

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Jahresbericht



2000

Inhalt

Vorwort	3
Forschung und Beratung	5
– Forschungsgruppe I „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“	7
– Forschungsgruppe II „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“	15
– Forschungsgruppe III „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“	21
– Forschungsgruppe IV „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung“	24
– Forschungsgruppe V „Erweiterung der Europäischen Union“	25
– Forschungsgruppe VI „Europas Rolle in der Welt“	33
– Forschungsgruppe VII „Europäische Identität und Dialog der Kulturen“	36
Weiterbildung	40
– Master of European Studies	40
– Transatlantic Summer Academy	42
– Bonn Graduate School of Economics	43
– Junior Fellows Program	43
– ZEI Summer School in International Macroeconomics	44
– Sonstige Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen	44
Zentrale Koordination.....	46
– IWB-Geschäftsführung	46
– Information, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation.....	46
– Infrastruktur	48
ZEI im Überblick	49
– Organisation und Ansprechpartner (Organigramm)	49
– Mitarbeiter und Fellows	50
– Ausgewählte Veranstaltungen.....	54
– Publikationen.....	59
– Kooperationspartner	65
– ZEI Pressespiegel (Auswahl)	66

Vorwort

Das Jahr 2000 endete mit dem dramatischen Gipfeltreffen des Europäischen Rates in Nizza, dessen Ergebnisse eine zwiespältige Kommentierung in den Medien und in ersten wissenschaftlichen Beurteilungen erfahren haben. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union taten sich offenkundig mit den institutionellen Reformen schwer, die eine auf 27 oder mehr Mitglieder erweiterte Union handlungsfähig erhalten sollen. Die Beschlüsse von Nizza aber haben den Weg zur Erweiterung der Europäischen Union um die ersten postkommunistischen Transformationsländer ab dem Jahr 2003 eröffnet.

Zugleich stehen die Beschlüsse von Nizza im Zusammenhang mit dem sich immer weiter verdichtenden europäischen Verfassungsbildungsprozess. Im Frühjahr des Jahres 2000 stand eine Rede des deutschen Bundesaußenministers, die der politischen Diskussion des Jahres Impuls und Richtung gegeben hat. Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung hat sich an den institutionellen Reformdiskussionen, auch in enger politikberatender Tuchfühlung mit den Akteuren, ebenso beteiligt wie an dem Prozess der weiteren Gestaltung des europäischen Währungs- und Wirtschaftsraums. Die Diskussionen um die Weiterentwicklung des europäischen Binnenmarktes, seiner wettbewerbsrechtlichen Regularien und ihrer Weiterentwicklung in Folge neuer ökonomischer, technologischer und sozialetischer Fragen war im Verlaufe des Berichtsjahres von offenkundig zunehmender europapolitischer Bedeutung. Das ZEI hat sich den durch diese Stichworte angedeuteten Entwicklungen ebenso gestellt wie den kulturwissenschaftlichen Fragen nach der Identität Europas auch jenseits der Ordnung der Europäischen Union sowie den durch die weltpolitischen Entwicklungen immer offenkundiger werdenden Anfragen an Europas Rolle in der Welt.



Die Direktoren des ZEI mit dem Vorsitzenden des ZEI-Beirats, Hans-Dietrich Genscher (Mitte), und Prorektor Willi Hirdt (2. v. links)


Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung ZEI hat sich durch seine Arbeit weiter konsolidiert und sich durch

- Forschung,
- Politikberatung und
- postgraduale Aus-, Fort- und Weiterbildung

mit Beiträgen zur Bewältigung der Probleme der europäischen Integration europaweit weiter etabliert. Das Zentrum arbeitet multidisziplinär und praxisrelevant in enger Kooperation mit Partnern aus Wissenschaft, Politik und Unternehmen. Der vorliegende Bericht gibt einen

Einblick in die vielfältigen Themen und Arbeitsgebiete, mit denen das ZEI sich im Jahr 2000 beschäftigt hat. Der Zuspruch und die Anerkennung, die wir für unsere Leistungen im Berichtsjahr auf regionaler, nationaler und internationaler sowie vor allem auf europäischer Ebene erfahren haben, ermuntern uns, mit unserer Arbeit fortzufahren. Sie verpflichten uns zugleich, auch in den kommenden Jahre nicht nachzulassen, aktuelle Fragen, die sich aus dem europäischen Integrations- und Erweiterungsprozess ergeben, aufzugreifen und praxisrelevante Lösungen zu erarbeiten.

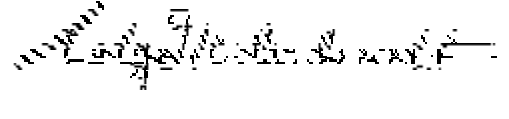
Das ZEI und die im ZEI geleistete Arbeit sind eine Gemeinschaftsaufgabe. Für seine unterstützende Arbeit danken wir insbesondere unserem Internationalen Beirat, der uns unter dem Vorsitz von Professor Hans-Dietrich Genscher orientierende Leitlinien für den weiteren dynamischen Aufbau und die strategische Ausrichtung unseres Zentrums gegeben hat. Ebenso danken wir all jenen Persönlichkeiten aus der Universität, der Stadt, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung, die unsere Arbeit mit Interesse, unterstützend und fördernd begleiten. Unser besonderer Dank gilt jedoch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ZEI, sowie der Geschäftsführung des internationalen Wissenschaftsforums Bonn (IWB), die durch ihre engagierte Arbeit dazu beigetragen haben, dass sich das ZEI im vergangenen Jahr als Einrichtung der europäischen Integrationsforschung weiter etablieren konnte.



Prof. Dr. Jürgen von Hagen



Prof. Dr. Christian Koenig



Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Der Internationale Beirat des ZEI

Genscher, Prof. Hans-Dietrich (Vorsitzender), *ehemaliger Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Bonn*
 Bartoszewski, Prof. Dr. Wladyslaw, *Polnischer Außenminister und Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1996, Warschau*
 Bogdanov, Prof. Dr. Bogdan, *Gründer und Vorstandsvorsitzender der New Bulgarian University, Sofia*
 Borchard, Prof. Dr. Klaus, *Rektor, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (ex officio), Bonn*
 Delors, Jacques, *Präsident „Notre Europe“, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission, Paris*
 Inotai, Prof. Dr. András, *Direktor, Institut für Weltwirtschaft, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest*
 Issing, Prof. Dr. Otmar, *Chefökonom der Europäischen Zentralbank, Frankfurt*
 Maichel, Dr. jur. Gert, *Mitglied des Vorstands, RWE AG, Essen*
 Malinvaud, Prof. Dr. Edmond, *Mitglied der Académie Française und Ehrendoktor der Universität Bonn, Paris*
 Masterson, Prof. Dr. Patrick, *Präsident, European University Institute, Florenz*
 Portes, Prof. Dr. Richard, *Präsident, Center for European Economic Policy Research (CEPR), London*
 Samland, Detlev, *Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf*
 Tenzer, Dipl.-Ing. Gerd, *Mitglied des Vorstands, Deutsche Telekom AG, Bonn*
 von Ploetz, Dr. Hans-Friedrich, *Deutscher Botschafter in Großbritannien, London*
 Wildhaber, Prof. Dr. Luzius, *Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Straßburg*

Forschung und Beratung

Forschungsgruppen im Überblick

Die Forschungs- und Beratungstätigkeit am ZEI wird in thematisch ausgerichteten Forschungsgruppen geleistet. Diese umfassen jeweils mehrere Wissenschaftler und „fellows“ aus den Abteilungen des Zentrums, die sich gemeinsamen oder ähnlich gelagerten Fragestellungen widmen. Diese Struktur fördert die multi- und interdisziplinäre Zusammenarbeit zu zentralen Fragen des europäischen Integrationsprozesses. Im Jahr 2000 arbeiteten am ZEI sieben thematische Forschungsgruppen zu folgenden Themen:

I. Institutionen und Institutionenentwicklung Inhaltlicher Schwerpunkt dieser Forschungsgruppe ist die Entwicklung des institutionellen Rahmens der europäischen Integration. Darunter fallen grundsätzliche Fragen, wie die nach der Notwendigkeit einer europäischen Verfassung oder nach der Gestaltung eines fiskalischen Föderalismus in Europa. Darüber hinaus beobachtet diese Forschungsgruppe die bestehenden europäischen Institutionen wie beispielsweise den Europarat, den Europäischen Gerichtshof oder die OSZE und macht Vorschläge hinsichtlich notwendiger und wünschenswerter Struktur- und Aufgabenreformen.

II. Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik Diese Forschungsgruppe beschäftigt sich mit spezifischen Fragen des Gemeinsamen Marktes als Kernstück der europäischen Integration. Ihre Arbeiten konzentrierten sich bislang im wesentlichen auf sektorspezifische Fragen der Marktgestaltung und Marktprozesse. Beispielhaft dafür sind Arbeiten zur Regulierung des europäischen Telekommunikations-, Pharma-, Gentechniksektors, Aspekte des Beihilfenrechts sowie Fragen der Umweltpolitik.

III. Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa

Im Mittelpunkt der Arbeiten dieser Forschungsgruppe stehen makroökonomische Aspekte der europäischen Integration. Dazu zählen beispielsweise die Frage nach der Entwicklung und dem Funktionieren der europäischen Währungsunion oder die Frage, welche Wirtschafts- und Fiskalpolitiken in der Währungsunion bestehen und inwieweit diese harmonisiert und koordiniert werden müssen.

IV. Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung

Die Arbeit dieser Gruppe konzentriert sich auf die Bedeutung von Arbeitsmarktinstitutionen für das Funktionieren der europäischen Arbeitsmärkte. Dabei werden insbesondere die Flexibilität der Arbeitsmärkte und Aspekte der Entwicklung einer europäischen Beschäftigungspolitik untersucht.

V. Erweiterung der Europäischen Union Diese Forschungsgruppe setzt sich mit den spezifischen Problemen der Erweiterung der EU auseinander. Gegenstand der Arbeit dieser Forschungsgruppe ist einerseits die Entwicklung von Beitrittsstrategien, andererseits die ökonomische und wirtschaftspolitische Dimension des Erweiterungsprozesses, vor allem im Hinblick auf die Entwicklung der Finanz- und der Arbeitsmärkte in den neuen Beitrittsländern.

VI. Europas Rolle in der Welt Diese Gruppe beschäftigt sich mit der Rolle der Europäischen Union im Rahmen der globalen wirtschaftlichen Organisationen wie



In Vorträgen...



...Konferenzen ...



...Ausstellungen ...



...und Publikationen ...



...diskutiert und präsentiert das ZEI seine Forschungsleistungen.

WTO und IWF, sowie die Beziehungen der EU zu Drittländern und anderen regionalen Zusammenschlüssen. Zu ihren Forschungsthemen gehören beispielsweise die transatlantischen Beziehungen, die Beziehungen zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und zu Asien, die Entwicklung einer gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik der EU sowie die spezifischen europäischen Beiträge zur Konfliktbewältigung in der Welt.

VII. Europäische Identität und Dialog der Kulturen

Im Mittelpunkt der Tätigkeit dieser Forschungsgruppe stehen kultur- und geisteswissenschaftliche Fragen, die sich aus der Einigung und Erweiterung der europäischen Union ergeben. Hierzu zählen beispielsweise Aspekte und Probleme der Sprachen- oder Religionsvielfalt, damit verbundene Wertbildungsprobleme und die Notwendigkeit eines Dialogs der Zivilisationen.

Die Forschungsgruppen werden durch verschiedene Foren und Arbeitsgruppen unterstützt, die in der Regel institutionen- und fachübergreifend besetzt sind, sich regelmäßig treffen und einen wertvollen Beitrag im Sinne eines intensiven Dialogs mit

Politik und Praxis zu spezifischen Fragestellungen leisten. Dem gleichen Zweck dienen auch internationale Tagungen sowie verschiedene Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, die das ZEI durchführt. Hierzu zählten in 2000 beispielsweise:

- der „ZEI Europadialog“, in dessen Rahmen über 40 Gäste aus Wissenschaft, Unternehmen und Administration zu aktuellen Fragen der europäischen Integration referierten;
- das „ZEI Europaforum“, zu dem das ZEI namhafte Persönlichkeiten aus der europäischen Politik eingeladen hatte, die in Vorträgen ihre Vorstellungen zu Fragen der europäischen Integration entwickelten und mit einem interessierten Fachpublikum diskutierte;
- das „ZEI Seminar zur europäischen Wirtschaftspolitik“;
- das gemeinsam mit dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Bonn und dem Institut Zukunft der Arbeit durchgeführte „Bonn Research Seminar in Economics“;
- das gemeinsam mit dem Pariser Centre d'Etudes Prospectives et d'Informations Internationales (CEPII) durchgeführte „Deutsch-Französische Wirtschaftspolitische Forum“, das in 2000 zweimal getagt hat;
- der „EMU Monitor“, eine Gruppe europäischer Wirtschaftswissenschaftler, die im Rahmen zweier Pressekonferenzen die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) kommentiert hat;
- das „Parlamentsforum zur EU-Erweiterung“, das sich in 2000 schwerpunktmäßig mit der Struktur- und Regionalpolitik der Europäischen Union beschäftigte, sowie
- das Mittelmeer-Forum, das Wissenschaftler und politische Akteure aus den Partnerstaaten des Barcelona-Prozesses zusammenführte.

Eine ausführliche Darstellung aller Veranstaltungen, die das ZEI im Jahr 2000 durchgeführt hat, findet sich im Kapitel *ZEI im Überblick*.

Forschungsgruppe I „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“

Europarat

Das von Uwe Holtz, ZEI - Senior Fellow und Professor für Politikwissenschaften an der Universität Bonn, im Jahr 1999 initiierte Projekt „50 Jahre Europäische Einigung: Der Europarat“ wurde mit der Veröffentlichung der Publikation „Die wissenschaftliche Reflexion und Praxiserfahrungen“ in 2000 erfolgreich abgeschlossen. Das Buch enthält Beiträge hochrangiger Praktiker, renommierter Wissenschaftler sowie studentischer Nachwuchswissenschaftler, die sich mit der Rolle des Europarats einst und heute beschäftigen. Das Buch wurde in Anwesenheit des Generalsekretärs des Europarates, Walter Schwimmer, und des Präsidenten der parlamentarischen Versammlung des Europarates, Lord Russel-Johnson, sowie des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat, Botschafter Johannes Dohmes, am 26. Januar 2000 im Palais de l'Europe in Straßburg öffentlich vorgestellt. Die deutsche Pressepräsentation fand am 15. Februar 2000 im Zentrum für Europäische Integrationsforschung statt.

Europäisches Parlament

Das vom ZEI finanzierte komparative Forschungsprojekt „European Governance – Das Europäische Parlament nach dem Amsterdamer Vertrag“ wird von ZEI-Senior Fellow und Jean-Monnet-Professor an der Universität zu Köln, Wolfgang Wessels, und seinem Mitarbeiter Andreas Maurer bearbeitet. Es hat zum Ziel, nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam die Rolle der Parlamente in den Mitgliedstaaten im Mehrebenen-Regierungssystem der Europäischen Union und die interparlamentarische Kooperation zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten zu analysieren. Zu diesem Zweck trafen sich am 7. und 8. Juli 2000 Experten aus Wissenschaft und Praxis aus allen 15 EU-Mitgliedsländern sowie Vertreter der EU-Kommissi-

on, der nationalen Parlamente und der Medien im Rahmen eines Workshops zu einem Meinungsaustausch in der Landesvertretung von Nordrhein-Westfalen in Brüssel. Mit Hilfe theoretischer Konzepte zur vergleichenden Analyse der Effektivität des parlamentarischen Engagements in EU-Angelegenheiten und ihrer Kontrolle versuchten die Veranstalter, die institutionellen und prozeduralen Entwicklungen sowohl in den Mitgliedstaaten wie auf EU-Ebene zu bilanzieren. Ob die einzelstaatlichen Parlamente allerdings nach den Reformen von Maastricht und Amsterdam letztlich als Gewinner oder Verlierer gegenüber den Regierungen dastehen, darüber konnte keine Einigkeit erzielt werden. Während Wessels und Maurer nach ihren empirischen Befunden des parlamentarischen Alltags die nationalen Parlamente zu den eindeutigen Verlierern zählten, hoben andere Teilnehmer vor dem Hintergrund des neuen Gewaltenteilungsmodells von „Regierungsmehrheit und Opposition“ die ungebrochene zentrale Bedeutung der Parlamente in den parlamentarischen Systemen der EU hervor.



Prof. Uwe Holtz (li.) und Prof. Ludger Kühnhardt präsentieren das Buch „50 Jahre Europarat“.



Workshop „The European Parliament and the National Parliaments after Amsterdam“ in der Landesvertretung NRW in Brüssel, 7./8. Juli 2000.

Institutionelle Reformen

Beim Gipfeltreffen des Europäischen Rats von Köln im Juni 1999 wurde vereinbart, Anfang 2000 eine Regierungskonferenz einzuberufen, „um die nach Amsterdam noch offenen institutionellen Fragen zu klären, die vor der Erweiterung gelöst werden müssen“. Vor diesem Hintergrund organisierte das ZEI am 25. und 26. September 2000 in Zusammenarbeit mit der Europäischen Rechtsakademie (ERA) in Trier eine internationale Tagung mit Experten aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten. Dabei wurden folgende, zentrale Themen erörtert:



ZEI-ERA-Tagung „Institutionelle Reform der EU: Unerledigte Aufgabe oder tiefgreifende Reform?“ am 25./26.9.2000 in Trier.

• Institutionelle und prozedurale Neuerungen nach Amsterdam (Grundlagen der Regierungskonferenz, Gesetzgebung am Beispiel der Sozial- und

Regionalpolitiken);

- Politischer und juristischer Reformbedarf der EU-Institutionen (Effizienzsteigerung und Demokratisierung in der EU-Kommission und im Rat, Rolle des EuGH);
- Einfluss des europäischen Integrationsprozesses auf die Mitgliedstaaten und die Beitrittsländer (verfassungsrechtliche und -politische Anpassungen, Grenzen und Möglichkeiten der EU-Ratspräsidentschaft);
- Der Weg zu einem „Europa der Bürger“ (Ansätze und Defizite eines europäischen Volkes, Regieren und Regierung in der EU).

In Beiträgen aus der Politik- und Rechtswissenschaft sowie der politischen Praxis in den EU-Institutionen und den Mitglieds- wie Beitrittsländern wurde an die anhaltende Diskussion der Reform der EU-Institutionen angeknüpft und auch die Idee einer Neugestaltung der Verträge erörtert. Dabei wurden den Prinzipien des Rechtsstaates, der Demokratie, der Transparenz, der Flexibilität und der Effizienz besonders nachgegangen.

Legitimation der EU

Im Rahmen eines internationalen Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik veran-

staltete das ZEI am 25. Februar 2000 in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt in Berlin einen Workshop zur Legitimationsproblematik der EU. Anwesend waren Abgeordnete aus dem Europaparlament, dem Bundestag und der französischen Nationalversammlung sowie Vertreter der EU-Kommission, der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens. In der kontroversen Diskussion wurde insbesondere auf die strukturellen Hindernisse zur Legitimationsbeschaffung der EU hingewiesen, wie sie sich vor allem in der Nichtexistenz eines „europäischen Volkes“ und im Mangel an europäischer Öffentlichkeit äußern. Als grundsätzliche Lösungsansätze wurden die Erhöhung der Effizienz europäischer Politik (Output-Legitimation) und die Stärkung der demokratischen Legitimation der europäischen Governance (Input-Legitimation) erörtert. Ob eine Europäische Verfassung einen Beitrag zur Beseitigung des Demokratiedefizits leisten könnte, blieb umstritten. Dagegen herrschte weitgehend Übereinstimmung in der Notwendigkeit nach grundsätzlichen Reformen der EU-Institutionen vor der Erweiterung der Gemeinschaft. Zudem wurde die Frage gestellt, ob das Referenzmodell des Nationalstaates und dessen enge Kategorien nicht überholt seien. Schließlich wurde gefordert, dass grundsätzliche Fragenkomplexe wie Demokratie und Legitimation der EU unbedingt in der europäischen Agenda der Regierungskonferenz von Nizza Beachtung finden sollten.

Politische Parteien in Europa

Mit dem Prozess der komplexen Herausbildung europäischer politischer Parteien auf der Ebene der EU beschäftigte sich der interdisziplinäre Workshop „The Constitution of European Political Parties“, den das ZEI am 13. und 14. Oktober 2000 in Stockholm mitorganisierte. Die Referate der Teilnehmer aus vier Mitgliedstaaten beschäftigten sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen:

- Die Funktionalität Europäischer Politischer Parteien für die EU-Governance (Organisation, Finanzierung, Führung, Programme, Wahlmanifeste);
- Der Rechts- und Verfassungsstatus Europäischer Politischer Parteien (Art. 191 EU-Vertrag);

- Die politische Landschaft nach den Europa-Wahlen von Juni 1999;
- Der Beitrag der Europawahlen zur Herausbildung Europäischer Politischer Parteien;
- Praxisbezogene Falldarstellungen zur Institutionalisierung der Parteiföderationen der Sozialisten, Christdemokraten und Konservativen, sowie der Liberalen und der Grünen.

Als Ergebnis kristallisierte sich heraus, dass die Europäischen Politischen Parteien im Gegensatz zu der landläufigen Meinung heute bereits einen wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung der Europäischen Politiken ausüben. Im Hinblick auf die Erweiterung der Gemeinschaft erscheint es daher sinnvoll, die Netzwerke dieser Europäischen Parteien mit ihren nationalen Pendanten sowohl in der Gemeinschaft als auch in den Beitrittsländern einer genaueren Untersuchung zu unterziehen. Diese könnte dazu beitragen, die Dynamik der Europäisierung und das Tempo des Erweiterungsprozesses mit Hilfe der Parteien als Träger der politischen Willensbildung klarer herauszuarbeiten.

Politische Parteien gehören zu den effektivsten Institutionen in den parlamentarischen Systemen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Besonders die „Volksparteien“ aus den relevanten europäischen Parteienfamilien üben beträchtlichen Einfluss aus auf die Entscheidungsbildungsprozesse im Mehrebenen-Regierungssystem der EU. Dieses Phänomen ist ebenso in den sich entwickelnden demokratischen Systemen der osteuropäischen Reformstaaten zu bemerken. Große Parteien, die sich ideologisch am links/rechts-Schema ausrichten, übernehmen dort immer häufiger die Regierungsverantwortung.

Das ZEI wird daher gemeinsam mit namhaften und international renommierten Forschungsinstituten in Ost- und Westeuropa ein Forschungsprojekt zu diesem Thema durchführen. In einem zweitägigen Workshop, den das ZEI am 2. und 3. Juni 2000 in Bonn durchführte, wurden folgende Forschungsansätze definiert:

- In Bezug auf die politischen Parteien ist zu untersuchen, wie und in welchem Umfang explizit europapolitische Aspekte und Inhalte in ihr politisches Denken und Handeln einfließen und welchen Niederschlag dies bei ihren gewählten Vertretern in den Parlamenten auf europäischer, nationaler oder lokaler Ebene findet;
- Im Hinblick auf die geografische Komponente erscheint es zweckmäßig, etwa gleich viele nationale Parteiensysteme in den EU-Mitgliedsländern und in den Beitrittsstaaten heranzuziehen. Bei letzteren ist zu untersuchen, ob und welche Unterschiede zwischen den nord-ost-, ostmittel- und südosteuropäischen Parteiensystemen bestehen;
- Bei der inhaltlichen Betrachtung sind drei Hauptgesichtspunkte zu berücksichtigen:
 - Die Sicht und Einstellung der Parteien zur vertiefenden Europäisierung einschließlich der Reformierung der Institutionen;
 - die Problematik des Erweiterungsprozesses;
 - die grenzübergreifende Interaktion politischer Parteien und ihrer Repräsentanten sowie Aufgaben lokaler Parteistrukturen im Integrationsprozess.

Die Forschungsergebnisse, die von dem durch die ZEI-Initiative gebildeten Netzwerk über mehrere Jahre erarbeitet werden, werden zu neuen Erkenntnissen über die europapolitische Betätigung der Parteien in Gesamteuropa und über ihre transnationalen Initiativen für eine vertiefte und erweiterte Integration führen.



Das Europäische Parlament in Straßburg...



..Luxemburg...



..und Brüssel.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

von Hagen, J., Hepp, R.: „Regional Risksharing and Redistribution in the German Federation“, ZEI Working Paper B00-15, Bonn, 2000.

Koenig, Chr., Haratsch, A.: „Europarecht“, Lehrbuch (374 Seiten), Mohr Siebeck, Tübingen, 2000.

Koenig, Chr., Pechstein, M.: „Die Europäische Union“, Lehrbuch (340 Seiten), Mohr Siebeck, Tübingen, 2000.

Kühnhardt, L., Reiter, J., Ménudier, H.: „Die Zukunft des Weimarer Dreiecks. Die französisch-deutsch-polnische Zusammenarbeit für Europa“, ZEI Discussion Paper C72, Bonn, 2000.

Zervakis, P.: „Das Europäische Parlament und die Parlamente der Mitgliedstaaten nach dem Vertrag von Amsterdam“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3/2000, S. 765.

Weimarer Dreieck

Das von Ludger Kühnhardt (ZEI Bonn), Henri Ménudier (Sorbonne Paris), und Botschafter a.D. Janusz Reiter (Institut für Internationale Beziehungen Warschau) gemeinsam erarbeitete Positionspapier zur Situation und Zukunft des Weimarer Dreiecks wurde in 2000 als ZEI Discussion Paper (C72/2000) veröffentlicht und den drei Außenministern von Frankreich, Deutschland und Polen übermittelt. Mit dem Papier wurde der Blick für Perspektiven des Weimarer Dreiecks in der zweiten Dekade seines Bestehens aufgezeigt. Das Papier behandelt vor allem die Entwicklung der politischen Institutionen, der außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit sowie die Möglichkeiten einer europäischen Verfassungsordnung, wie sie sich aus der Perspektiven einer polnischen EU-Mitgliedschaft ergeben werden.

Kleinstaaten in Europa

Das Ende des Ost-West-Konflikts hat zu einer wahren „Staaten-Inflation“ in Europa geführt. Von den seit 1990 neu gegründeten 22 Staaten in Europa können die meisten der Kategorie „Kleinstaat“ zugeordnet werden. Europa, das laut OSZE nunmehr aus 53 Staaten besteht, ist innerhalb weniger Jahre zu einem Kleinstaaten-Kontinent par excellence avanciert. Viele dieser neuen - beziehungsweise neu gegründeten - Staaten wollen Mitglied der EU werden. Von den zwölf Beitrittskandidaten sind - nach EU-Maßstab - neun Kleinststaaten. Diese Tatsache stellt nicht nur diese Staaten selbst, sondern auch die Organisation, der sie beitreten wollen, vor eine ganze Reihe von Problemen. Dies ist der Ausgangspunkt für ein ZEI - Forschungsprojekt über „Europas Kleinststaaten im 21. Jahrhundert“. Das Forschungsprojekt will einen Beitrag zur Förderung des Erfahrungsaustausches zwischen den Kleinststaaten Westeuropas und den nach 1989 in Mittel- und Osteuropa neu gegründeten kleinen Staaten, die demnächst Mitglied der EU werden wollen,

leisten. Dabei sollen die kleinen Beitrittskandidatenländer von den Erfahrungen, die andere Kleinststaaten – wie beispielsweise Luxemburg als EU-Mitglied oder aber die Schweiz als Nicht- EU-Mitglied - gemacht haben, profitieren. Ein erster Erfahrungsaustausch hierzu fand am 16. und 17. März 2000 im Rahmen der von ZEI-Senior Fellow Romain Kirt in Luxemburg veranstalteten Konferenz „Europa – ein Kleinststaaten-Kontinent?“ statt.

Wirtschaftspolitischer Wettbewerb und Koordination

In der wirtschaftspolitischen Debatte um die institutionelle Entwicklung der EU nimmt die Frage über das Verhältnis der verschiedenen wirtschaftspolitischen Systeme in den Mitgliedsländern zueinander einen breiten Raum ein. Diese Debatte hat mehrere Facetten. Ein Teil der Diskussion konzentriert sich auf die Frage, inwieweit die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer im Wettbewerb zueinander stehen und ob sie harmonisiert oder koordiniert werden müssen. Ein zweiter Teil der Diskussion betrachtet die Notwendigkeit eines fiskalischen Verbunds der Mitgliedstaaten der Währungsunion nach dem Muster des deutschen Finanzausgleichs zur Sicherung von Beschäftigungsstabilität in den einzelnen Mitgliedsländern. Ein dritter Teil befasst sich mit dem Problem des Steuerwettbewerbs in Europa. In einem vierten Teil schließlich geht es um die Entwicklung der lokalen Gebietskörperschaften in Europa und um ihr Verhältnis zu den übergeordneten politischen Ebenen in der Union. Das ZEI führt seit 1997 ein breit angelegtes Forschungsprogramm durch, das ökonomische Beiträge zu diesen Forschungsfragen leistet.

Wettbewerb oder Harmonisierung

Die Diskussion um Wettbewerb versus Harmonisierung der wirtschaftspolitischen Ansätze und Systeme in der EU betrachtet die Frage, wie unterschiedliche Systeme z. B. der Arbeitsmarktregulierung in den Mitgliedstaaten nebeneinander bestehen können. Populäre Argumente behaupten, die europäische Integration führe zu Wettbewerb der Systeme ähnlich dem Marktwettbewerb zwischen den Anbietern eines Gutes. Die Analo-

gie führt zu dem Schluss, dass sich das jeweils beste wirtschaftspolitische System bewährt.

Die einfache Analogie hält jedoch näherer Überprüfung nicht stand. Anders als auf Märkten für Güter- und Dienstleistungen gibt es im Wettbewerb der wirtschaftspolitischen Systeme keine klaren, wirtschaftlichen Anreizstrukturen und keine wohldefinierten Zu- und Austrittsrechte. Die Marktanalogie greift daher nicht. ZEI - Senior Fellow Martin Seidel hat sich in mehreren Beiträgen mit dem Problem einer angemessenen Wettbewerbsordnung für den Systemwettbewerb auseinandergesetzt.

Die EU hat zur Koordination inzwischen eine Reihe von Mechanismen wie Wirtschaftspolitische Richtlinien, den Luxemburg Prozess, den Cardiff Prozess und den Köln Prozess geschaffen, die unterschiedliche Aspekte der Wirtschaftspolitik abdecken. Inwieweit diese Mechanismen jedoch in der Lage sind, die grundlegende Aufgabe zu lösen, eine konsistente Wirtschaftspolitik zu liefern, ist umstritten. Susanne Mundschenk und Jürgen von Hagen arbeiten in einem gemeinsamen Projekt an der Analyse der wirtschaftspolitischen Aspekte dieser Frage. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die Entstehung von wirtschaftspolitischen „Klubgütern“ in der Europäischen Währungsunion. Klubgüter sind wirtschaftspolitische Größen wie der gemeinsame Wechselkurs und die gemeinsame Inflationsrate, an denen alle Teilnehmer der Währungsunion gemeinschaftlich partizipieren. Diese Klubgüter erfordern eine neue Definition wirtschaftspolitischer Verantwortlichkeiten in der Währungsunion.

Transfermechanismen

Benötigt eine Währungsunion, wie sie die EU inzwischen verwirklicht hat, ein System von horizontalen und vertikalen Transfers nach dem Muster des deutschen Finanzausgleichs, um ohne größere Schwankungen von Beschäftigung und Output in den einzelnen Mitgliedstaaten mit sogenannten asymmetrischen Schocks, also divergierenden zyklischen Entwicklungen, umgehen zu kön-

nen? Hinsichtlich dieser Frage hat der amerikanische Nobelpreisträger Robert Mundell schon in den 60er Jahren die Vermutung geäußert, dass eine Währungsunion derartige Transfermechanismen benötige; eine Ansicht, der u.a. der Delors Report von 1989 folgte.

Das ZEI führt vor diesem Hintergrund ein Projekt zur ökonomischen Analyse von Transfermechanismen in einer Währungsunion durch. Gemeinsame Arbeiten von Ken Kletzer und Jürgen von Hagen entwickeln makroökonomische Modelle einer Währungsunion, in deren Rahmen sich die Mundellsche Vermutung analysieren lässt. Sie zeigen, dass diese Vermutung differenzierter zu betrachten ist, wenn man sie außerhalb des Mundellschen Rahmens, der von Lohn- und Preisrigiditäten gekennzeichnet ist, analysiert. Die makroökonomischen und die wohlfahrtsökonomischen Effekte eines Finanzausgleichs hängen dann wesentlich von der ökonomischen Struktur der Währungsunion und von der Ausgestaltung des Finanzausgleichs ab. Diese Arbeiten zeigen, dass ein Finanzausgleich in der Währungsunion unter Umständen zu einer Verbesserung der Stabilität von Einkommen und Beschäftigung in den Mitgliedstaaten führen kann, dass dabei aber nicht zuletzt Konflikte zwischen der Fiskalpolitik und der Geldpolitik in der Währungsunion auftreten können.

Empirische Arbeiten der Forschungsgruppe zu diesem Thema analysieren die Funktionsweise derartiger Transfermechanismen. Dabei fehlt bisher eine empirische Analyse des deutschen Finanzausgleichs aus diesem Blickwinkel, ein Mangel, der umso gravierender ist, da das deutsche System häufig als Vorbild für eine europäische Lösung erachtet wird. Ralph Hepp und Jürgen von Hagen liefern in einem gemeinsamen Arbeitspaper

(B00-15) eine derartige Analyse. Im Gegensatz zu der seit Mundell gängigen Argumentation zeigen sie, dass der deutsche Finanzausgleich kaum als ein Versicherungsmechanismus der Volkswirtschaften der Bundesländer gegen asymmetrische Schocks erachtet werden kann. Dagegen liefert der deutsche Finanzausgleich eine perfekte Versicherung der Länderhaushalte.

„Bail-outs“

Mit der Frage der Versicherung gegen asymmetrische Schocks verbunden ist die Frage nach der Haftung der Europäischen Union oder ihrer Mitglieder für die Schulden eines Mitgliedstaates, der sich nicht in der Lage sieht, seine finanziellen Verbindlichkeiten zu bedienen. Zwar enthält der Maastricht Vertrag mit der sogenannten „no bail-out“ Klausel einen Passus, der bestimmt, dass eine solche Haftung nicht verlangt werden kann, dennoch lässt der Vertrag den Mitgliedern die Möglichkeit, für die Verbindlichkeiten eines anderen Mitglieds einzutreten. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die ökonomischen Ursachen und politischen Determinanten von 'bail-outs' zu verstehen, d.h. Episoden, in denen Zentralregierungen Verbindlichkeiten untergeordneter Gebietskörperschaften ohne direkte Gegenleistung übernehmen. Dieses Ziel verfolgt ein Projekt, das ZEI gemeinsam mit der Interamerican Development Bank durchgeführt hat. Im Rahmen dieses Projekts lieferten Forschungsgruppen aus verschiedenen lateinamerikanischen Ländern Studien über „bail-outs“ in ihren Ländern; das ZEI organisierte zugleich ein Team von Wissenschaftlern, um eine Studie zu „bail-outs“ in OECD-Ländern zu erstellen. Die in diesem Rahmen betrachteten Länder sind Deutschland, Italien, Schweden und Australien. Die Ergebnisse des Projekts werden von der Interamerican Development Bank veröffentlicht.

Lokale Gebietskörperschaften

In der Weiterentwicklung dieses Projekts arbeitet das ZEI gemeinsam mit Jorn Rattso (Norwegian Technology University) an einem vergleichenden Forschungsprojekt zur Struktur und Entwicklung der lokalen Gebietskörperschaften in europäischen Län-



Wissenschaftler diskutieren über lokale Gebietskörperschaften in Europa.

dern. Ziel des Projekts ist die Entwicklung eines gemeinsamen empirischen Forschungsansatzes, unter dem lokale Gebietskörperschaften in Deutschland, Norwegen, Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Italien und Schweden verglichen werden können. Ein erstes Treffen der beteiligten Wissenschaftler aus diesen Ländern fand im Dezember 2000 in Bonn statt.

Steuerwettbewerb in Europa

Im Rahmen eines Projekts zum Thema „Steuerwettbewerb in Europa“ kommt Matthias Brückner zu dem Schluss, dass das übliche Modell des Steuerwettbewerbs, das die Konvergenz der Steuersätze auf niedrigem Niveau vorhersagt, zu kurz greift. In dem üblichen Modell verfolgen nationale Regierungen vorgegebene wirtschaftspolitische Ziele, deren Erreichung mit Steuereinnahmen finanziert werden müssen. Brückner stellt dem ein Modell entgegen, in dem Steuerwettbewerb die Zielsetzungen der demokratisch gewählten Regierungen selbst beeinflusst. Er zeigt in einem Arbeitspapier, dass Steuerwettbewerb dann nicht notwendigerweise zu geringeren Steuersätzen führt, sondern die Wähler in den betroffenen Ländern dazu veranlasst, Regierungen mit höherer Steuerneigung zu wählen.

Institutionelles Recht

Die Projektgruppe „Institutionelles Recht der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union“ befasst sich mit den Institutionen, Verfahren und Prinzipien der Europäischen Integration, dem Prozessrecht vor dem Europäischen Gerichtshof, den politischen, rechtlichen und institutionellen Integrationsbedingungen für eine erfolgreiche Osterweiterung sowie mit neuen Maßstäben

zur Konkretisierung des gemeinschaftsrechtlichen Subsidiaritätsgrundsatzes, wobei eine enge Verknüpfung der einzelnen Teilaspekte angestrebt wird.

Lehrbuch „Europäische Union“

Einen Schwerpunkt der Arbeit der Projektgruppe bildet die systematische Analyse des EG- sowie des Unionsvertrages. In zwei im Jahre 2000 erschienenen Lehrbüchern („Europarecht“ und „Die Europäische Union“) wird der bisher erreichte Integrationsstand umfassend rechtlich dargestellt und einer kritischen Bewertung unterzogen. Das Lehrbuch „Die Europäische Union“ unternimmt eine systematische Behandlung der Unionsarchitektur und die Darstellung der intergouvernementalen Institutionen und Regelungsgegenstände. Ein Schwerpunkt liegt auf der Untersuchung der institutionellen Verklammerung von intergouvernementalen Unions- und supranationalen Gemeinschaftspolitiken. Die hieraus folgenden Problemstellungen werden in dem Lehrbuch einer systematischen rechtlichen Analyse unterzogen. Dabei werden nicht nur die Unionsarchitektur sowie die ansonsten vielfach vernachlässigten Politikbereiche der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Polizeilichen und Justitiellen Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS) dargestellt, sondern auch die für die Fortentwicklung der Union maßgeblichen Fragestellungen behandelt. Dies betrifft insbesondere die anstehende Osterweiterung, die Justitiabilität des Unionsrechts und die in der öffentlichen Diskussion stehende Problematik des Verfassungsbedarfs bzw. der Verfassungsqualität der rechtlichen Grundordnung der Union.

Lehrbuch „Europarecht“

Während sich das Lehrbuch „Die Europäische Union“ mit der eingehenden Analyse des Unionsvertrages in seiner Amsterdamer Fassung beschäftigt, umfasst die ebenfalls im Berichtszeitraum erarbeitete Neuauflage des Lehrbuchs „Europarecht“ den Gesamtbestand des europäischen Integrationsrechts. Die Autoren Christian Koenig und Andreas Haratsch behandeln darin insbesondere die Organisation und Verfahren der Europäischen Gemeinschaften, die Wirtschafts- und

Währungsunion, die Sozialunion sowie die Unionsbürgerschaft. Ein besonderes Augenmerk gilt den Grundprinzipien der Europäischen Gemeinschaft. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Darstellung der Grundfreiheiten des EG-Vertrages, die vor dem Hintergrund der Rechtsprechung der Gemeinschaftsgerichte neu bewertet werden.

Reform der europäischen Gerichtsbarkeit

Eine umfassende Bearbeitung des Problemkomplexes „Reform der Europäischen Gerichtsbarkeit“ dient das Lehrbuchprojekt „Das Europäische Prozessrecht“. Diese voraussichtlich im Frühjahr 2002 erscheinende Arbeit widmet sich nicht nur der systematischen Erschließung des Prozessrechts vor dem Europäischen Gerichtshof und dem Europäischen Gericht erster Instanz. Zentrale Fragestellungen der Bearbeitung bilden die Möglichkeiten und Modelle einer EG-gemeinschaftlichen „Justizreform“ sowie die Einwirkungen des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das nationale Verfahrens- und Prozessrecht.

Weitere Abhandlungen dienen der Klärung von verfahrensrechtlichen Einzelfragen. In einer im Oktober 2000 erschienenen Analyse wird die Frage untersucht, unter welchen Voraussetzungen die Durchführung eines Vertragsverletzungsverfahrens gemäß Art. 226 EG gegenüber gemeinschaftswidrigen Rechtswegzuweisungen und Gerichtsentscheidungen möglich ist. Als Beispiele dienen die durch das Gesundheitsreformgesetz 2000 vorgenommene Zuweisung wettbewerbsrechtlicher Streitigkeiten zwischen gesetzlichen Krankenkassen und Leistungserbringern zur Sozialgerichtsbarkeit sowie die augenscheinlichen Zurückhaltung der deutschen Sozialgerichte bei der Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes in Verfahren mit EG-kartellrechtlichen Bezug. Die Analyse wurde in der Fachzeitschrift „Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht“ veröffentlicht. Eine weitere, in der „Juristen Zeitung“ publizierte Abhandlung untersucht die Frage, inwiefern mitgliedstaatliche Gebietskörperschaften in Beihilfensachen vor dem EuGH klageberechtigt sein sollen.



Prof. Christian Koenig, Direktor am ZEI, plädiert für ein „Grundstatut“ als Kern einer Europäischen Verfassung.

Europäische Verfassung

Einen zentralen Forschungsschwerpunkt stellte im Berichtszeitraum auch die Frage des Verfassungsbedarfs und der Verfassungsfähigkeit der Europäischen Union dar. In seiner Publikation „Die Europäische Union“ setzt sich Christian Koenig mit der Frage des Verfassungsbedarfs und der Verfassungsfähigkeit der Europäischen Union auseinander. In seiner Beurteilung legt Koenig dar, dass der Begriff einer Unionsverfassung gegenwärtig nicht hält, was er verspricht. Eine juristisch sinnvolle Verwendung des normativen Verfassungsbegriffs trage die sowohl supranational als auch intergouvernemental aufgebaute Europäische Union nicht. Koenig empfiehlt daher zunächst die Einführung eines schlichteren „Grundstatuts der Europäischen Union“, das den Nukleus einer erst später zu verwirklichenden Europäischen Verfassung darstellen könnte.

Grundrechtskatalog

Die Konsequenzen eines zu weit und zu ungenau gefassten europäischen Grundrechtskatalogs skizziert Christian Koenig in seinem Beitrag „EU-Grundrechtscharta – ein neuer supranationaler Kompetenztitel?“ am Beispiel eines EU-Grundrechts „Kommunikationsfreiheit“. Koenig weist hier darauf hin, dass eine Europäische Grundrechtscharta tendenziell dem weiteren Eindringen Europas in mitgliedstaatliche Kompetenzräume Tür und Tor öffnet, so dass die Befürchtung begründet scheint, die Grundrechtscharta könnte zu einem schleichenden supranationalen Kompetenzzuwachs führen.

Aufgabenabgrenzung

Weitere Forschungsaktivitäten galten im Berichtszeitraum der Entwicklung einer präziseren Aufgabenabgrenzung der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten sowie einer besseren Absicherung der Kompetenzen der Bundesländer (z.B. im Bereich der Daseinsvorsorge). Diesem Zwecke diene insbesondere ein Round-Table Gespräch zwischen Vertretern verschiedener Staatskanzleien sowie der Wissenschaft, das am 13. April 2000 im ZEI stattfand. Dabei wurde unter anderem die Formulierung einer „Auslegungsgrenze“ durch einen Negativkatalog von „Reservatskompetenzen“ der Mitgliedstaaten diskutiert.

Forschungsgruppe II „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

Europäisches Kommunikationsrecht

Die Projektgruppe „Europäisches Kommunikationsrecht“ untersucht – unter besonderer Berücksichtigung der sozialen und gesellschaftlichen Folgen – die rechtlichen Fragestellungen, welche die europäische Regulierung der Kommunikationsmärkte mit sich bringt. Den inhaltlichen Schwerpunkt bilden grundlegende und aktuelle Problemstellungen des europäischen und des damit eng verflochtenen deutschen Kommunikationsrechts. Die im Berichtszeitraum spürbare Fokussierung auf das europäische Telekommunikationsrecht ist Konsequenz der derzeitigen Aktivitäten der Europäischen Gemeinschaft in diesem Rechtsbereich.

Die Arbeit der Projektgruppe spiegelt sich für das Jahr 2000 sowohl in einer umfangreichen Publikationstätigkeit als auch im Kontakt mit Wissenschaft und Praxis durch Veranstaltungen und Beratungstätigkeiten sowohl auf formeller als auch auf informeller Ebene wider.

Im Rahmen von Publikationen wurden in 2000 grundlegende Fragestellungen, wie etwa die Existenz und Reichweite einer „Essential Facilities“ – Doktrin im europäischen Telekommunikationsrecht, die Fragen der Bestimmung und Regulierung nationaler und europäischer Telekommunikationsmärkte oder die beihilferechtliche Beurteilung der UMTS-Lizenzvergabepraxis behandelt. Dabei ging es sowohl um gemeinschaftsrechtliche Fragen als auch um Rechtsfragen, die das Verhältnis der EU zu den Beitrittskandidaten im Rahmen der Conference Européenne des Administration des postes et des télécommunications (CEPT), der International Telecommunication Union (ITU) und anderer internationaler Organisationen im Bereich der Telekommunikation betreffen. Besondere Beachtung fand eine rechtsvergleichenden Studie über die Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte. Diese Studie, die das ZEI gemeinsam mit dem ifa-

Institut für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie angefertigt hat, ist mittlerweile auch in Buchform erhältlich.

Konferenzen, Workshops und Praxisgespräche unter Einbeziehung von Fachwissenschaftlern, staatlichen Stellen und Interessenten aus der Wirtschaft halfen, den wissenschaftlichen Dialog zu fördern und gewährleisteten gleichzeitig eine Rückanbindung an die Praxis der Rechtsanwendung.

Regulierung der Telekommunikation

Den Auftakt der Fachveranstaltungen der Projektgruppe bildete die im Januar 2000 zusammen mit dem Centre for International

Research on Electronic Communications (CIREC) veranstaltete Konferenz „Innovationsansätze bei der Regulierung transeuropäischer Kommunikationsnetze“, die sich mit den Rechtsfragen der Regulierung von grenzüberschreitenden Kommunikationsinfrastrukturen auseinandersetzte.

Die Revision des gemeinschaftsrechtlichen Regulierungsrahmens der Telekommunikation – der sogenannten „Regulatory Review ‘99“ – war Thema einer Expertenkonferenz, welche die Projektgruppe im Mai 2000 zusammen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in Bonn ausrichtete. An der Konferenz, die sich vor allem mit den notwendigen Schritten zur Weiterentwicklung des europäischen Regulierungsrahmens der Telekommunikation in den nächsten Jahrzehnten beschäftigte, nahmen prominente Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft teil. Die Eröffnungsrede wurde von Staatssekretär Alfred Tacke ge-



Die Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte in Europa ist ein Forschungsschwerpunkt am ZEI.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Koenig, Chr., Loetz, S.: „Zur Bedeutung der Essential Facilities-Doktrin für den Zugang zu Netzinfrastrukturen am Beispiel des Europäischen Telekommunikationsrechts“, in: **EWS 2000, S. 377.**

Koenig, Chr., Kühling, J.: „Grundfragen des EG-Beihilfenrechts“, in: **NJW 2000, S. 1065.**

Koenig, Chr., Kühling, J.: „Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unter Berücksichtigung der geplanten EG-Verordnung für KMU“, in: **DVBl. 2000, S. 1025.**

Koenig, Chr., Müller, E.-M.: „EG-rechtliche Vorgaben zur Patentierbarkeit gentherapeutischer Verfahren unter Verwendung künstlicher Chromosomen nach der Richtlinie 98/44/EG“, in: **GRUR Int. 4/2000, S. 295.**

Koenig, Chr., Müller, E.-M., Trafkowski, A.: „Internet-Handel mit Arzneimitteln und Wettbewerb im EG-Binnenmarkt“, in: **EWS 2000, S. 97.**

Maxwell, J., von Hagen, J.: „Empirical Aspects of Environmental Policies in Europe“, Kluwer Academic Publishers, Boston, 2000.

Troska, E.: „Monetäre Bewertung von Biotopbeeinträchtigungen bei der Straßenplanung“, Dissertation, Universität Bonn, 2000.

König, Chr., Kühling, J., ifo-Institut: „Liberalisierung der Telekommunikationsordnungen. Ein Rechtsvergleich“, Verlag Recht und Wirtschaft, Heidelberg, 2000.

haltenen. Neben Vertretern der EU-Kommission, der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post sowie des Bundeskartellamts kamen Redner der betroffenen Wirtschaftskreise zu Wort. Abschließend beleuchtete eine hochkarätig besetzte Diskussionsrunde von Wissenschaftlern die rechtswissenschaftlichen Hintergründe des „Review“-Prozesses.

Regulierung des Internets

Das Engagement der Projektgruppe im Bereich der Neuen Medien fand seinen Niederschlag in einem im Juli 2000 am ZEI in Kooperation mit Thomas Hoeren, Bernd Holzngel (beide Universität Münster) und Gerald Spindler (Universität Göttingen) abgehaltenen Workshop zur „Regulierung und Governance des Internets“, zu dem sich neben den Veranstaltern zahlreiche weitere hochrangige Teilnehmer vorwiegend aus dem akademischen Bereich am ZEI einfanden. Dabei wurden schwerpunktmäßig Fragen der Regulierung und des internationalen Rechts sowie strafrechtliche, datenschutzrechtliche, rundfunk- und telekommunikationsrechtliche Fragen diskutiert. Die Veranstaltung wurde durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft gefördert.

Europäisches Pharmarecht und Regulierung der Life Sciences

Zu den Arbeitsschwerpunkten der Projektgruppe „Europäisches Pharmarecht, Europäische Regulierung des Life Sciences“ gehörte im Berichtszeitraum insbesondere die dogmatische Analyse der europäischen Regelungen zum gewerblichen Rechtsschutz im Bereich der Biowissenschaften und der Pharmazie sowie des Rechts der Gentechnik und des Embryonenschutzes. Behandelt wurden darüber hinaus die rechtlichen Aspekte des zunehmenden Einsatzes von neuen Medien,

insbesondere des Internets, im Pharmabereich. Einen weiteren Schwerpunkt der Forschungstätigkeit stellte die Anwendung der EG-Wettbewerbsrechts auf wettbewerbsrelevante Vorgänge im Bereich der Pharma- und Arzneimittelmärkte dar. Das Tätigkeitsfeld der Projektgruppe wurde ergänzt durch Forschungen im Bereich des europäischen Zulassungs- und Haftungsrechts.

Biopatentrichtlinie

Ein zentrales Forschungsprojekt der bisherigen Arbeit galt der Untersuchung und Konkretisierung der Patentverbotstatbestände des Artikels 6 Abs. 2 der EG-Richtlinie über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen vom 6. Juli 1998. Hierzu wurden in der Abhandlung „EG-rechtlicher Schutz biotechnologischer Erfindungen am Beispiel von Klonverfahren an menschlichen Stammzellen“ die Patentverbotstatbestände des Artikels 6 Abs. 2 der EG-Richtlinie 98/44/EG ausführlich kommentiert. Am Beispiel anwendungsorientierter Experimente mit humanen embryonalen Stammzellen wurden weiterhin die Patentverbote für Klonverfahren am Menschen, für die Verwendung menschlicher Embryonen sowie für therapeutische Eingriffe in die menschliche Keimbahn einer Auslegung unterzogen. Mit einer Abhandlung über die „EG-rechtlichen Vorgaben zur Patentierbarkeit gentherapeutischer Verfahren unter Verwendung von künstlichen Chromosomen nach der Richtlinie 98/44/EG“ beteiligte sich die Projektgruppe an der aktuellen tagespolitischen Diskussion um das vom Europäischen Patentamt erteilte Patent auf „Verfahren zur genetischen Manipulation von menschlichen Zellen“ und zeigte die Unzulänglichkeiten der Vorgaben der Biopatent-Richtlinie für eine wirksame Durchsetzung der Patentverbote auf.

Vor dem Hintergrund dieser aktuellen Diskussion veranstaltete das ZEI am 15. Juni 2000 in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) eine interdisziplinäre Expertenkonferenz zu dem Thema „Organe aus dem Reagenzglas auf Grundlage der Stammzellenfor-

schung – eine Herausforderung für die Europäische Gesetzgebung?“. Hochrangige Teilnehmer aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik fanden sich am ZEI ein, um Näheres über die gesetzlichen Grundlagen umstrittener biomedizinischer Forschung zu erfahren. So waren sowohl Vertreter namhafter Firmen der Pharmazeutischen Industrie und neuer Biotech-Start-Ups als auch Naturwissenschaftler, Mediziner und Ethiker sowie Bundestagsabgeordnete und Mitglieder der Enquête-Kommission „Recht und Ethik in der modernen Medizin“ anwesend.

„Orphan-Drug-Verordnung“

Weitere Forschungsaktivitäten galten der Problematik einer Einräumung von Monopolvertriebsrechten für Hersteller von Arzneimitteln für seltene Krankheiten nach der kürzlich in Kraft getretenen „Orphan-Drug-Verordnung“. Die Privilegierung durch die unmittelbar anwendbare gemeinschaftsrechtliche Einräumung von Monopolvertriebsrechten zugunsten bestimmter Hersteller wirft Fragen über Grundprinzipien des europäischen Patentrechts auf. Die Untersuchungen dieser Problematik wurden in der Abhandlung „EG-rechtliche Privilegierung der Hersteller von Arzneimitteln für seltene Krankheiten (Orphan Medicinal Products) durch Einräumung von Alleinvertriebsrechten versus Patentrecht?“ zusammengefasst.

Europäisches Arzneimittel- und Pharmarecht

Seit 1995 wird im europäischen Pharmarecht je nach Herstellungstechnologie zwischen der zentralisierten und dezentralisierten Zulassung je nach Herstellungstechnologie für ein Arzneimittel unterschieden. Die auf Gemeinschaftsebene eingeführten Verfahren im Arzneimittelzulassungsrecht wurden auf ihre Harmonisierungswirkung in den Mitgliedstaaten untersucht. Im Rahmen der Arbeit „5 Jahre EMEA – Ein Zwischenruf auf die gemeinschaftlichen Zulassungsverfahren für Arzneimittel“ wurden die entscheidenden Fortschritte bzw. Unzulänglichkeiten der gemeinschaftlichen Zulassungsregeln mit Blick auf das Ziel eines europäischen Binnenmarktes für Arzneimittel erörtert.

Ein weiterer Forschungsschwerpunkt lag 2000 in der Anwendung des EG-Wettbewerbsrechts auf wettbewerbsrelevante Vorgänge in den Arzneimittel- und Pharmamärkten. Die Abhandlung „Zur Vereinbarkeit des Festbetragsystems für Arzneimittel mit dem EG-Wettbewerbsrecht“ untersucht am Beispiel der durch die Spitzenverbände der Krankenkassen festgesetzten Festbeträge für Arzneimittel die Zulässigkeit der gegenwärtigen Kostensteuerung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Maßstab ist dabei das EG-Wettbewerbs- und Kartellrecht. Die Verfasser gelangen in ihrer Analyse zu dem Ergebnis, dass die Festsetzung der Festbeträge durch die Kassenverbände zu einem Ankaufpreiskartell der Krankenkassen führt, da die Kassen den Leistungserbringern – also den Apotheken und arzneimittelherstellenden Unternehmen – infolge des im System der gesetzlichen Krankenversicherungen geltenden Sachleistungsprinzips als Nachfrager gegenüberstehen. Festbeträge wirken mittelbar wie Höchstpreise für die betroffenen Arzneimittelpräparate und beeinträchtigen somit die Preisgestaltungsfreiheit der Arzneimittelhersteller. Aus diesem Grunde gelangt die Analyse zu dem – mittlerweile vom Bundeskartellamt bestätigten – Ergebnis, dass die gegenwärtige gesetzliche Regelung des Festbetragsfestsetzungsverfahrens für Arzneimittel nicht mit Art. 81 EGV vereinbar ist.

Die Zusammenarbeit mit dem Bundesfachverband der Arzneimittelhersteller (BAH) sowie dem Bundesverband der



„Organe aus dem Reagenzglas“
Prof. Dr. G. Björn Stark,
plastischer Chirurg an der
Universitätsklinik Freiburg,
und ...



... Rechtsanwalt Dr. Horst
Haskarl, Ludwigshafen,
diskutieren über rechtliche
Aspekte der Bio- und Gen-
technologie.



Wolfgang Windfuhr,
Geschäftsführer des BPI.

Pharmazeutischen Industrie (BPI) mündete in einer wettbewerbsrechtlichen Analyse der Arzneimittelrichtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen. Arzneimittelrichtlinien stellen neben Festbeträgen und Negativlisten einen zentralen Kostensteuerungsmechanismus in der gesetzlichen Krankenversicherung dar. Christian Koenig untersucht in einer in der Zeitschrift für „Europäisches Arzneimittelrecht“ veröffentlichten Abhandlung die in den Arzneimittelrichtlinien normierten Verordnungsausschlüsse am Maßstab des gemeinschaftlichen Kartell- und Missbrauchsrechts.

Die Arbeit der Projektgruppe erschöpft sich jedoch nicht in der wettbewerbsrechtlichen Analyse der Kostensteuerung in ihrer gegenwärtigen Form. Nachdem die Analyse verschiedener Kostensteuerungsmechanismen (Festbeträge, Arzneimittel-Richtlinien) in einem ersten Schritt Konflikte mit dem Wettbewerbsrecht offengelegt hat, stellt sich nun die Frage, wie eine



wettbewerbsrechtskonforme Steuerung der Kostenentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung künftig gewährleistet werden kann. Dies setzt nicht nur eine umfassende Analyse der bestehenden Steuerungsmechanismen sowie die Erarbeitung von Reformmodellen voraus. Es erfordert insbesondere auch die Einbeziehung neuer

Kostensenkungsmöglichkeiten in der gesetzlichen Krankenversicherung (z.B. dem Vertrieb von Arzneimitteln über das Internet). Dieser vielschichtige Themenkomplex wird derzeit im Rahmen einer Studie bearbeitet. Das zentrale Anliegen liegt in der Entwicklung rechtlicher Rahmenbedingungen für einen sicheren und zugleich kosteneffektiven Arzneimittelvertrieb über das Internet. Das ZEI strebt in diesem Problemfeld eine Zusammenarbeit mit Ökonomen und Pharmazeuten an.

In diesem Zusammenhang untersuchte die Projektgruppe auch die Frage der rechtlichen Zulässigkeit des grenzüberschreitenden Internet-Handels mit Arzneimitteln. Die Ergebnisse fasst der Artikel „Internet-Handel mit Arzneimitteln zwischen Wettbewerb im EG-Binnenmarkt und nationaler Regulierung“ zusammen. Nach einer Untersuchung der Rechtslage in Deutschland wurden die Auswirkungen der E-Commerce-Richtlinie der EG auf die deutsche Regulierung betrachtet. Darauf bauen abschließend die Überlegungen auf, wie zukünftig dem Online-Handel mit Arzneimitteln rechtlich begegnet werden sollte.

Europäisches Wettbewerbsrecht

Die Projektgruppe „Europäisches Wettbewerbsrecht“ soll ein weites Spektrum verschiedener Fragen des öffentlichen Wettbewerbsrechts aus europarechtlicher Perspektive untersuchen, wobei eine enge Verknüpfung der einzelnen Teilaspekte angestrebt wird. Den Ausgangspunkt und vorläufigen Schwerpunkt der Forschungstätigkeit bildet der Bereich des Beihilfenrechts. Als weitere Forschungsgebiete sind die Analyse von Regulierungsproblemen der öffentlichen Unternehmen in der Europäischen Union (Stichwort „Daseinsvorsorge“) und ausgewählte Fragen des europäischen Kartellrechts und der Grundfreiheiten zu nennen.

Beihilfenrecht

Die 1999 begonnenen Forschungsarbeiten zum Spannungsverhältnis zwischen Kulturförderung und EG-Beihilfenrecht konnten 2000 abgeschlossen werden. Die Forschungsergebnisse wurden in der „Europäi-

schen Zeitschrift für Wirtschaftsrecht“ veröffentlicht. Als weiteres Einzelforschungsprojekt, das eng mit der Frage nach neueren Entwicklungen in der Beihilfenpolitik, das im Jahr 1999 bereits behandelt wurde, verknüpft ist, wurde das Problem der „Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen“ untersucht. Grund war, dass eine der ersten Freistellungsverordnungen die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) betraf. Der bisherige KMU-Gemeinschaftsrahmen wurde dadurch abgelöst. Das Forschungsprojekt verfolgte ein doppeltes Ziel: Zunächst wurde unter besonderer Berücksichtigung der KMU-Freistellungsverordnung analysiert, in welchem Umfang KMU in den Genuss staatlicher Beihilfen gelangen können. Eine Klärung dieser Probleme ist von großer Bedeutung, da angesichts der Rückführung der Fördergebietsbevölkerungshöchstgrenzen für Regionalbeihilfen, die seit dem 1. Januar 2000 in Kraft getreten ist, die Relevanz der KMU-Fördermaßnahmen noch zugenommen hat. Daneben wurde exemplarisch anhand der geplanten KMU-Freistellungsverordnung das neue Freistellungsrecht untersucht. Im Rahmen des Forschungsprojektes wurden verschiedene Gespräche mit Vertretern der EU-Kommission, insbesondere mit dem für die Abfassung der KMU-Freistellungsverordnung maßgeblich zuständigen Kommissionsbeamten Ansgar Held geführt. Dabei konnten einerseits Informationen erlangt werden, die in die Forschungsarbeit einfließen, andererseits wurden kritische Anmerkungen aus den Forschungsergebnissen heraus formuliert, die von der Kommission bei der Weiterentwicklung des ursprünglichen Verordnungsentwurfs beachtet wurden. Erste Forschungsergebnisse wurden in der Fachzeitschrift „Deutsches Verwaltungsblatt“ publiziert. Der Meinungsaustausch zwischen der Kommission, Beihilfenexperten aus deutschen Ministerien, interessierten Wissenschaftlern und Vertretern sowie rechtsberatern betroffener Unternehmen wurde im Rahmen eines „ZEI-Werkstattgesprächs“ am 15. September 2000 fortgeführt.

Parallel dazu wurde ein Forschungsprojekt zu Beihilfen in den neuen Bundesländern durchgeführt. Angesichts der enormen finan-

ziellen Anstrengungen, die unternommen wurden, um den wirtschaftlichen Aufbau der neuen Bundesländer voranzutreiben, verwundert es nicht, dass Beihilfen in den neuen Ländern wiederholt in den Fokus der Wettbewerbskontrolle geraten. Die ersten Forschungsergebnisse des Forschungsprojekts wurden in Form einer Urteilsanmerkung in der „Juristen Zeitung“ (JZ) veröffentlicht. Eng verknüpft mit diesem Forschungsprojekt befasste sich ein weiteres Forschungsprojekt mit dem Spannungsverhältnis zwischen dem EG-Beihilfenrecht und den nationalen Insolvenzrechtsordnungen. Neben mehreren Beiträgen in den Fachzeitschriften „Betriebsberater (BB)“ und „Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (ZIP)“ konnte die Diskussion auch auf dem „RWS-Forum Insolvenzrecht 2000“ am 7. und 8. September 2000 in Berlin durch einen Vortrag von Christian Koenig vorangetrieben werden. Die Forschungsergebnisse flossen zudem in die Beratungstätigkeit u. a. für ein ostdeutsches Wirtschaftsministerium, einen Insolvenzverwalter und den Juristischen Dienst der Europäischen Kommission ein. Die weitere Auseinandersetzung mündete schließlich in die Anfertigung eines Memorandums mit dem Titel „Bestimmung des passivlegitimierten Adressaten einer Beihilfenrückforderung nach der Veräußerung eines begünstigten Unternehmens“, das EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti vorgelegt wurde und maßgeblich zu einer Neubewertung der insofern einschlägigen Kommissionspolitik führte.

Öffentliche Daseinsvorsorge

Die vor allem in den Forschungsarbeiten im Forschungsprojekt „Daseinsvorsorge“ gesammelten Erfahrungen haben das Bewusstsein dafür geschärft, dass zahlreiche Maßnahmen des mitgliedstaatlichen Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialrechts indirekte beihilfenrelevante Vorteileffekte zugunsten einzelner Unternehmen oder Produktionszweige erzeugen (z.B. im Bereich der deutschen Bausparförderung durch Wohnungsbauprämien und Arbeitnehmersparzulage). In diesem Zusam-



Dr. Ansgar Held, EU-Kommission, am 15.9.2000 im ZEI.



Dr. Jürgen Kühling beschäftigt sich am ZEI u.a. mit Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

menhang ging das Forschungsprojekt „Verbrauchervermittelte Beihilfen“ der Frage nach, unter welchen Voraussetzungen staatliche Unterstützungen privater Verbrauchergruppen zugleich als mittelbare, von der EG-Beihilfenkontrolle erfasste Beihilfengewährungen aufgefasst werden können. Darüber hinaus wurde eine umfangreiche Untersuchung durchgeführt, welche Fallgruppen mittelbarer Unternehmensbegünstigungen derzeit in Deutschland, aber auch in anderen Mitgliedstaaten bestehen.

Europäische Verkehrspolitik und Umweltpolitik

Im Bereich der Wirtschaftspolitik beschäftigt sich das ZEI mit Fragen der europäischen Verkehrspolitik und der europäischen Umweltpolitik. In einem Markt der geographischen Dimension der EU spielt das Verkehrssystem offensichtlich eine zentrale Rolle. Schon früh hat daher die EU eine Verkehrspolitik entwickelt, die einerseits den Wettbewerb auf den Transportmärkten regu-

liert, andererseits die Herstellung und Nutzung der Verkehrswege in Europa gestaltet. Das Nebeneinander nationaler und europäischer Verkehrspolitiken hat im Laufe der Zeit zu einem wahren Dickicht an Bestimmungen und Maßnahmen geführt, deren Einzelheiten und Ergebnisse kaum noch zu überblicken sind. Unter der Leitung von Johannes Frerich arbeitete Ellen Troska an der Erstellung eines „Handbuchs zur europäischen Verkehrspolitik mit, mit dem Ziel, eine Bestandsaufnahme dieses Politikbereichs zu liefern und damit Überlegungen für seine künftige Entwicklung auf eine solide Basis zu stellen.

Darüber hinaus schloss Ellen Troska im Jahr 2000 ihre Dissertation ab, in der sie eine Methode der Berechnung von Umweltkosten öffentlicher Bauvorhaben auf der Grundlage eines Opportunitätskostenansatzes entwickelte.

Forschungsgruppe III „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“

Gestaltung der Fiskalpolitik

Zu den im Vorfeld der Europäischen Währungsunion (EWU) und seit ihrem Beginn besonders heftig diskutierten Fragen gehört die Gestaltung der Fiskalpolitik der Mitgliedsländer unter den Bedingungen der Währungsunion. Die besonders in Deutschland vorherrschende Sorge, dass die Währungsunion zu mangelhafter fiskalpolitischer Disziplin der Regierungen führen könnte und dass die dadurch steigende Staatsverschuldung Inflation verursachen würde, führte in der Vorbereitung der EWU zur Aufnahme der „no-bailout“ Klausel (Art. 104b Maastrichter Vertrag) und des „Verfahrens bei übermäßigen Defiziten“ in den Maastrichter Vertrag. Die darin enthaltenen Bestimmungen zur Sicherung der fiskalischen Disziplin wurden anschließend durch den „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ noch weiter verstärkt.

Die wissenschaftliche Analyse der Wirksamkeit und Auswirkungen fiskalpolitischer Regeln wie der Defizit- und Verschuldungsgrenzen in der EWU und fiskalpolitischer Institutionen wie dem Verfahren bei übermäßigen Defiziten ist noch recht jung, hat sich aber in den letzten Jahren rasch und dynamisch entwickelt. Arbeiten des ZEI haben dazu erhebliche Impulse geliefert. Bei der Jahrestagung der International Atlantic Economic Society in München im Februar 2000, leitete Bernd Hayo eine Sitzung mit Beiträgen zur Fiskalpolitik unter den Bedingungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Die Ergebnisse werden in einem Sonderband der Zeitschrift „Public Finance and Management“ veröffentlicht.

Gemeinsam mit Andrew Hughes-Hallett (Strathclyde University) verfassten Rolf Strauch und Jürgen von Hagen für die Europäische Kommission eine Studie über die Fiskalpolitik der EU Staaten in den 1990er

Jahren. Die Studie bietet eine detaillierte Analyse der fiskalpolitischen Strategien und Institutionen in den Mitgliedstaaten und ihrer Auswirkungen für die Fiskalpolitik auf dem Weg in die Währungsunion. Sie zeigt, in welchem Maße der „Maastricht Prozess“ in den 1990er Jahren zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen in der Europäischen Union beigetragen hat. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass der Maastricht Prozess die Fiskalpolitik in den kleineren Ländern erheblich diszipliniert hat, während die großen Länder Deutschland, Frankreich und Italien trotz der fiskalpolitischen Regeln des Vertrags erst kurz vor Beginn der Währungsunion das erforderliche Maß an fiskalischer Disziplin erlangten. Die Studie wurde als „Economic Paper“ der Europäischen Kommission veröffentlicht; ein Teil wird in Kürze in der Zeitschrift „Public Choice“ veröffentlicht.

Eine weitere Studie über fiskalpolitische Regeln erstellten Rolf Strauch, Mark Hallerberg (Pittsburgh) und Jürgen von Hagen im Jahr 2000 im Auftrag des Niederländischen Finanzministeriums. In dieser Studie geht es primär um Verfahren der Implementierung fiskalpolitischer Ziele und Richtwerte in den Mitgliedstaaten der Währungsunion.

EMU Monitor

Der EMU Monitor ist eine Gruppe von europäischen Makroökonomien, die die Geldpolitik der EZB im Rahmen von Pressekonferenzen kommentierten, mit dem Ziel die öffentliche Debatte darüber anzuregen. Mitglieder des EMU Monitors



„EURO-Starterkit“ der Bundesbank.



Mitglieder des EMU-Monitor bei ihrer Pressekonferenz in Frankfurt.

sind Patrick Artus (CDC und Sorbonne, Paris), Ed Bomhoff (Nijenrode Universität), Giampaolo Galli und Ugo Inzerillo (Confindustria, Rom), Ronald MacDonald (Strathclyde University, Glasgow), Manfred J. M. Neumann (Universität Bonn), und Jürgen von Hagen (ZEI).

Auf seinen Pressekonferenzen im Juni und November 2000 vertrat der EMU Monitor nachdrücklich die Ansicht, dass die EZB ihre Geldpolitik stärker an der Entwicklung monetärer Aggregate ausrichten und somit ihren selbst gesetzten Referenzwert für das Geldmengenwachstum ernster nehmen sollte. Neben den eigentlichen Pressestatements legte der EMU Monitor zu seinen Pressekonferenzen wieder jeweils ein Positionspapier und eine Reihe von Hintergrundstudien vor. Die Hintergrundpapiere zu den Pressekonferenzen zeigen, dass die Zunahme der Inflation in der Währungsunion seit 1999 wesentlich auf eine zu hohe monetäre Expansion zurückzuführen ist.

Geldpolitik

Weitere Forschungsarbeiten des ZEI befassten sich mit den Bedingungen der Geldpolitik in modernen Finanzmärkten. Ingo Fender analysierte in seiner Dissertation die Bedeutung von Finanzderivativen für die Geldpolitik. Er konnte zeigen, dass die Entwicklung dieser neuen Finanzmärkte reale Effekte der

Geldpolitik schwächt und so die Zentralbank zu größerer Konzentration auf das Ziel der Preisstabilität veranlasst. Ein Teil der Dissertation wurde in der Zeitschrift „Open Economies Review“ veröffentlicht. Ralph Süppel analysierte in seiner Dissertation die Bedeutung der Zinsstruktur für die Strategie der Zentralbank. Er zeigte, dass die EZB unter bestimmten Umständen die Zinsstruktur als Operationsziel der Geldpolitik verwenden kann. Bernd Hayo beschäftigte sich in mehreren Beiträgen mit den empirischen Eigenschaften der Geldnachfrage im Euroraum und in einzelnen Mitgliedsländern. Boyan Tonkov analysiert in seiner Dissertation die Rolle von Finanzmarktspekulanten in Attacken auf Systeme fixer Wechselkurse.

Im Juni 2000 fand am ZEI die Gründungstagung des Ausschusses für Makroökonomik des Vereins für Socialpolitik statt. Der Ausschuss setzt sich zum Ziel, die makroökonomische Forschung in Deutschland auf internationalem Niveau voranzutreiben und dabei vor allem empirische Forschung zu fördern. Im Mittelpunkt der der Gründungstagung standen die makroökonomischen Entwicklungen in der Europäischen Währungsunion.

Eine gemeinsame Konferenz des ZEI mit der Europäischen Zentralbank (EZB), der Deutschen Bundesbank und der Spanischen Nationalbank im Herbst 2000 war der Analyse von geldpolitischen Instrumenten der EZB gewidmet. Die Beiträge zu dieser Konferenz behandelten unterschiedliche Aspekte der „Repurchase Operations“, des wichtigsten offenmarktpolitischen Instruments der EZB. Theoretische Beiträge zu dieser Konferenz lieferten Analysen der Auktionsverfahren, die die EZB bei diesen Operationen anwendet. Diese zeigten, dass der von der Zentralbank präferierte Zinstender aus ökonomischer Sicht ineffizient ist. Empirische Untersuchungen, die bei der Konferenz vorgetragen wurden, lieferten erste Ergebnisse zur Funktionsweise des Geldmarkts im Euroraum. Die Ergebnisse der Konferenz werden in einem Sonderband der Zeitschrift „Journal of International Money and Finance“ veröffentlicht.

Im Oktober 2000 veranstaltete das ZEI gemeinsam mit dem Verein Konstanzer Seminar das 31. Konstanzer Seminar zur Geldtheorie und Geldpolitik. Das Konstanzer Seminar, das 1970 von Karl Brunner und Alan Meltzer begründet wurde, ist eine der ältesten europäischen Konferenzen zu diesem Thema. Es bietet ein Forum zur Diskussion aktueller Forschungsarbeiten und geldpolitischer Entwicklungen zwischen Wissenschaftlern und Vertretern von Zentralbanken und internationalen Institutionen. Beiträge des 31. Seminars beschäftigten sich unter anderem mit Fragen der Implementierung der Geldpolitik bei Datenunsicherheit und der Stabilität des internationalen Finanzsystems. Darüber hinaus erläuterte der Chefvolkswirt der Bank von Ungarn die geldpolitische Strategie seiner Zentralbank auf dem Weg Ungarns in die Europäische Union.

Wirtschaftspolitische Ziele in der EWU

Zu den grundlegenden Annahmen der EWU gehört, dass Preisstabilität und stabile Beschäftigung von der Bevölkerung Europas als Grundwerte der Wirtschaftspolitik anerkannt werden. Robert MacCulloch ging in seinem Forschungsprojekt "How do macroeconomic fluctuations affect happiness?" der Frage nach, wie wichtig die Bevölkerungen

in Europa und den USA diese wirtschaftspolitischen Ziele nehmen. Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht der Einfluss makroökonomischer Entwicklungen auf das Wohlbefinden der Bürger, gemessen anhand von Befragungsdaten. Befragungen, die in den 1970er bis 1990er Jahren durchgeführt wurden, zeigen, dass die befragten Personen im Durchschnitt bereit wären, rund zwei Prozent ihres Einkommens für eine Verringerung der Arbeitslosenquote und der Inflationsrate um jeweils einen Prozentpunkt zu bezahlen. Diese Ergebnisse verdeutlichen den hohen ökonomischen Wert von Preisstabilität und stabiler Beschäftigung. Robert MacCullochs Studie wird in der international führenden Zeitschrift „American Economic Review“ veröffentlicht. In einer sich anschließenden Arbeit mit Rafael Di Tella (Harvard University) betrachten die Autoren den Einfluss parteipolitischer Faktoren in diesem Zusammenhang.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Fender, I.: „Financial Derivatives and Monetary Policy Transmission“, Dissertation, Universität Bonn, 2000.

von Hagen, J.: „EMU: Political Economic Issues and Challenges“, in: Engel, G. und Rühmann, P. (Hrsg.): Geldpolitik und Europäische Währungsunion, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen, 2000.

von Hagen, J.: „Fiscal Policy and International Risk Sharing“, in Hess, G. and van Wincoop, E. (Hrsg.): International Macroeconomics, Cambridge University Press, Cambridge, 2000.

Hofmann, B., Goodhart, C.: „Do Asset Prices Help Predict Consumer Inflation?“, in: The Manchester School 68, 2000, S. 122–140.

Strauch, R., von Hagen, J.: „Budgetkonsolidierungen: Qualität, ökonomische Bedingungen und Erfolg“, in: Neck, R., Holzmann, R., Schneider, F. (Hrsg.): „Staatsschulden am Ende?“, Manz Verlag, Wien, 2000.

Forschungsgruppe IV „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung“

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit bleibt auf absehbare Zeit die größte wirtschaftspolitische Herausforderung Europas. Seit einigen Jahren fordern internationale Institutionen wie die OECD ebenso wie zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler und Vertreter der Wirtschaftspresse eine größere Flexibilität der Arbeitsmärkte in Europa, um dem Problem Herr zu werden. Die Europäische Union hat mit dem sogenannten Luxemburg Prozess einen Rahmen für die Koordination der nationalen Beschäftigungspolitiken geschaffen.

Unter Leitung von Susanne Mundschenk erarbeiteten Mitarbeiter des ZEI im Jahr 2000 für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Synopsis der Nationalen Aktionspläne der EU-Mitgliedstaaten zur Be-

beschäftigungspolitik. Nationale Aktionspläne werden seit 1998 im Rahmen des Luxemburger Prozesses jährlich erstellt. Ziel des Projektes war die Identifikation einer europäischen Beschäftigungsstrategie aus den nationalen Plänen und die Diskussion von Schlussfolgerungen für die deutsche Beschäftigungspolitik.

Im Rahmen des Projektes organisierte die Abteilung im Sommer 2000 einen Workshop mit führenden europäischen Arbeitsmarkt-ökonomen, darunter Guiseppe Bertola, der zugleich als wissenschaftlicher Berater des Projektes fungierte.

Das Projekt hat gezeigt, dass die Arbeitsmarktprobleme unterschiedlicher EU Länder strukturell sehr unterschiedlich zu beurteilen sind. Spielen regionale Entwicklungen in einigen Ländern eine große Rolle, so sind es in anderen Ländern eher Probleme unterschiedlicher Altersgruppen, die zu anhaltend hohen Arbeitslosenquoten führen. Diese Heterogenität der Arbeitslosigkeit wirft erhebliche Fragen in Bezug auf die Effektivität einer gemeinsamen europäischen Beschäftigungsstrategie auf. Das Projekt zeigt allerdings, dass der Prozess der Formulierung und gemeinsamen Beurteilung der nationalen Beschäftigungspolitiken eine eigene Dynamik entwickelt hat, die zumindest zu einem einheitlichen Analyserahmen geführt hat.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

von Hagen, J.: „Euro verstärkt Reformbedarf“, *Bundesarbeitsblatt* 11/2000.

Di Tella, R., MacCulloch, R.: „Rational Institutions Yield Hysteresis“, *ZEI Working Paper B00-09*, Bonn, 2000.

Smith, K.: „Gains and Losses from the Latvian Public Pension Reform“, in: *Baltic Journal of Economics*, 2000

Forschungsgruppe V „Erweiterung der Europäischen Union“

Parlamentsforum zur EU-Erweiterung

Am 19. und 20. Oktober 2000 fand am ZEI zum zweiten Mal das vom ZEI ins Leben gerufene „Parlamentsforum zur EU-Erweiterung“ statt. Das Treffen wurde von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt. Wie im Jahr zuvor waren die Vorsitzenden der Parlamentsausschüsse für Europafragen aller EU-Kandidatenländer eingeladen, mit hochrangigen Vertretern der europäischen und der deutschen Politik über aktuelle Europafragen im Kontext der Erweiterung zu diskutieren. Die bemerkenswerte Offenheit, die das Forum prägte, veranlasste Redner wie Eneko Landaburu, Generaldirektor der Generaldirektion Erweiterung der EU-Kommission, und Hans-Ulrich Klose, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages, sehr pointiert ihre Sicht des Erweiterungsprozesses darzulegen. Dabei sparten sie auch die besonders heiklen Fragen, wie den zeitlichen Horizont der Erweiterung sowie die Beitrittsreife der einzelnen Kandidaten nicht aus. Der zweite Tag diente erneut einem Schwerpunktthema, diesmal der Struktur- und Regionalpolitik der Europäischen Union.

Ergebnisse von Nizza

Wenige Stunden nach Abschluss des Gipfeltreffens des Europäischen Rates in Nizza bewertete der für die EU-Erweiterung zuständige Kommissar Günter Verheugen im Rahmen eines ZEI-Europaforums am 11. Dezember 2000 im ZEI die Ergebnisse des Gipfels. Der Fortschritt sei nicht dramatisch, aber es sei auch kein Stillstand oder Rückschlag eingetreten, so sein Fazit. Zuversichtlich sei er, so Verheugen, weil die Zusage von Helsinki, bis 2002 alle internen Voraussetzungen für die Erweiterung zu schaffen, erfüllt worden sei. Nachdem bereits 1999 in Berlin der finanzielle Rahmen gesetzt und am 8. Dezember die Verhandlungsstrategie verabschiedet worden war, seien in Nizza nun auch die in-



stitutionellen Vorkehrungen für die Erweiterung der EU getroffen worden. Die große Auseinandersetzung, die er derzeit sehe und die in Nizza noch keinen Abschluss gefunden habe, gehe um die künftige Konzeption Europas. Während einige Mitgliedsstaaten ein Europa der starken und solidarischen Gemeinschaft wünschten, würden andere offensichtlich eine Rückkehr zu einem „Europa der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit“ bevorzugen.

Auf zwei Aspekte legte Verheugen besonderen Wert. Zum einen hätten die Kandidatenländer „ein Recht darauf, dass wir unsere Hausaufgaben machen.“ Lange habe das derzeitige Europa Appelle an die Beitrittskandidaten gerichtet. Nun jedoch müssten die fünfzehn Mitgliedstaaten einen

Die ZEI-Direktoren mit Eneko Landaburu, Generaldirektor der GD Erweiterung der EU-Kommission, während des Parlamentsforums am 19./20.10.2000 im ZEI.



Günter Verheugen, EU-Kommissar für die EU-Erweiterung am 11.12.2000 im ZEI.

internen Konsens zu den sensibelsten Kapiteln der Verhandlungen finden. Die Beitrittsstrategie vom 8. Dezember bedeute eine wichtige „Selbstverpflichtung“ der Mitgliedsländer. So habe man genaue Termine festgelegt, bis wann zu jedem einzelnen Kapitel der Verhandlungen ein Konsens herzustellen sei. Ziel bleibe es, die Verhandlungen bis 2002 abzuschließen. Die Entscheidung von Nizza, dass die ersten neuen Mitglieder bereits 2004 bei den Wahlen zum Europaparlament vollberechtigt teilnehmen können, begrüßte Verheugen ausdrücklich.

Task Force Südosteuropa

Die im August 1999 am ZEI gebildete Task Force Südosteuropa hat im Verlauf des Jahres eine Vielzahl von Aktivitäten entfaltet und deutlich an Profil gewonnen. Dazu gehört das „Netzwerk für Europastudien in Südosteuropa“, das aufgrund zahlreicher Anregungen aus der Region, insbesondere von der Universität Sofia, im Herbst 1999 konzipiert wurde und inzwischen das Herzstück der Task Force bildet. Unter dem Motto „Stabilität durch Bildung“ will dieses Projekt einen eigenen substantiellen Beitrag zu Stabilitätspakt für Südosteuropa leisten.

Dabei geht es um eine tiefgreifende und grundlegende Transformation der Region, die allzu lange von nationalen Rivalitäten, mangelnder Kooperationsbereitschaft und einer Abkoppelung von den Prozessen im übrigen Europa geprägt war. Erziehung und Ausbildung in Schule und Universität sind dabei ein zentraler Ansatzpunkt.

Netzwerk für Europastudien in Südosteuropa

Das Netzwerk für Europastudien in Südosteuropa soll in diesem Sinne zur Zukunft der Region einen wichtigen Beitrag leisten, und zwar durch einen intensiven Erfahrungsaustausch mit jenen Institutionen in Westeuropa, die bereits über langjährige Erfahrung

bei der Durchführung interdisziplinärer Studiengänge für Europäische Studien verfügen.

Den Auftakt des Projekts bildete eine Gründungskonferenz, die das ZEI, von der Hochschulrektorenkonferenz finanziert, zusammen mit der Universität Sofia am 28. und 29. Januar 2000 in Sofia durchgeführt hat. Wissenschaftler aus der ganzen Region nahmen an der Auftaktkonferenz teil, bei der ZEI-Mitarbeiter Emil Mintchev als Koordinator des Netzwerkes nominiert wurde.

Seither hat sich das Netzwerk erheblich weiterentwickelt und konkrete Konturen gewonnen. Die konzeptionelle Phase ist abgeschlossen, die Implementierung hat begonnen. Folgende Schritte wurden unternommen:

- Mit finanzieller Unterstützung der Hochschulrektorenkonferenz wird das „All-University Center for European Studies“ der Philosophischen Fakultät der Universität Sofia eine Datenbank erstellen, die alle Angebote im Bereich Europastudien der Region erfasst. Die Datenbank soll bis Ende Februar 2001 fertiggestellt sein. Sie wird allen Partnern des Netzwerkes im Rahmen der Homepage des Netzwerkes zugänglich sein.
- Die Hochschulrektorenkonferenz hat ebenfalls die Finanzierung einer Homepage für das Netzwerk übernommen, die bis Ende Februar 2001 erstellt sein wird, vorerst im Rahmen der Homepage des ZEI. Die Homepage wird als zentrale Informationsschnittstelle des Netzwerkes dienen.
- An der zweiten Konferenz des Netzwerkes, die am 3. und 4. Oktober 2000 in Cluj in Rumänien stattfand, nahmen insgesamt 32 Teilnehmer von Universitäten der ganzen Region teil. Der rumänische Bildungsminister Andrej Marga eröffnete die Konferenz zusammen mit ZEI-Direktor Ludger Kühnhardt. Auf der Konferenz wurde das Arbeitsprogramm des Netzwerkes für die nächsten drei Jahre diskutiert.



Dr. Emil Mintchev, Koordinator des Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa.



Von links: Dr. Emil Mintchev (ZEI), Prof. Dr. Andrej Marga (Minister für Bildung, Rumänien), Prof. Dr. Ludger Kühnhardt (ZEI), Prof. Dr. Nicolae Paun (Center for European Studies, Cluj).

- Mit Unterstützung des DAAD fand am 24. und 25. November 2000 in Zagreb das erste Arbeitstreffen der AG Curriculum und der AG Neue Medien des Netzes statt. Die logistische Durchführung lag in den Händen des Partners von ZEI, dem kroatischen Institut für Internationale Beziehungen (IMO). Damit trat die praktische Arbeit des Netzwerkes in seine Implementierungsphase. Teilnehmer waren 15 Vertreter der Netzwerkpartner, die ihr Interesse an der Mitwirkung in diesen beiden Arbeitsgruppen zuvor bekundet hatten. Für jede Arbeitsgruppe wurde ein Thesenpapier erbeten, um die Arbeit von Anfang an zu strukturieren: zum einen von Moxon Browne, Leiter der AG Curriculum, zum anderen von Velimir Srica, Co-Vorsitzender der AG Neue Medien. Beide Thesenpapiere werden die Grundlage für die weitere Arbeit der Arbeitsgruppen bilden.

Das Netzwerk hat im Verlauf des Jahres enorm an Resonanz gewonnen. Es steht inzwischen mit einer Vielzahl von Institutionen in der Region wie in Westeuropa in Kontakt – so mit dem Büro des Sonderkoordinators des Stabilitätspaktes, mit dem Leiter des Untertisches Bildung des Ersten Arbeits-

tisches des Stabilitätspaktes und mit dem Auswärtigen Amt. Alle bedeutenden Europastudiengänge in der Region sind im Netzwerk vertreten. Die Regierungen in den Ländern, in denen bisher Veranstaltungen stattgefunden haben, haben hochrangige Vertreter gesandt, um die Idee des Netzwerkes zu begrüßen und zu unterstützen. Das Projekt wird im Rahmen des Stabilitätspaktes wohl das größte Projekt im Bildungsbereich werden.

Bilaterale und regionale Projekte

Darüber hinaus hat die Task Force Südosteuropa ihre Arbeit in der Region deutlich vertieft, und zwar in allen drei Bereichen: Forschung, Politikberatung und Fortbildung. Im Bereich Forschung entstehen derzeit zwei umfassende Monographien zur Konfliktprävention im Kosovo 1989 bis 1999 sowie zur europäischen Ausrichtung Südosteuropas nach dem Ende des Kosovo-Konfliktes. Darüber hinaus arbeitete das ZEI in 2000 an Sammelbänden zu „lessons learned“ im deutschen Konfliktmanagement auf dem Balkan sowie zur Rolle und Bedeutung Bulgariens und Kroatiens auf dem Weg in die Europäische Union.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Biermann, R.: „Der künftige Status Kosovos. Vorbereitung auf das Unvermeidliche“, in: *Internationale Politik*, Nr. 9, 2000, S. 51-57.

Fidrmuc, J.: „Political Support for Reforms: Economics of Voting in Transition Countries“, in: *European Economic Review* 44 (8), August 2000, S. 1491-1513.

Fröhlich, St.: „The Chances and Challenges of Eastern Enlargement“, in: *European Institute (Hrsg.): Reviewing Bulgaria's Progress towards EU Membership*, Sofia, 2000.

Kühnhardt, L.: „Osterweiterung – eine Dividende für Europa“, in: *MUT. Forum für Kultur, Politik und Geschichte*, Nr. 4, 2000, Seite 56 ff.

Mintchev, E.: „Europa und die Probleme des Balkans. Ein Jahr Stabilitätspakt für Südosteuropa“, in: *Internationale Politik*, Nr. 8, 2000, S. 53-58.

Wenig, M. (Hrsg.): „Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration“, *ZEI Discussion Paper C71*, Bonn, 2000.

Die regionalen Projekte der Task Force Südosteuropa orientieren sich in Zielsetzung und Inhalt am Stabilitätspakt für Südosteuropa. Zu Veranstaltungen werden grundsätzlich Vertreter aus allen Ländern der Region eingeladen. Die Veranstaltungen werden stets in der Region durchgeführt. Hierzu zählte beispielsweise ein einwöchiger Kurs über aktuelle Europafragen für junge Diplomaten aus der ganzen Region, den das ZEI gemeinsam mit der Diplomatenakademie des Außenministeriums der Republik Kroatien vom 27. August bis zum 3. September 2000 am „International Center of Croatian Universities“ in Dubrovnik durchführte. (siehe auch Kapitel „Aus- und Weiterbildung“).

Rahmenvereinbarungen

Bereits seit 1999 unterhält das ZEI mit den Außenministerien Lettlands, Litauens, Bulgariens, der Slowakei und dem kroatischen Büro für Europäische Integration (jetzt: Ministerium für Europäische Integration) sogenannte Rahmen- und Beratungsabkommen. Ziel dieser Vereinbarungen ist es, die Kandidatenländer bei der Ausarbeitung bzw. Opti-

päischen Union“ in der Law Academy of Lithuania in Vilnius. An der Veranstaltung nahmen neben dem Rektor und zahlreichen Professoren und Studenten der Universität, Angehörige des Außenministeriums sowie des Justiz- und Innenministeriums teil, die die Ausführungen von Schelter mit interessanten Fragen und Beiträgen, insbesondere bezüglich der Anwendung der „Schengen-Kriterien“, flankierten. Im Rahmen der intensiven und regelmäßigen Beschäftigung mit den baltischen Staaten hat ZEI-Mitarbeiter Georg Klöcker in Zusammenarbeit mit dem litauischen ZEI Senior Fellow, Egidijus Vareikis, einen Sammelband konzipiert, der die zehnjährige Entwicklung der baltischen Staaten in der Unabhängigkeit 1991 systematisch analysieren wird. Das Buch wird 2001 erscheinen.

Slowakei

Im Rahmen des Abkommens mit dem Außenministerium der Slowakei veröffentlichte Marcus Wenig das ZEI Discussion Paper C71/2000 zum Thema „Die Bürgergesellschaft als ein Motor der Europäischen Integration und Perspektiven der Zusammenarbeit deutsch und slowakischen NGOs“. Das Papier dokumentiert die wesentlichen wissenschaftlichen und politischen Erkenntnisse des Kongresses „Europäische Integrationsperspektiven der Zusammenarbeit deutscher und slowakischer Nichtregierungsorganisationen“, der vom 25. bis 27. Juni 1999 gemeinsam vom ZEI, dem Gustav Stresemann-Institut und der Slowak Academic Information Agency auf Initiative der Petra Kelly Stiftung durchgeführt worden war. Das Papier stellt eine erstmalige Bestandsaufnahme der Bedeutung der NGOs im Demokratisierungsprozess der Slowakei dar. Es knüpft damit an das ebenfalls von Marcus Wenig herausgegebene Papier „Die Möglichkeit einen engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland/Slowakei“ (Discussion Paper C55) an, das 2000 erschienen ist. Das Papier reflektiert die Situation in den Bereichen Europapolitik, Wirtschaft und Investition, Medien, Finanz- und Bankwesen, öffentliche Verwaltung und Umwelt, sowie Kulturbildung und Wissenschaft. Der Autor zieht Folgerungen im Hinblick auf die zukünftige



Junge Diplomaten aus Südosteuropa im Rahmen des ZEI-Weiterbildungskurses Anfang September 2000 in Dubrovnik.

mierung von nationalen Programmen zur Übernahme und Implementierung des Acquis der EU durch das ZEI zu beraten.

Litauen

Kurt Schelter, Minister für Justiz und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg und ZEI Senior Fellow, hielt am 15. Mai 2000 im Rahmen des Abkommens zwischen ZEI und dem litauischen Außenministerium einen Vortrag zum Thema „Die Justiz- und Innenpolitik in einer sich erweiternden Euro-

Entwicklung der bilateralen Beziehungen und die slowakische Vollintegration in die Europäische Union.

Kroatien

In Verbindung mit dem Industrie-Club e.V. in Düsseldorf fand am 27. Juni 2000 ein „ZEI-Europaforum“ mit dem Minister für Europäische Integration der Republik Kroatien, Ivan Jakovic, statt. Der Vortrag des Ministers, der sich anschließend vor 80 Vertretern der Industrie und der nordrhein-westfälischen Politik einer öffentlichen Diskussion mit Ludger Kühnhardt, Direktor am ZEI, stellte, verdeutlichte die Aufbruchsituation in Kroatien. Deutlich wurde auch das enorme Potenzial des Landes nach dem demokratischen Regierungswechsel zu Beginn des Jahres 2000, ohne die tiefgreifenden anhaltenden Transformationsprobleme zu überspielen. Die Veranstaltung wurde ergänzt durch politische Gespräche von Minister Jakovic mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und rief ein vielfältiges Medienecho hervor.

Bulgarien

Am Rande der Gründungskonferenz des „Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa“ haben die ZEI-Mitarbeiter Rafael Biermann und Emil Mintchev im Januar 2000 umfassende Gespräche mit Partnern aus dem Außenministerium und dem European Institute in Sofia, sowie mit weiteren möglichen Kooperationspartnern geführt. Auf der Jahrestagung 2000 des European Institute übernahm ZEI-Direktor Ludger Kühnhardt den Einführungsvortrag und die Moderation eines Panels mit Bulgariens Ministerpräsidenten Ivan Kostov, der Außenministerin Nadeschda Michailova, dem Fraktionsvorsitzenden der Liberalen im Europäischen Parlament, Patrick Cox, dem Vorsitzenden des Europaausschusses des Deutschen Bundestages, Friedbert Pflüger, und dem ehemaligen französischen Außenminister Alain Lamassoure.

Wirtschaftspolitische Aspekte der Osterweiterung

Die öffentliche Meinung Bernd Hayo beschäftigte sich 2000 in dem Projekt „Public Attitudes Towards Economic Transition in Eastern Europe“ mit dem Einfluss wirtschaftlicher Größen auf den Grad der Zustimmung zum Integrationsprozess in den Bevölkerungen der Beitrittsländer. Seine Analyse kombinierte Befragungsdaten mit makroökonomischen Variablen, um den Effekt der Wirtschaftsentwicklung auf die öffentliche Meinung zu messen. Er fand heraus, dass Wirtschaftswachstum und Inflation einen signifikanten Einfluss auf die öffentliche Zustimmung zu Wirtschaftsreformen und dem Beitrittsprozess in diesen Ländern haben. Seine Schlussfolgerung lautet, dass eine stabile Wirtschaftsentwicklung notwendig ist, um die politische Basis für den Reform- und den Beitrittsprozess zu sichern.

Jan Fidrmuc untersuchte in einem verwandten Projekt „Unemployment and the Dynamics of Political Support for Economic Reforms“ den politischen Prozess der Zustimmung zu wirtschaftlichen Reformen in den Beitrittsländern. Seine theoretische Analyse zeigte, dass Unsicherheit über den Reform Erfolg eine zentrale Rolle in der Bestimmung des Grads der allgemeinen Zustimmung spielt. Diese Arbeit, die in der international angesehenen Zeitschrift „Journal of Policy Reform“ publiziert wurde, bildet den theoretischen Hintergrund zu empirischen Arbeiten, in denen Fidrmuc den Einfluss ökonomischer Entwicklungen auf die Ergebnisse politischer Wahlen in den Beitrittsländern untersucht. Empirische Ergebnisse für die Tschechische Republik, Ungarn, Polen und die Slowakei haben gezeigt, dass die Wahlerfolge politischer Parteien wesentlich von wirtschaftlichen Entwicklungen abhängen.



Ivan Jakovic, Minister für Europäische Integration Kroatiens, mit Prof. Ludger Kühnhardt am 27.6.2000 in Düsseldorf.

Fiskal- und Geldpolitik in den Beitrittsländern
 Weitere Projekte des ZEI beschäftigten sich mit der Fiskalpolitik und der Geld- und Währungspolitik in Transformationsländern. Maxim Nikitin, senior fellow am ZEI, analysierte in zwei Arbeitspapieren die Rolle der Fiskalpolitik in den Inflationsprozessen der russischen und ukrainischen Wirtschaft und die makroökonomische Bedeutung der Fiskalpolitik in der wirtschaftlichen Transformation. Holger Gleich analysierte die fiskalpolitischen Institutionen der Beitrittsländer in Mittel- und Osteuropa. Aufbauend auf dem Forschungsansatz und den Arbeiten der Forschungsgruppe „Makroökonomische Politik und Institutionen“ entwickelt er eine Charakterisierung dieser Institutionen und untersucht ihre Rolle bei der makroökonomischen Stabilisierung und der Erreichung dauerhaft tragbarer öffentlicher Finanzen in den Ländern während der 1990er Jahre. Seine bisherigen Untersuchungen bestätigen die Bedeutung institutioneller Regeln im Budgetprozess von Regierungen für die fiskalpolitische Disziplin. Erste Ergebnisse dieses Projekts stellten Holger Gleich und Jürgen von Hagen bei der European Summer Academy des Centre for Economic Policy Research (CEPR) in Amsterdam im August 2000 vor.

Eine wichtige Forschungsfrage ist dabei die nach den Determinanten institutioneller Entwicklungen. Da die betrachteten Länder zu Beginn des Transformationsprozesses relativ ähnliche Ausgangsbedingungen für die Fiskalpolitik aufwiesen, inzwischen aber deutlich unterschiedliche Wege der institutionellen Entwicklung beschritten haben, wird seine Studie Hinweise darauf geben, welche politischen und wirtschaftlichen Faktoren die Entwicklung fiskalpolitischer Institutionen beeinflussen. Dalia Grigonyte wird sich in ihrer Dissertation mit der Bedeutung von Currency Boards für die Fiskalpolitik in Transformationsländern auseinandersetzen.

Ali Kutan (University of Southern Illinois) und Lucjan Orlosowski (Sacred Heart University) arbeiteten als ZEI Senior Fellows im Jahr 2000 an einem Projekt zur Geldpolitik in den Transformationsländern. Dies ist auch

das Thema der Dissertation von Birgit Schmitz. Mit den währungspolitischen Aspekten der Geldpolitik in Transformationsländern beschäftigen sich die Dissertationen von Taikuang Ho und Jizhong Zhou. Ho untersucht die Bedingungen und Auswirkungen von Währungskrisen, Zhou die Wahl der Wechselkursregime in den Transformationsländern. Mit diesem Thema im Zusammenhang stand auch ein Projekt, das das ZEI 2000 gemeinsam mit dem Centre for Economic Policy Research (London) und weiteren Partnern durchführte. Barry Eichengreen (Berkeley), David Begg (London), Laszlo Halpern (Budapest), Charles Wyplosz (Genf) und Jürgen von Hagen (ZEI) erarbeiteten dabei Perspektiven für die Gestaltung der Kapitalverkehrsfreiheit für die Beitrittsländer auf dem Weg in die EU. Im Sommer 2000 veranstaltete die Forschungsgruppe gemeinsam mit dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle eine Tagung zum Thema Währungskrisen und ihre Vermeidung in Transformationsländern. Die Ergebnisse der Konferenz wurden in einem Sonderband der Zeitschrift des Hallenser Instituts veröffentlicht.

Arbeitsmärkte

Eine wesentliche Rolle für den Erfolg des Transformationsprozesses und des Beitritts zur EU spielt die Entwicklung der Arbeitsmärkte in den Beitrittsländern. Iulia Traistaru und Ken Smith beschäftigten sich in Forschungsprojekten mit der Entwicklung der Arbeitsmärkte in den Beitrittsländern. Gemeinsam mit ZEI Senior Fellow Ella Kallai verfasste Iulia Traistaru eine Arbeit über regionale Arbeitsmärkte in Rumänien, die in der international angesehenen Zeitschrift „Economics of Transition“ erscheinen wird.

Ken Smith arbeitete 2000 an einer Analyse von Lohn- und Einkommensdaten aus den baltischen Ländern. In einer in der Zeitschrift *Economics of Transition* veröffentlichten Arbeit untersuchte er den Einfluss von ethnischen Zugehörigkeiten auf die Lohnstruktur in Estland und konnte zeigen, dass russische Arbeitnehmer im Untersuchungszeitraum signifikante Lohnabschläge hinnehmen mussten. Eine zweite Untersu-

chung estländischer Daten hat gezeigt, dass Arbeitnehmer in Transformationsländern keine oder negative Prämien für Seniorität erhalten. Der Transformationsprozess führt dazu, dass neues Wissen über Produktions- und Marktprozesse besser entlohnt wird als aus der Vergangenheit übernommenes Wissen. In einer weiteren Arbeit untersuchte Ken Smith die Einkommenswirkungen der Sozialversicherungsreform in Lettland.

Im Rahmen des 5. Rahmenprogramms der Forschungsförderung der Europäischen Kommission wird Ken Smith für das ZEI insgesamt drei Konferenzen über Arbeitsmarktentwicklung und Integration leiten. Die erste Konferenz hat im Frühjahr 2000 in Vilnius stattgefunden. Die Konferenz bestand aus Vorlesungen und Seminaren, in denen Nachwuchswissenschaftler aus ganz Europa eigene Arbeiten zu diesem Thema vortrugen. Für die Vorlesungen konnte ZEI im Jahr 2000 Michael Burda aus Berlin und Tito Boeri aus Mailand gewinnen. Beide gehören zu den führenden Arbeitsmarktökonomern Europas. Über den wissenschaftlichen Ertrag hinaus werden diese Konferenzen auch einen wichtigen Beitrag zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gerade aus dem Baltikum leisten.

Regionalentwicklung

Zu den wirtschaftspolitischen Herausforderungen des Beitrittsprozesses gehört schließlich auch die Gestaltung der regionalen Entwicklung in den Beitrittsländern. Regionale Arbeitsmärkte und Märkte für Güter und Dienstleistungen müssen in den Beitrittsländern gestärkt werden, um regionale Ungleichgewichte infolge der stärkeren Einbindung der nationalen Wirtschaften in die europäische Wirtschaft zu vermeiden. Zu dieser Aufgabe gehört nicht zuletzt die Stärkung der regionalen Administrationen, um die Beitrittsländer zu befähigen, an den Regionalprogrammen der Europäischen Union zu partizipieren.

Iulia Traistaru begann im Herbst 2000 ein Forschungsprojekt unter dem Titel „European Integration, Regional Specialization, and the Location of Industrial Activity in



Besuch einer rumänischen Delegation unter Innenminister C. D. Ionescu am 20.3.2000 im ZEI.

Accession Countries“, in dessen Rahmen Wissenschaftler aus Deutschland, Irland, Italien, Estland, Ungarn, Slowenien und Rumänien an Fragen der regionalen Entwicklung zusammenarbeiten. Das Projekt, das im Rahmen des ACE Programms der Kommission finanziert wird, untersucht die sich ändernden Muster der regionalen wirtschaftlichen Spezialisierung in den Beitrittsländern und die Entwicklung industrieller Standorte in der Region. Dabei werden auch regionale Lohndifferenziale betrachtet. Das Projekt soll identifizieren, welche Regionen als Gewinner und Verlierer im Beitrittsprozess betrachtet werden können, und welchen Einfluss die Instrumente der Europäischen Regionalpolitik auf die unterschiedlichen Entwicklungen nehmen können.

Ebenfalls im Jahr 2000 initiierte das ZEI die Gründung des Forschungsnetzwerks „European Network on Regional Development and Regional Policy“, das mit Mitteln des Bundesministeriums für Forschung und Bildung gefördert wird. Ziel des Netzwerks ist die Förderung und Koordination von Forschungsarbeiten zum wirtschaftlichen Strukturwandel auf regionaler Ebene in Europa. Dabei finden Aspekte und Konsequenzen der Osterweiterung besondere Beachtung. Rund 50 Wissenschaftler, Praktiker und Vertreter von Forschungseinrichtungen und sta-

tistischen Behörden aus 16 EU und Beitrittsländern sowie der Weltbank arbeiten im Rahmen dieses Netzwerks in vier Arbeitsgruppen zusammen. Themen der Arbeitsgruppen sind „Regionale Ungleichheit, Konvergenz und Integration“, „Industrielle Standortentwicklung und Standortwettbewerb“, „Regionale Arbeitsmarktentwicklung“ und „Institutionen und institutionelle Kapazität für Regionalpolitik“.

Darüber hinaus befasst sich ein von Iulia Traistaru und Jan Fidrmuc begonnenes und von der Europäischen Kommission in ihrem 5. Rahmenprogramm finanziertes Forschungsprojekt mit dem Titel „Regional Labor Market Adjustment in the Accession Candidate Countries“ mit regionalökonomischen Fragen. Das Projekt, an dem neben Wissenschaftlern des ZEI Forscher aus

Wien, London, Budapest, Mannheim, Berlin, Stockholm und Den Haag beteiligt sind, betrachtet die Anpassungsprozesse auf den regionalen Arbeitsmärkten der Beitrittsländer und die Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik. Im Rahmen des Projekts werden die verschiedenen Anpassungsmechanismen der Arbeitsmärkte – Änderungen in der Partizipation, Lohnentwicklung und Migration – untersucht. Besondere Aufmerksamkeit wird den Grenzregionen der Beitrittsländer gewidmet.

Forschungsgruppe VI „Europas Rolle in der Welt“

Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Das von der Fritz Thyssen Stiftung (Köln) vom 1. Oktober 2000 bis 30. September 2002 unterstützte Projekt „Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland im euro-atlantischen Integrationszusammenhang, 1990-2000“ untersucht die drei zentralen Problembereiche der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den 90er Jahren: die Stabilisierung des östlichen Umfeldes, das erweiterte sicherheits- und verteidigungspolitische Aufgabenspektrum des Bündnisses und die Stärkung einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP). Aus der empirischen Analyse sollen die wesentlichen Strukturen, Muster und Modi abgeleitet werden, die die künftige deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik im euro-atlantischen Kontext kennzeichnen. Das Verhaltensmuster wird an den beiden Begriffspaaren Primär- (Führungsmacht) und Sekundärrolle („Führungsvermeidungsreflex“) festgemacht. Die zentrale Hypothese dieses Projekts lautet: Eine Primär- bzw. Sekundärrolle Deutschlands in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik korreliert mit der militärischen bzw. nicht-militärischen Dimension eines Problembereichs. Deutschland übernimmt eine Primärrolle in Bereichen mit einer nicht-militärischen Dimension (z.B. Osterweiterung der NATO). In den Bereichen mit einer militärischen Dimension (z.B. Beteiligung an „out-of-area“-Einsätzen, militärisch-operative Aspekte der „neuen NATO“ – Defense Capabilities Initiative – und GESVP – headline goal) präferiert Deutschland eine Sekundärrolle.

Im Rahmen dieses Projekts wird die Haltung zentraler Akteure in der NATO und der EU zu den neuen sicherheits- und verteidigungspolitischen An- und Herausforderungen untersucht. Neben Deutschland handelt es sich um die Vereinigten Staaten, Frankreich, das Vereinigte Königreich und die Niederlande.

Im Zusammenhang mit der „neuen“ NATO werden das zukünftige Aufgabenspektrum, die globale Ausrichtung des Bündnisses (Golf, Proliferation), die neue transatlantische Verantwortungsteilung, die Implementierung des alliierten Streitkräftekonzepts, die Restrukturierung von Streitkräften in Projektionsarmeen und die Struktur der Verteidigungshaushalte thematisiert. Im Bereich der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik stehen die Übernahme von Petersberg-Aufgaben, die auf dem Ratsgipfel in Helsinki festgelegten „headline goal“ für die Modernisierung europäischer Streitkräfte, die von französischer und britischer Seite angestoßene Diskussion um die Konvergenzkriterien hinsichtlich Struktur, Umfang und Ausrüstung von Streitkräften sowie der Zusammensetzung der Verteidigungsausgaben, die Komplementarität von GESVP mit der NATO und die Ausgestaltung der zukünftigen Arbeitsbeziehungen zwischen der EU und der NATO auf der Agenda. Es ist geplant, die Themen in Workshops mit Experten aus den o.g. Ländern zu diskutieren.

Franz-Josef Meiers, wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, veröffentlichte 2000 ein Discussion Paper mit dem Titel: „Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?“ (C79/2000). In diesem Papier setzt er sich mit den aktuellen Entwicklungen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik auseinander und zeigt Widersprüche in der bisherigen Konzeption auf.

Europa und Asien

In der ersten Hälfte des Jahres 2000 hat Xuewu Gu, der am ZEI für das Projekt „Europa und Asien“ zuständig ist, seine Arbeit auf folgende zwei Aspekte konzentriert: die Beziehungen zwischen Europa und Asien sowie die Mitwirkung an der Vertiefung des öffent-



Die Beziehungen zwischen Asien und Europa stehen im Mittelpunkt eines ZEI-Forschungsprojekts.

lichen Bewusstseins über die Bedeutung der europäisch-asiatischen Beziehungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Um die Hauptprobleme, die den Inhalt und die Struktur der europäisch-asiatischen Beziehungen im 21. Jahrhundert beeinflussen könnten, klar zu identifizieren, hielt sich Xu-ewu Gu zu einem Forschungsaufenthalt am Asia Research Centre der London School of Economics and Political Science (LSE) auf. Das Projekt, das durch die Fritz Thyssen Stiftung unterstützt wurde, befasst sich mit der Sicherheitsstruktur in Ostasien und fragt nach der Übertragbarkeit der westeuropäischen Sicherheitsordnung in Ostasien. Ein Teil der Forschungsergebnisse wurde bereits ausgewertet. Nach Vereinbarung mit der LSE wurde dieses Ergebnis mit dem Titel „The Future of the Relations between Europa and Asia“ im Rahmen der Reihe „Asia Research Centre Working Papers“ Ende 2000 veröffentlicht.

Angesichts der Tatsache, dass Japan und China bei der Bestimmung der politischen

Ordnung in Ostasien und damit bei der Gestaltung der Beziehungen dieser Region zu Europa eine entscheidende Rolle spielen, wurde die Forschung mit besonderer Intensität auf diese zwei Staaten und deren Außenbeziehungen konzentriert. Mehrere Ergebnisse dieser Forschungsarbeiten wurden in Form wissenschaftlicher Aufsätze der Öffentlichkeit präsentiert.

Ausbau der Beziehungen

Darüber hinaus hat das ZEI sich an der öffentlichen Diskussion über den Sinn und Zweck des Ausbaus der Beziehungen Europas zu Asien aktiv beteiligt. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, die deutsche Öffentlichkeit über die aktuellen Entwicklungen im chinesischen Kulturraum zu informieren und auf die Notwendigkeit der Gestaltung einer Politik des „Wandels durch Handel“ hinzuweisen. Hierzu wurden mehrere Vorträge in verschiedenen Institutionen und vor unterschiedlichen Zuhörerkreisen gehalten.

Regionale Integration

Zentralasien ist nicht zuletzt aufgrund seiner geopolitischen Lage, seiner ökonomischen Situation und der früheren Zugehörigkeit zur Sowjetunion ein bedeutender Nachbarraum Europas. In dem tiefgreifenden politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationsprozess der seit nunmehr neun Jahren unabhängigen Republiken Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan kommt regionalen integrativen Ansätzen und Überlegungen zunehmend ein größerer Stellenwert zu. Von einigen Faktoren wie umstrittenen Grenz- und Minderheitenfragen, Schwierigkeiten bei der Überwindung der ehemals zentralen Steuerung und dem Aufbau neuer Strukturen, dem Schutz gefährdeter Naturräume, der gemeinsamen Nutzung von Energieträgerreserven und verschiedenen außen- und geopolitischen

Konzepten, in denen sich teilweise regionale Rivalitäten widerspiegeln, geht allerdings ein beträchtliches Konfliktpotential aus, das die Sicherheit und Stabilität in der Region und auch darüber hinaus gefährden kann. Dass die europäischen Integrationserfahrungen in mehrfacher Hinsicht ein wichtiges Beispiel zur Überwindung solcher Probleme geben können, war das Fazit eines Dialogforums zum Thema „Integrationsmodelle in Zentralasien und Europa“, das unter konzeptioneller Mitwirkung des ZEI vom 25. bis zum 27. Mai 2000 in der ehemaligen Hauptstadt der Republik Kasachstan, Almaty, stattfand. Im Rahmen dieser vom Stuttgarter Institut für Auslandsbeziehungen (IfA) und dem Kasachischen Institut für Strategische Studien beim Präsidenten der Republik Kasachstan (KISS) im Auftrag des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung durchgeführten Veranstaltung analysierten Experten aus beiden Regionen integrationsstiftende und -hemmende Faktoren und diskutierten deren Bedeutung für beide Räume. In Zentralasien ist aufgrund gemeinsamer historischer, ethnischer und ökonomischer Elemente ein beträchtliches Potential für einen verstärkten regionalen Integrationsprozess vorhanden. Ein Hauptaugenmerk von Politik und Wissenschaft wird daher in den nächsten Jahren auf der Schaffung und der Vertiefung gemeinsamer Formen der Kooperation liegen. Diese Kooperation könnte – bei allen Unterschieden – vergleichbar mit dem allmählichen Aufbau europäischer Strukturen und Institutionen nach dem Zweiten Weltkrieg zu den wichtigsten außen- und innenpolitischen Komponenten der neuen unabhängigen Republiken werden.

Tradition und Kultur

In 2000 beschäftigte sich das ZEI auch mit der fundamentalen Frage, ob und inwiefern Europa und Asien sich wegen völlig unterschiedlicher Geschichte, Traditionen und Kulturen politisch verständigen können. Hierzu erschien im Juni ein ZEI Discussion Paper (C 74/2000) mit dem Titel „Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog“. In dieser Veröffentlichung analysieren vier Autoren – jeweils vom methodischen, asiatischen, bilateralen und vergleichenden Aspekt aus – die Grundbedingungen, unter denen der Dialog zwischen Europa und Asien erfolgreich durchgeführt werden kann. Das Forschungsprojekt zum philosophischen Dialog zwischen Asien und dem Westen konnte erfolgreich vorangebracht werden. Mit Abu Bakar Abdul Majeed (Institute for Islamic Understanding, Kuala Lumpur), Hua Xue (Chinesische Akademie der Wissenschaften), Ji-ang Shi (Center for European Studies, Chengdu) und mehreren europäischen Forschern gewann das ZEI hervorragende Gastforscher, deren Beiträge in eine Anthologie einfließen werden.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Gu, X.: „Supermacht China? Die Zukunftsperspektive der Volksrepublik China“, in: *Internationale Politik*, Heft 1, 2000, S. 17-24.

Gu, X.: „Japan and the Security of East Asia“, in: *Internationales Asienforum*, Heft 1-2, 2000, S. 127 - 140.

Kühnhardt, L.: „Über die Grenzen Europas hinaus“, in: *Reiter, E. (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2000*, Wien, 2000, Seite 259 ff.

Kühnhardt, L.: „Europas Rolle in der Weltpolitik“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B24/2000, 9. Juni 2000, Seite 31 ff.

Meiers, F.-J.: „Der europäische Sicherheitspfeiler. Stein des Anstoßes für die USA“, in: *Internationale Politik*, 55. Jahr, Nr. 3, 2000, S. 43-48.

Wittschorek, P.: „A Nation of Terrorists? Pride and prejudice in Chechnya, and a war that nobody will win“, in: *Amnesty International Campaigning Magazine*, May/ June 2000, S. 4.

Zervakis, P.: „Der Gipfel von Helsinki - die Wende in den griechisch-türkischen Beziehungen? Unverhofftes Tauwetter diesseits und jenseits der Ägäis“, in: *Europäische Zeitung*, Nr. 3, 2000, S. 1.

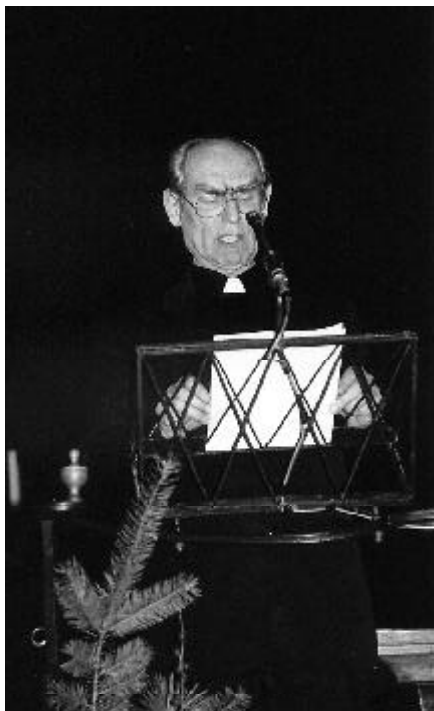
Forschungsgruppe VII „Europäische Identität und der Dialog der Kulturen“

Ideen, Muster und Werte

Nach welchen Ideen, Mustern und Werten vollzieht sich das Zusammenwachsen Europas? Mit dieser Frage beschäftigte sich das



Christenheit – Europa 2000; Symposium vom 20. bis 22.1. 2000 im ZEI.



Erzbischof Alfons Nossol aus Oppeln.

ZEI vom 20. bis 22. Januar 2000 auf einem Symposium zum Thema „Christenheit – Europa 2000. Die Zukunft Europas als Aufgabe und Herausforderung für Theologie und Kirchen“. Die gemeinsame Währung allein wird nicht ausreichen, um

die europäische Einigung zu vollenden. Das Symposium hat deutlich gemacht, dass die

Identität Europas eng mit dem Christentum verknüpft ist. In Kooperation mit der Katholisch-Theologischen Fakultät und der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn veranstaltet, hat das Symposium Wege gewiesen, wie die Kirchen sich im kulturellen, im rechtlichen, im sozialetischen, im politischen und im pastoralen Rahmen, vom Glauben geleitet, in den europäischen Integrationsprozess einbringen können. Erzbischof Alfons Nossol aus Oppeln betonte in einem öffentlichen Vortrag im Bonner Münster die Herausforderung: „Es ist kein anderes Ethos und keine andere Religion in Sicht als das Christentum, was eine unberechenbare

Moderne vor ihrer Selbstzerstörung zu schützen vermag.“ Dass in diesem Prozess neue ökumenische Wege der Kooperation auf europäischer Ebene gefunden werden müssen, darauf wies der Präsident des Landeskirchenamtes Hannover, Eckhardt von

Vietinghoff, hin. Die Beiträge des Workshops, auf dem auch der Berliner Theologe und SPD-Politiker Richard Schröder sprach, werden 2001 in der *Schriftenreihe des Zentrum für Europäische Integrationsforschung* publiziert.

Auf die Gefahr, dass „Europa nur Form ohne Substanz“ werde, wies der Bischof von Hildesheim und Präsident des Rates der Bischofskonferenzen der Europäischen Union (ComECE), Josef Homeyer, in einem „ZEI-Europaforum“ am 29. Mai 2000 hin. Er betonte die Rolle der Kirchen, angesichts zunehmender Individualisierung und einer voranschreitenden Geschichtslosigkeit die Fülle menschlicher Existenz zur Geltung bringen zu müssen. Es sei eine Frage der Gerechtigkeit, dass auch auf europäischer Ebene alle am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilhaben könnten.

Sprachenvielfalt

Die rasch fortschreitende Globalisierung bewirkt tiefgreifende Veränderungen nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen und sozialen Verhältnisse der ganzen Welt. In Europa kommt der dynamische Prozess der europäischen Einigung hinzu, der die nationalen Besonderheiten einerseits in den Hintergrund treten lässt, andererseits ihnen jedoch ganz neue Möglichkeiten der Wertung und Profilierung eröffnet. Die menschliche Sprache, unbestritten das wichtigste soziale Kommunikationssystem, ist notwendigerweise tiefgreifenden Veränderungen unterworfen.

Das Kolloquium „Die europäischen Kleinsprachen am Anfang des 21. Jahrhunderts“, das das ZEI am 16. und 17. Juni 2000 in Kooperation mit dem Sprachlernzentrum, dem Germanistischen Seminar und dem Sprachwissenschaftlichen Institut der Universität Bonn veranstaltete, widmete sich der Frage, welche Auswirkungen der weltweite und insbesondere der innereuropäische, wirt-

schaftliche und gesellschaftliche Wandel auf die Lage und den Status der europäischen Sprachen hat. Im Gegensatz zu anderen vergleichbaren Forschungsansätzen lag der Schwerpunkt auf den sogenannten „Kleineren Sprachen“, im EU-Jargon „Lesser Used Languages“, d. h. Sprachen, deren Sprecherzahl relativ klein ist. Dazu gehören eine ganze Reihe von europäischen Minderheitensprachen, d. h. Sprachen, die nicht erste Verkehrssprache oder offizielle Amtssprache der Staaten sind, in denen sie gesprochen werden. Die wissenschaftlichen Erträge des Kolloquiums werden Anfang 2001 in der *Schriftenreihe des Zentrum für Europäische Integrationsforschung* veröffentlicht.

Euro-Mediterrane Partnerschaft

Besonders kontinuierliches Augenmerk richtete die Forschungsgruppe auf die euromediterrane Partnerschaft. Das Discussion Paper C 68 von Carlo Masala, Universität Köln und ZEI Senior Fellow, stellt Geschichte, Struktur und Prozess der euromediterranen Partnerschaft dar und diskutiert Stärken und Schwächen der EU-Ansätze, um den euromediterranen Prozess zu intensivieren. Die Publikation war ein erster Beitrag im Rahmen eines mehrjährig angelegten Forschungsprojektes, das Carlo Masala zusammen mit Ludger Kühnhardt (ZEI) durchführt. Im Berichtszeitraum konnte zu dem Thema auch das Discussion Paper von Stephen C. Calleya mit dem Titel „Is the Barcelona Process working?“ (C 75/2000) veröffentlicht werden.

Deutsch-Französische Beziehungen

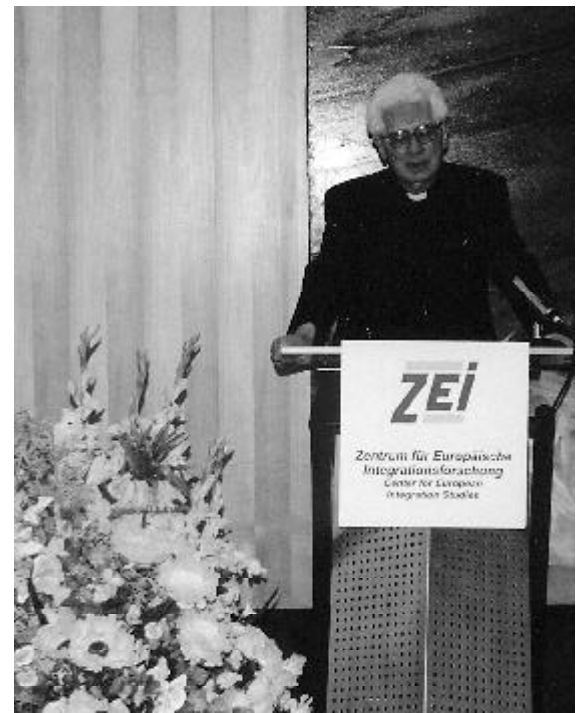
Das 7. Europakolloquium des ZEI am 17. und 18. November 2000 in Königswinter bei Bonn war der „Interkulturellen Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation“ gewidmet. In der durch die Initiative „Dialog Wissenschaft und Praxis“ der Hanns Martin Schleyer-Stiftung geförderten Veranstaltung mit Referenten aus der Wissenschaft, den Medien und der Wirtschaft wurde die Bedeutung der interkulturellen Dialoges zwischen den beiden Nachbarstaaten für die Entwicklung des gemeinsamen Marktes in Europa unterstrichen. Dabei kamen auch einschränkende Faktoren

wie das Bestehen von Fremdbildern und die Überwindung von Stereotypen zur Sprache. Zudem wurden die Grenzen eines interkulturellen Austausches diskutiert.

Ethnische Minderheiten

In Zusammenarbeit mit der Britischen Botschaft führte das ZEI am 1. Dezember 2000 in Berlin das Seminar „Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe“ durch. Auf Einladung des britischen Botschafters Sir Paul Lever und Ludger Kühnhardt diskutierten führende Vertreter der deutschen und der britischen Politik grundsätzliche und aktuelle Aspekte des Themas. Herausragende Gastredner waren die Parlamentarische Staatssekretärin im britischen Ministerium für Auswärtige und Commonwealth Angelegenheiten, Baroness Scotland, sowie die Parlamentarische Staatssekretärin im deutschen Innenministerium, Cornelia Sonntag-Wolgast. Die Teilnehmer, zu denen auch der stellvertretende Ministerpräsident der Slowakei, Pal Csaky, und der stellvertretende Bürgermeister von Rotterdam, Herman Meijer, gehörten, erörterten schwerpunktmäßig, was Regierungen tun können oder sollten, um gegen rassistische Tendenzen vorzugehen und die Integrationsbemühungen zu fördern. Dabei wurde besonderes Augenmerk auf die Perspektiven einer gemeinsamen europäischen Einwanderungs- und Integrationspolitik sowie die Ausfüllung des Rahmens einer europäischen Staatsbürgerschaft gelegt.

In Vorträgen und Diskussionen wurde ein Bogen von den Restbeständen völkischen Denkens in Deutschland bis zu den Möglichkeiten eines republikanischen Verfassungsverständnisses auf Ebene der EU gespannt. Angesprochen wurden auch die britischen Erfolge mit der größten Ansammlung von ethnischen Minderheiten in Europa, wie sie



Dr. Josef Homeyer, Präsident des Rates der Bischofskonferenzen der EU am 29.5.2000 im ZEI.

in London aufzufinden ist, und die slowakischen Erfahrungen mit Dörfern im Osten des Landes, die im 20. Jahrhundert acht Mal die staatliche Zugehörigkeit gewechselt haben. Die Ausländerbeauftragte von Berlin, Barbara John, schilderte die Einwanderungsgruppen in der Bundeshauptstadt als tendenziell jünger, risikofreundlicher und erfolgsorientierter gegenüber der einheimischen Bevölkerung. Sie verwies aber auch auf die Nachteile, die sich in Sprachdefiziten, schlechtem Ausbildungsniveau und den Folgen beengter Wohnverhältnisse, die segregationsfördernd sind, ausdrücken.

Zwischen britischen und deutschen Teilnehmern herrschte Konsens darüber, dass der nationale Gedanke und das demokratische Prinzip nicht zu sehr auseinander klaffen dürfen, um größere Probleme der Integration zu vermeiden. Dazu sei es notwendig, klassische nationalfixierte Kulturkonzepte zu erweitern. Die Tagung offenbarte aber auch die anhaltenden Probleme und Unwegbarkeiten in der Entwicklung einer konsensualen europäischen Begrifflichkeit bei der Bezeichnung von Ausländern und Migranten. Intensiv wurden die Fragen einer aus ökonomischen Notwendigkeit gebotenen Zuwanderung erörtert. Weihbischof Josef Voß, Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz und der anglikanische Bischof von Bradford, Reverend David Smith, aber auch Vural Öger, Vertreter des Deutsch-Türkischen Forum, plädierten dafür, Zuwanderer als Menschen und nicht nur als ökonomische Faktoren zu sehen. Staatssekretärin Baroness Scotland schilderte, dass der Begriff „Britisch“ nicht länger statisch verstanden werden könne. Staatssekretärin Cornelia Sonntag-Wolgast beschrieb die Notwendigkeit, Kriterien für die zukünftig gebotene Zuwanderung nach Deutschland zu erarbeiten, deren Notwendigkeit sich aus dem massiven Rückgang der Geburtenrate in der einheimischen Bevölkerung ergibt.

Querschnittsaufgabe „NRW in Europa“

Die kultur- und politikwissenschaftliche Abteilung des ZEI plant, mit einem fokussierten Arbeitsprogramm ihre Expertise für das Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung zu

stellen. Zur Koordination und Bearbeitung wurde im Laufe des Jahres 2000 die Arbeitsstelle „Querschnittsaufgabe NRW“ eingerichtet. Die Arbeit der Querschnittsaufgabe NRW besteht darin, Ideen aus der ZEI-Forschungsgruppen und gegebenenfalls aus externen wissenschaftlichen Einrichtungen aufzunehmen und zusammenzuführen. Die damit verbundenen Impulse und Ideen sollen in besonderer Weise mit der Stellung der Regionen, insbesondere des Landes Nordrhein-Westfalen, innerhalb der EU im Zusammenhang stehen. Neben diesen Querschnittsfunktionen im engeren Sinne stehen wissenschaftliche Aktivitäten, die auf den Ideen und Kernkompetenzen der Arbeitsstelle beruhen. Die Arbeitsstelle will sich einerseits auf laufende Arbeiten und bestehende Forschungsgruppen stützen. Andererseits wird sie auch neue Forschungsvorhaben auf den Weg bringen.

Das Arbeitsprogramm besteht aus mehreren Bausteinen:

Die im Dezember mit einem Gipfeltreffen in Nizza beendete EU-Regierungskonferenz 2000 hat weiteren Handlungs- und Entscheidungsbedarf ergeben. Für die deutschen Bundesländer ist es in diesem Prozess von entscheidender Bedeutung, wie ihre Kompetenzen in einem künftigen Verfassungsvertrag der EU abgegrenzt und gewährleistet werden. Die Themen in Verbindung mit den „Institutionen der EU“ werden bereits durch einen kleinen Arbeitsstab im Rahmen der ZEI-Forschungsgruppe, „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“, bearbeitet. Aus Sicht der „Querschnittsaufgabe NRW“ ist es erstrebenswert, künftig vermehrt solchen Fragen nachzugehen, die NRW-spezifische Interessen behandeln. Das Arbeitsfeld könnte an herausgehobener Stelle die Konkretisierung des Grundsatzes der Subsidiarität und die künftige Kompetenzverteilung in der EU umfassen.

Zusammen mit der fortschreitenden Integration der EU wandelt sich auch der Charakter der innereuropäischen Grenzen sowie die Frage der Zusammenarbeit zwischen den Regionen Europas über diese Grenzen hinweg. Schon lange vor der EU-Regierungskonfe-

renz von Nizza im Dezember 2000 hat sich die Landesregierung von NRW in die Europapolitik eingeschaltet. Dabei hat sie sich nicht nur der Abstimmung mit der Bundesregierung und anderen Bundesländern bedient oder die Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Verträge gesucht. Vielmehr richten sich die Bemühungen von Nordrhein-Westfalen auch auf die nachhaltige Förderung der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Verwaltung mit den benachbarten Staaten Nordwesteuropas. Die Landesregierung hat in diesem Zusammenhang wiederholt ihr besonderes Interesse an einer weiteren Stärkung der Kooperation mit den Benelux-Ländern und Frankreich hervorgehoben. Im Zuge seiner Aktivitäten hat das ZEI damit begonnen, sich einigen der damit verbundenen Problemen zu widmen. Damit kann der Benelux-Kooperation der nordrhein-westfälischen Landesregierung zugearbeitet werden.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Wirtschaft und Verwaltung beruht sehr stark auf den Möglichkeiten, dem Geschick und dem Einfühlungsvermögen auf dem Gebiet der interkulturellen Kommunikation. Wo Stereotypen in der Perzeption des Nachbarlandes und seiner Bewohner, Unterschiede in Begrifflichkeit, Werten und Stilen noch im Stande sind, schwerwiegende Missverständnisse heraufzubeschwören, vermögen „Lesehilfen“ für Kulturen und Mentalitäten einen wertvollen Beitrag leisten, wenn es darum geht, Wirtschaft und Verwaltung in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu

helfen. Dies ist der Beweggrund für ein ZEI-Projekt, welches die unterschiedlichen Kulturen und Mentalitäten in den Nachbarländern Nordwest-Kontinentaleuropas beschreiben und vermitteln soll.

Dieses Projekt „Kulturen, Mentalitäten und Traditionen in Nordwesteuropa: Auswirkungen auf den Stil von Wirtschaft, Verwaltung und Politik für die Jahre 2001 und 2002“ hat eine erfreuliche Resonanz in der Landesregierung von NRW gefunden. Ein Vorprojekt mit ersten Besprechungen zur Implementierung der Pläne ist am 15. Dezember 2000 mit wissenschaftlichen Experten aus Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und Frankreich sowie dem Benelux-Koordinator der Landesregierung, Bernd Müller, durchgeführt worden. Im Verlauf des Jahres 2001 wird die Umsetzung des Projekts stattfinden.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Calleya, St.: „Is the Barcelona Process working?“, ZEI Discussion Paper C 75, Bonn, 2000.

Gu, X.: „Dialog statt Kampf der Kulturen: Eine methodische Vorüberlegung“, in: Gu, X. (Hrsg.): *Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?*, Bonn, 2000, S. 5-12.

Kühnhardt, L.: „Europas Identität und die Kraft des Christentums. Gedanken zum Jahr 2000 nach Christus“, ZEI Discussion Paper C60, Bonn, 2000.

Kühnhardt, L.: „Die Zukunft der Demokratisierung“, in: Kaiser, K. und Schwarz, H.-P. (Hrsg.): *Weltpolitik im neuen Jahrhundert*, Bonn, 2000, Seite 233 ff.

Kühnhardt, L., Pöttering, H.-G.: „Kontinent Europa“, Jädro, Prechody, Hranice, Prag, 2000.

Masala, C.: „Die Euro-Mediterrane Partnerschaft“, ZEI Discussion Paper C 68, Bonn, 2000.

Weiterbildung

Master of European Studies



Prof. Jürgen von Hagen, Prof. Christian Koenig und Programmdirektor PD Stefan Fröhlich (v.l.) bei der Übergabe der Master-Urkunden am 31.5.2000.

Am 31. Mai 2000 wurde am ZEI der zweite Jahrgang im Rahmen einjährigen ZEI-„Aufbaustudiengang Master of European Studies“ offiziell verabschiedet. Insgesamt 23 Fellows traten anschließend ihre Praktikas bei der Europäischen Kommission Brüssel, deutschen Auslandsvertretungen oder verschiedenen Bundesministerien an. Am Ende des Jahres haben damit bereits 36 Studenten aus der Bundesrepublik, den EU-Mitglieds-

ländern, Lateinamerika, Asien, den Vereinigten Staaten und insbesondere aus den mittel- und osteuropäischen Ländern ihr Studium am ZEI mit dem Titel „Master of European Studies“ erfolgreich abgeschlossen. Gleichzeitig nahmen im Oktober 2000 18 Studenten des dritten Jahrgangs ihr Studium in Bonn auf. Aus den beiden ersten Jahrgängen haben die mittlerweile in einem Verein organisierten Alumnis praktisch ausnahmslos den Sprung in die Berufswelt geschafft.

Nach nunmehr drei Jahren ist der Bonner Studiengang innerhalb des großen postgradualen Angebots der Bundesrepublik somit als Erfolg zu bezeichnen. Die Bilanz bestä-

tigt den besonderen Ansatz des auf Initiative des Auswärtigen Amts in Zusammenarbeit mit dem Stifterverband und ausgewählten Universitäten entwickelten Studienprogramms. Das

ZEI ist davon überzeugt, dem ursprünglichen Auftrag des Auswärtigen Amts, den Studiengang für eine Pilotphase von drei Jahren zu erproben, in jeder Hinsicht entsprochen zu haben. Seit 1998 bietet das ZEI mit seinem Programm einen Beitrag zur Verbesserung der „Europafähigkeit“ des Nachwuchses durch eine gezielte, praxisnahe Ausbildung. Der methodische Ansatz des Programms ist interdisziplinär ausgerichtet und beinhaltet in Bonn die Fächer Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Rechtswissenschaft jeweils zu gleichen Teilen. Diese einzigartige Kombination, so bestätigt die Resonanz der Teilnehmer und auch der am Programm beteiligten Dozenten eindrucksvoll, ist in jeden Fall zukunftsweisend und kann der Nachfrage an Allround-Führungskräften am ehesten gerecht werden.

Der Lehrplan ist in Grund- und Vertiefungskurse gegliedert und komplementär ausgerichtet. Die Studierenden werden aus den Bereichen Politik, Ökonomie und Recht durch Dozenten aus Bonn und verschiedenen EU-Mitgliedsländern mit aktuellen Fragestellungen konfrontiert. Die Grundkurse dienen dabei primär der Erlangung und Vertiefung von Grundkenntnissen im Europarecht, zur Wirtschafts- und Währungsunion sowie zur Politischen Union. Darüber hinaus vermitteln kürzere Vertiefungskurse Kenntnisse in den drei das Studienangebot strukturierenden Themenblöcken unter gleichzeitiger Wahrung des interdisziplinären Charakters des Aufbaustudiengangs. Mit der deutlichen Straffung des Studienjahres auf zehn bis elf Monate (inklusive Praktikum) sind erhöhte Leistungsanforderungen und ein außerordentlich intensives Arbeiten verbunden. Gleichzeitig erhöht das komprimierte Angebot die Ausbildungsintensität und ermöglicht aufgrund des Abschlusses bereits im Juli eines Jahres die Beteiligung an Einstellungs-



Klaus Borchard, Rektor der Universität Bonn, und Pia Heckes, Bürgermeisterin der Stadt Bonn, bei der Abschlussfeier am 31.5.2000 im ZEI.

verfahren internationaler Organisationen und Institutionen.

Neben grundlegenden Seminaren zur Europäischen Union wird das Programm seit dem zweiten Jahr durch Beiträge von Praktikern und Experten der Europäischen Kommission, aus Ministerien und anderen europäischen wie internationalen Einrichtungen geprägt. Auf diese Weise wird neben einem hohen akademischen Standard auch der praktische Bezug zu europäischen Fragen gewährleistet. Im Rahmen eines „Masterseminars on European Integration“ werden Vertreter dieser Institutionen zu Gesprächen mit den Teilnehmern des Masterprogramms im Laufe des Jahres eingeladen, um über Erfahrungen aus ihren jeweiligen Arbeitsgebieten zu berichten. Zu den Themen der insgesamt zehn Veranstaltungen gehörten bislang die „Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion“, die „Osterweiterung“ und die Entwicklung der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“.

Darüber hinaus wird in Seminaren in die Thematik „Verhandlungsführung in EU-Gremien“ und „Internationale Arbeitstechniken“ eingeführt. Verschiedene Fallstudien, Planspiele und Diskussionsveranstaltungen ermöglichen den Fellows, theoretisches Wissen möglichst praxisbezogen anzuwenden.

Der Ausbau dieser Praxiskomponenten ist sicherlich die wichtigste Aufgabe für die kommenden Jahre, da sich der Übergang in die Praxis für die Fellows als größte Herausforderung darstellt. Zwar sind die bisherigen

Teilnehmer nahezu ausnahmslos untergekommen, das Programm will jedoch den Fellows eine optimale Orientierungshilfe mit Blick auf die künftige Berufswahl geben und durch den systematischen Ausbau seines Netzwerks eine noch unmittelbarere Starthilfe in den anschließenden Beruf ermöglichen. Zu diesem Zweck wurden beispielsweise ganztägige Workshops mit den Beratungsunternehmen McKinsey und Boston Consulting durchgeführt. In diesen Workshops wurden den Fellows Perspektiven für eine mögliche Karriere in der Wirtschaft mit ihren spezifischen Profilen vermittelt.

Zu den außercurricularen Aktivitäten im Rahmen des Programms gehören außerdem Exkursionen nach Brüssel zur Europäischen Kommission, nach Frankfurt zur Europäischen Zentralbank, nach Straßburg zum Europäischen Parlament und nach Berlin zum Besuch des Deutschen Bundestages und des Auswärtigen Amtes. Auch durch diese Exkursionen will das ZEI den Praxisbezug des Studiums gewährleisten.

Die Organisation von Praktikumsstellen durch das Auswärtige Amt hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass jeweils rund 80% der Fellows von dem breiten Angebot gebraucht gemacht und ein Praktikum entweder in deutschen Auslandsvertretungen, Bundes- oder Landesministerien oder auch in der Wirtschaft angetreten haben. Interessant und vielfältig sind aber auch die Praktikumsmöglichkeiten bei Europäischen Institutionen wie der Kommission in Brüssel oder dem Europäischen Parlament.



*Studenten des
Master-Programms,
Jahrgang 1999/2000.*

Transatlantic Summer Academy

Vom 25. Juni bis 25. Juli 2000 führte das ZEI in Zusammenarbeit mit Lothar Hönnighausen, Direktor des Nordamerika-Programms an der Universität Bonn, die 7. Transatlantic Summer Academy (TASA) durch. Teilnehmer waren 27 Studenten aus



Nachwuchswissenschaftler am ZEI.

Nordamerika, Europa und Asien. Die Sommerakademie stand unter dem Thema „Europe Facing the 21st Century. Defining the Central Issues“. Das vierwöchige, interdisziplinär angelegte Pro-

gramm bestand aus Vorträgen, Tutorials, Panel-Diskussionen und Briefings in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Recht, Geschichte und Kultur. Das Programm bot den Teilnehmern die Möglichkeit, mit Experten und Persönlichkeiten aus Regierung, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und den Medien über aktuelle Themen in den euro-atlantischen Beziehungen zu diskutieren. Den Festvortrag hielt Hermann Remsperger, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, zum Thema „The Importance of the European Monetary Union in Transatlantic Relations“. Wie in den vergangenen Jahren waren die Exkursionen nach Straßburg, Berlin und Brüssel ein zentraler Bestandteil des Programms. Höhepunkt der Straßburg-Exkursion waren Gespräche mit Walter Schwimmer, Generalsekretär des Europa-Rates, Johannes Dohmes, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Europa-Rat, und Luzius Wildhaber, Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. In Berlin sprachen die Teilnehmer mit Vertretern des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes, des Bundesverteidigungsministeriums, Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Ge-

werkschaften und den Medien sowie Vertretern der Botschaft Finnlands und der Vertretung der EU in der Bundesrepublik Deutschland über aktuelle Themen in den euro-atlantischen Beziehungen. Der offizielle Teil des Berlin-Besuches schloss mit einem Gespräch mit S.E. John E. Kornblum, Botschafter der USA in der Bundesrepublik, ab.

In Brüssel diskutierten die Teilnehmer mit hochrangigen Vertretern der Europäischen Kommission und der NATO über aktuelle Themen der europäischen Integration und der transatlantischen Sicherheit. Gesprächspartner waren u.a. S. E. Wilhelm Schönfelder, der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, und Jamie Shea, NATO-Pressesprecher. Ebenso hatten die Teilnehmer die Gelegenheit, mit Frau Ruth Hieronymi, MdEP, über die Rolle des Europäischen Parlaments zu diskutieren. Die Exkursion schloss mit einem Besuch der Vertretung des Landes Nordrhein Westfalen bei der EU ab, bei der die Teilnehmer mit dem Leiter der Mission, Folker Schreiber, über die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen in der EU sprachen.

Das Programm rundeten drei Ausflüge nach Köln, Düsseldorf und Aachen zur Erkundung des Rheinlandes ab. Der neu ins Programm aufgenommene Ausflug nach Düsseldorf bot den Teilnehmern die Gelegenheit, mit Experten der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen und der Mannesmann AG sowie mit Staatssekretär Georg Adamowitsch, Chef der Staatskanzlei, über die Rolle Nordrhein Westfalens in Europa und der Welt zu diskutieren.

Das zentrale Anliegen der Sommerakademie ist es, unter den Teilnehmern aus Nordamerika und Europa ein gegenseitiges Verständnis für die Bewältigung der gemeinsamen Aufgaben zu entwickeln und ihr Bewußtsein zu stärken, dass die transatlantischen Beziehungen so wichtig wie während des Kalten Krieges sind. Nur zusammen können Europa und Nordamerika die vielfältigen Herausforderungen einer globalisierten Welt im 21. Jahrhundert meistern.

Bonn Graduate School of Economics

Der wirtschaftswissenschaftliche Fachbereich der Fakultät für Rechts- und Staatswissenschaft der Universität Bonn betreibt seit 1998 die Bonn Graduate School of Economics, in Deutschland das erste Doktorandenprogramm mit einem modernen Lehrprogramm nach dem Vorbild amerikanischer Graduate Schools. Die Doktorandenausbildung der Bonn Graduate School of Economics besteht aus einem intensiven, verpflichtenden Kursprogramm im ersten Jahr und weiteren Kursen in den folgenden Jahren, in denen die Dissertation angefertigt wird. Das Programm, das sich an deutsche und ausländische Studenten richtet und das gemeinsam von der Universität Bonn, der Université Catholique de Louvain, der Sorbonne (Paris), der London School of Economics und der Universität Pompeu Fabra (Barcelona) getragen wird, wird weitgehend auf Englisch unterrichtet.

Das ZEI beteiligt sich seit 1997 aktiv an dem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierten, wirtschaftswissenschaftlichen Graduiertenkolleg des wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichs. ZEI-Direktor Jürgen von Hagen gehört zu den Antragstellern des im Jahr 2000 neu bewilligten Graduiertenkollegs und beteiligt sich in diesem

Rahmen an der Doktorandenausbildung des Fachbereichs. Er hat in die Verantwortung für die Ausbildung in Makroökonomik übernommen und unterrichtet regelmäßig den Pflichtkurs "Graduate Macroeconomics" im ersten Semester des Doktorandenstudiums. Darüber hinaus gestaltet das ZEI, teils durch Eigenleistung und teils durch externe Dozenten, ebenfalls den Kurs "Graduate International Macroeconomics" im zweiten Semester.

Umgekehrt nehmen die Doktoranden im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften des ZEI an Pflicht- und Wahlveranstaltungen der Graduate School als Teil ihrer Doktorandenausbildung teil. Neben den genannten Kursen in Makroökonomik und internationaler Makroökonomik sind dies Kurse in Mikroökonomik, Spieltheorie und Ökonometrie. Das ZEI sichert auf diese Weise seinen Doktoranden eine Ausbildung auf international hohem Niveau. Dies ist für die Attraktivität des ZEI als Forschungsstandort für Nachwuchswissenschaftler unabdingbar. Zunehmend rekrutiert das ZEI Doktoranden der Graduate School als Nachwuchswissenschaftler, die am ZEI an europäischen wirtschaftspolitischen Themen arbeiten.

Junior Fellows Programm

In Rahmen des Junior Fellows Programms verfassen Doktoranden unter der wissenschaftlichen Leitung von Ludger Kühnhardt europaspezifische Dissertationen oder führen

auswärtige Doktoranden eigenständige Promotionsstudien am ZEI durch. Im Jahr 2000 haben 14 Doktoranden am ZEI Junior Fellows Programm teilgenommen.

ZEI Summer School in International Macroeconomics

Seit 1997 betreibt die Abteilung „Wirtschaftliche und Soziale Fragen“ des ZEI mit großem Erfolg die ZEI Summer School in International Macroeconomics. Sie bietet für rund zwei Wochen einer Gruppe von ca. 25 Nachwuchswissenschaftlern (Doktoranden und Postdoktoranden) ein Angebot von Vorlesungen international führender Wissenschaftler und von Seminaren, bei denen die Teilnehmer ihre eigene Forschung präsentieren. Das Format der Summer School besteht aus je dreistündigen Vorlesungen am Morgen und je dreistündigen Seminaren am Nachmittag. Teilnahmevoraussetzung ist die Einreichung und Annahme einer wissenschaftlichen Arbeit, die ausreichend entwickelt ist, um im Seminar vorgetragen zu werden. Die Summer School hat in den letzten Jahren Nachwuchswissenschaftler aus ganz Europa aber auch Nordamerika und Asien nach Bonn gebracht. Darüberhinaus nehmen regelmäßig jüngere Mitarbeiter von Zentral-

banken und internationalen Organisationen an der Summer School teil. Fortgeschrittene Doktoranden der Abteilung können an der Summer School auch passiv teilnehmen.

Die Abteilung war auch im Jahr 2000 in der Lage, mit Ronald MacDonald (Strathclyde University), Michael Melvin (Arizona State University) und Giancarlo Corsetti (Yale University) international führende Ökonomen als Dozenten der Summer School zu gewinnen. Die Verbindung von Vorlesungen, in denen die Dozenten aus ihrer laufenden Forschungsarbeit vortragen, und Seminaren, in denen internationale anerkannte Spitzenforscher die Arbeiten der Nachwuchswissenschaftler diskutieren und den Autoren Anregungen geben, vermittelt den Teilnehmern äußerst wertvolle Impulse für ihre eigene Forschung.

Sonstige Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen

Vom 8. bis 11. Mai 2000 hat die Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“ des ZEI im Auftrag der Ausbildungsstätte Treptower Park des Auswärtigen Amtes eine sogenannte Europa-Woche organisiert. Teilnehmer dieses Seminars waren junge Diplomaten aus mittel- und osteuropäischen Ländern. Diese erhielten während der vier Tage in der Aus- und Fortbildungsstätte des Auswärtigen Amtes in Bonn-Ippendorf einen Überblick über institutionelle und rechtliche Themen der Europäischen Union. Außerdem wurden Veranstaltungen zu den wichtigsten Fachpolitiken der EU angeboten.

Ebenfalls während des Berichtszeitraums führte die Abteilung „Europäische Wertesys-

teme, Kulturen und Sprachen“ verschiedene Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Diplomaten durch. Dazu gehörte ein Kurs für Diplomaten aus Zentralasien in Verbindung mit dem Auswärtigen Amt und dem DAAD von 29 August bis 1. September 2000 sowie ein Kurs für Diplomaten aus Südosteuropa vom 8 bis 12. Mai 2000, ebenfalls in Verbindung mit dem DAAD und dem Auswärtigen Amt.

Im Rahmen der Task Force Südosteuropa hat das ZEI gemeinsam mit der Diplomatenaкадеmie des Außenministeriums der Republik Kroatien vom 27. August bis 3. September 2000 am „International Center of Croatian Universities“ in Dubrovnik einen Kurs für

junge Diplomaten aus der ganzen Region über aktuelle Europafragen durchgeführt. Neben Mitarbeitern des ZEI referierten im Rahmen des Kurses auch Vertreter der EU-Kommission. Finanziert wurde der Kurs durch das Auswärtige Amt und die Friedrich-Naumann-Stiftung. Der Kurs diente dazu, junge Diplomaten aus Südosteuropa in zentralen Europathemen und in Fragen des Stabilitätspaktes zu schulen. Er sollte zudem die persönlichen Kontakte und damit das Verständnis unter den Diplomaten durch Teilnahme von Vertretern aus möglichst allen Ländern der Region stärken. Letztlich geht es um einen Beitrag im Rahmen des Stabilitätspaktes mit Langzeitwirkung durch gezielte Förderung von Multiplikatoren und künftigen Entscheidungsträgern. Die Evaluierung der Veranstaltung durch die Teilnehmer wie durch die Organisatoren fiel außerordentlich positiv aus. Am Rande der Tagung wurde deshalb vereinbart, den Kurs künftig jährlich in Dubrovnik als „Stability Pact Summer School“ stattfinden zu lassen.

Im August 2000 hat das ZEI in Zusammenarbeit mit dem DAAD ein Europa-Seminar für Studenten der Internationalen Beziehungen aus Aserbeidschan, Kasachstan und Usbekistan organisiert. Nach dem Ende der früheren Sowjetunion litten diese Länder, wie auch viele andere frühere Sowjetrepubliken, an einem dramatischen Mangel an ausgebildeten Diplomaten. Dieses Seminar richtet sich folglich an besonders qualifizierte Studenten und Young Professionals, von denen zu erwarten ist, dass sie in wenigen Jahren zu den außenpolitischen Entscheidungsträgern ihrer Länder gehören werden. Das Schwergewicht des Lehrplans lag neben grundlegenden Themen wie den Institutionen und dem Recht der Europäischen Union bei den Außenbeziehungen der EU. Nach der abschließenden Evaluierung haben der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und der DAAD als Zuwendungsgeber das Budget für das Seminar im Jahr 2001 verdoppelt.

Während des Berichtszeitraumes wurde das gemeinsam mit dem Center for Europe in Warschau im Rahmen der Tempus-Programme der EU durchgeführte „Projekt zur För-

derung der europapolitischen Fort- und Weiterbildung polnischer Polizeioffiziere“ erfolgreich abgeschlossen. Nach einem Seminar in Bonn fand ein zweites in Warschau statt, das ebenfalls vom ZEI unterstützt wurde. Bei dieser Gelegenheit konnte ein für die Zwecke der internen Ausbildung der polnischen Polizeioffiziere erstelltes Handbuch



Europaseminar-Teilnehmer aus Aserbeidschan, Kasachstan und Usbekistan im August 2000 im ZEI.

über die Problematik der Innen- und Justizpolitik sowie des Schengen-Systems vorgestellt werden.

Im Rahmen der dienstlichen Fortbildung für Landesbedienstete des Landes Sachsen-Anhalt hat die Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“ am ZEI am 7. September 2000 im Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt ein Seminar zum Thema EU-Osterweiterung durchgeführt.

Im Rahmen der Beitrittsvorbereitungen Rumäniens (Phare Programm der Europäischen Kommission) beteiligte sich die Abteilung „Wirtschaftliche und Soziale Fragen“ des ZEI im Frühjahr und Sommer 2000 an der Ausrichtung von Fortbildungskursen für rumänische Regierungsbeamte. Iulia Traistaru beriet dabei u.a. die Universität Iasi bei der Entwicklung eines Zentrums für Europastudien.

Zentrale Koordination

IWB-Geschäftsführung

Das ZEI ist eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und bildet gemeinsam mit dem Partnerinstitut ZEF (Zentrum für Entwicklungsforschung) das Internationale Wissenschaftsforum Bonn (IWB). Beide Zentren arbeiten unter einem Dach, teilen sich eine gemeinsame Infrastruktur und nutzen die zentralen Dienste einer gemeinsamen Geschäftsführung.

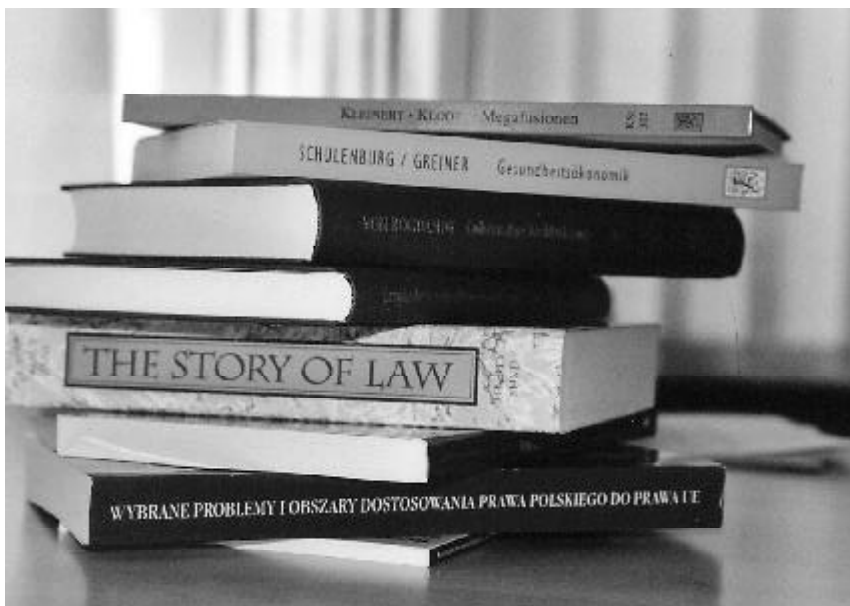
Die IWB-Geschäftsführung unterstützt beide Zentren in zentralen Administrations-, Haushalts-, Koordinations- und Kommunikationsangelegenheiten. Die Geschäftsführung sichert nach innen als zentrenübergreifende Klammer eine effiziente Nutzung der gemeinsamen Infrastruktur und der verfügbaren Ressourcen. Nach außen sucht und pflegt sie vor allem im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit Kontakte zu einschlägigen Institutionen in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Medien und Verwaltung. Insbesondere in Finanzfragen ist sie Bindeglied zu den Landes- und Bundesministerien.

Information, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation

Für seine Außendarstellung hat das ZEI auch in 2000 wieder eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt. Hierzu gehören die Bildung von Foren und Arbeitsgruppen zu spezifischen Fragestellungen, internationale Tagungen sowie Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen. Forschungsergebnisse werden in renommierten Fachzeitschriften und in Buchbeiträgen publiziert. Darüber hinaus gibt das ZEI eigene Publikationsreihen heraus und bietet verschiedene Informationsdienste sowohl für Fachleute als auch eine breitere, an Europafragen interessierte Öffentlichkeit an.

Die Ergebnisse der Arbeiten am ZEI werden als ZEI-Policy/Working Paper oder ZEI-Discussion Paper veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Im Jahr 2000 hat das ZEI 20 Policy/Working Papers und 20 Discussion Papers herausgegeben. Alle Texte können über die Homepage des ZEI heruntergeladen werden. Darüber hinaus werden die Papiere – zumeist im Austauschverfahren – einer großen Anzahl von nationalen, europäischen und internationalen Bibliotheken und wissenschaftlichen Institutionen zur Verfügung gestellt.

In Zusammenarbeit mit dem NOMOS-Verlag in Baden-Baden veröffentlicht das ZEI die Reihe „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“, die sich auf kultur- und politikwissenschaftliche Fragestellungen konzentriert. In dieser Reihe sind in 2000 14 Bände erschienen. Seit 1999 gibt das ZEI in Zusammenarbeit mit dem Kluwer Verlag die Reihe „ZEI Studies in European Economics and Law“ heraus. In dieser Reihe wurden in 2000 ein Band veröffentlicht.





Der ZEI-report erscheint dreimal jährlich und berichtet über aktuelle Entwicklungen am ZEI. Der ZEIreport

wird in gedruckter Form in englischer und deutscher Sprache veröffentlicht und wird in deutscher Sprache auch als Nur-Text-Version per E-Mail versandt. Zusätzlich können die einzelnen Ausgaben im pdf-Format direkt aus dem Internet heruntergeladen werden. Die ZEI-Kurzinformationen, die – außer in englischer und deutscher Sprache – seit 1999 auch in französischer und spanischer Sprache aufgelegt werden, geben einen ersten Überblick über die Ziele, Aufgabe und Aktivitäten des Zentrums. Einen umfassenden Überblick über alle wichtigen Ereignisse am ZEI bietet der ZEI Jahresbericht, der ebenfalls in deutsch und englisch herausgegeben wird.

Die ZEI-Homepage (www.zei.de) wurde auch in 2000 weiterentwickelt und täglich aktualisiert. Monatlich nutzten rund 6000 Besucher aus aller Welt das deutsche oder englische Informationsangebot des ZEI. Die Homepage bleibt damit eines der wichtigsten Informations- und Kommunikationsmedien des Zentrums.

Der Presseservice des ZEI umfasst neben der Herausgabe von Pressemitteilungen auch die Betreuung von Journalisten und Journalis-

tengruppen im Haus, die sich in Gruppen- und Einzelgesprächen intensiv über aktuelle Fragestellungen des europäischen Integrationsprozesses informieren möchten. Darüber hinaus werden der Presse bei konkreten Anfragen kompetente Interviewpartner vermittelt. Der jährlich veröffentlichte ZEI-Pressespiegel dokumentiert das Echo, das ZEI in der Presse erfährt.

Für Besuchergruppen, die sich über die Arbeit des ZEI informieren möchten, werden – nach vorheriger Anmeldung – bedarfsgerechte Informationsveranstaltungen angeboten. Im September 2000 hat das ZEI im Rahmen



einer öffentlichen Veranstaltung ausgewählte Arbeiten vorgestellt und mit den Zuhörern diskutiert.

Infrastruktur

Das ZEI ist gemeinsam mit dem Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) in einem Bürokomplex im ehemaligen Regierungsviertel der Bundesstadt Bonn untergebracht. Die Büroräume sind modern ausgestattet; alle Arbeitsplätze sind über ein leistungsfähiges hauseigenes Computernetz per 100 MB-Leitung zum Rechenzentrum der Universität direkt an das Internet angeschlossen. Im Erdgeschoss des Gebäudes befinden sich drei verbindbare Konferenzräume, die mit moderner Konferenztechnik ausgestattet sind. Darüber hinaus befinden sich innerhalb des Gebäudes auf allen Etagen Arbeitsgruppen und Seminarräume, die insbesondere durch die Studierenden der Weiterbildungspro-



gramme genutzt werden. Sofern keine Veranstaltungen stattfinden, wird einer der Konferenzräume im Erdgeschoss in der Mittagszeit über das Studentenwerk der Universität Bonn als Kantine bewirtschaftet.

Ebenfalls im Erdgeschoss befindet sich die gemeinsame Bibliothek von ZEI und ZEF. Die Bibliothek verfügt über 50 Arbeitsplätze im Lesesaal sowie über PC-Arbeitsplätze mit Internetzugang in einem abgetrennten Medienraum.

Die Bibliothek befindet sich nach wie vor im Aufbau. Ende 2000 standen den Benutzern 11.550 wissenschaftliche Monographien zur Verfügung. Darüber hinaus verfügte die Bibliothek über mehrere Datenbanken, unter anderem der Europäischen Kommission, der OECD und dem Internationalen Währungsfonds. In der Zeitschriftenabteilung waren zu diesem Zeitpunkt rund 1000 Titel aus aller Welt erfasst. Die Bibliothek des ZEI ist als Europäisches Dokumentationszentrum (EDZ) ausgewiesen. Das EDZ umfasst alle Dokumente, die die Europäische Kommission seit dem Jahre 1986 herausgegeben hat. Diese sind im ZEI elektronisch recherchierbar und einsehbar. Weiterhin hat die Bibliothek den Status einer OSZE Depot-Bibliothek, einer Europarat Depot-Bibliothek und einer Depot-Bibliothek des Europäischen Parlaments. Die Dokumente des Europäischen Gerichtshofs und der Europäischen Zentralbank sind ebenfalls vorhanden. Durch eine Schenkung der Deutschen Vertretung der EU - Kommission verfügt das ZEI seit Ende 2000 über fast alle statistischen Zeitschriftenreihen der EU, zurückgehend bis auf die Anfänge der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Bibliothek wird als Präsenzbibliothek geführt, steht jedoch auch externen Besuchern offen.

ZEI im Überblick

Organisation und Ansprechpartner

Zentrum für Europäische Integrationsforschung

Professor Dr. Jürgen von Hagen

**Direktor der Abteilung
"Wirtschaftliche und soziale
Fragen"**

Sekretariat:
Lisa Takacs-Werner
Tel. (0228) 73-9218
Fax (0228) 73-1809
E-Mail: takacs@united.
econ.uni-bonn.de

Professor Dr. Christian Koenig

**Direktor der Abteilung
"Politische, rechtliche und
institutionelle Fragen"**

Sekretariat:
Barbara Hurter
Tel. (0228) 73-1891 / -1892
Fax (0228) 73-1893
E-Mail: sekretariat.zeia@
uni-bonn.de

Professor Dr. Ludger Kühnhardt

**Direktor der Abteilung
"Europäische Wertesysteme,
Kulturen und Sprachen"**

Sekretariat:
Ingrid Maldonado
Tel. (0228) 73-1810
Fax (0228) 73-1818
E-Mail: imaldona@uni-bonn.de

Koordinationsstelle "Master of European Studies"

PD Dr. Stefan Fröhlich Programmdirektor

Sekretariat: Chantal Pirang
Tel. (0228) 73-1899
Fax (0228) 73-1791
E-Mail: st.froehlich@uni-bonn.de

Geschäftsführung (IWB)

Dr. Hartmut Ihne Geschäftsführer

Sekretariat: Sabine Paffenholz
Tel. (02 28) 73-7249
Fax (02 28) 73-5097
E-Mail: s.paffenholz@uni-bonn.de

Monika Reule Information und Öffentlich- keitsarbeit

Sekretariat: Margot Schnieber
Tel. (02 28) 73-1811
Fax (02 28) 73-5097
E-Mail: m.schnieber@uni-bonn.de

Volker Merx

Bibliothek
Tel. (02 28) 73-1723
Fax (02 28) 73-5097
E-Mail: v.merx@uni-bonn.de

Ralf Meyer

Verwaltung
Tel. (02 28) 73-1847
Fax (02 28) 73-5097
E-Mail: r.meyer@uni-bonn.de

Mitarbeiter und Fellows

Forschungsgruppe I "Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa"

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Dr. Valérie Guérin-Sendelbach	seit 1999
Dr. Jürgen Kühling	seit 1999
Nicolai Ritter	seit 1999
Claude Sander	seit 1999
Peter Wittschorek	bis 2000
Dr. Peter Zervakis	seit 1999

Senior Fellows

Name	am ZEI
Priv.-Doz. Dr. Jürgen Elvert <i>University of Kiel</i>	1999 - 2003
Prof. Roy Gardner, Ph.D. <i>Indiana University</i>	seit 1998
Romain Kirt <i>Conseiller d'Etat, Luxemburg</i>	1999 bis 2004
Prof. Dr. Henri Menudier <i>Sorbonne, Paris</i>	
Prof. Jorn Rattso, Ph.D. <i>Norwegian Technical University, Trondheim</i>	seit 1998
Prof. Dr. Helmut Seitz <i>University Viadrina, Frankfurt/Oder</i>	seit 1999
Prof. Dr. Wolfgang Wessels <i>University of Cologne</i>	1999 - 2001

Junior Fellows

Name	Thema
Nathalie Jouan	Deutschland und Frankreich in der Europäischen Union in den neunziger Jahren
Silke Kettig	Der Einfluss inter- und supranationaler Organisationen auf die demokratischen und sozio-ökonomischen Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa
Klaus von Lepel	Finnlands Option für Europa
Holger Moroff	EU-Governance – Netzwerkbildung in der GASP
Su-Ling Tseng	The Competence of EU Institutions in the Formation of EU. External Policy: A Study on EU Trade and Economic Policy towards China, 1975-1999
Martin Weber	Schweden und die Europäische Union
Peter Wittschorek	Parlamentarismus in den Transformationsstaaten der GUS

Forschungsgruppe II "Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik"

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Christina Engelmann	seit 2000
Silke Hinrichs	seit 2000
Sascha Loetz	seit 1999
Eva-Maria Müller	seit 1999
Andreas Neumann	seit 1999
Ernst Röder	seit 1999
Dr. Ellen Troska	1997–2000

Senior Fellows

Name	am ZEI
Dr. Andreas Bartosch <i>Haver & Mailänder, Brussels</i>	seit 1999
Dr. Wilhelm Eschweiler <i>Federal Ministry of Economics and Technology, Bonn</i>	seit 1999
Dr. iur. habil. Dr. sc. econ. Klaus W. Grewlich <i>Foreign Office, Berlin</i>	seit 1999
Antje Pieper <i>Former Chief Legal Officer, WDR, Cologne</i>	seit 1999
Dr. Thomas Tschentscher <i>Bruckhaus, Westrick, Heller, Löber, Frankfurt</i>	seit 1999
Dr. Benedikt Wemmer <i>Moers & Collegen, Berlin</i>	seit 1999
Dr. Wilhelm Wemmer <i>Former Director, Federal Ministry of Economics and Technology, Berlin</i>	seit 2000
Gu Ying	Januar – Juli 2000

Forschungsgruppe III **“Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa”**

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Dr. Matthias Brückner	seit 1999
Dr. Ingo Fender	1996–2000
Dr. Bernd Hayo	1998–2000

Senior Fellows

Name	am ZEI
Klaus Bünger <i>Staatssekretär a.D.</i>	seit 1999
Dr. Etienne Farvaque <i>Université du Littoral, Lille</i>	Okt. – Dez. 2000
Prof. Mark Hallerberg, Ph.D. <i>University of Pittsburgh</i>	seit 1998
Andrew Hughes-Hallett <i>Strathclyde University, Glasgow</i>	seit 1998
Dr. Bernd Kempa <i>University of Essen</i>	seit 1997
Prof. Kenneth Kletzer <i>University of California Santa Cruz und IMF</i>	seit 1999
Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann <i>University of Bonn</i>	seit 1997
Dr. Maxim Nikitin	1999–2000
Prof. Dr. Martin Seidel	seit 1997
Prof. Dr. Dr. hc Reinhard Selten <i>University of Bonn</i>	seit 1997
Dr. Rolf Strauch <i>European Central Bank</i>	seit 2000
Prof. Christopher J. Waller <i>University of Kentucky</i>	seit 1998

Junior Fellows

Name	Thema
Taikuang Ho	Banking Sector Development and Financial Crises
Boris Hofmann	Asset Prices and Monetary Policy Strategies
Boyan Tonkov	Market Microstructure and Currency Crises
Christian Volpe Martincus	Economic Integration, Fiscal Policy, and the Location of Economic Activity
Birgit Uhlenbrock	Regional and Sectoral Effects of Monetary Policy
Guntram Wolff	The “Quality” of Fiscal Policy and Economic Growth

Forschungsgruppe IV **“Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung”**

Senior Fellows

Name	am ZEI
Dr. Robert MacCulloch <i>London School of Economics</i>	1998–2000
Dr. Kenneth Smith	1998–2000

Junior Fellows

Name	am ZEI
Susanne Mundschenk	Policy Coordination in the European Union

Forschungsgruppe V "Erweiterung der Europäischen Union"

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Dr. Rafael Biermann	seit 1999
Dr. Jan Fidrmuc	seit 1999
Dr. Ella Kallai	seit 2000
Georg Klöcker, M.A.	seit 1999
Dr. Emil Mintchev	seit 2000
Dr. Iulia Traistaru	seit 1999

Senior Fellows

Name	am ZEI
Stanislav Daskalov <i>Former Foreign Minister, "European Institute" in Sofia</i>	1999 - 2002
Dr. Gabor Erdödy <i>Eötvös Loránd University, Laszlo Teleki Foundation, Budapest</i>	1999 - 2003
Prof. Ali Kutan <i>University of Southern Illinois</i>	seit 2000
Janusz Reiter <i>Former Ambassador Institute for International Affairs (Warsaw)</i>	seit 1999
Prof. Val Samonis <i>University of Toronto</i>	1998 - 2000
Prof. Dr. Tadeusz Skoczny <i>Center for Europe, Uniwersytet Warszawski</i>	Mai 2000
Eva Slivkova <i>Deputy Director, Department of the Chief Negotiator of Slovakia for the Accession in the EU</i>	1999 - 2002
Prof. Dr. Mladen Stanizææ <i>Institute for International Relations, Zagreb</i>	1999 - 2002
Iveta Sulca <i>EU and Foreign Economic Policy Department, Lettland</i>	1999 - 2002
Dr. Sinisha Tomic <i>Office for European Integration Government of the Republic of Croatia, Zagreb</i>	1999 - 2002
Dr. Egidijus Vareikis <i>Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary Außenministerium der Republik Litauen</i>	1999 - 2002

Junior Fellows

Name	Thema
Susanne Baier-Allen, M.A.	Konfliktlösungsansätze für Zypern
Valeriya Dinger	Banking Sector Development in the Accession States
Holger Gleich	The Evolution of Budgeting Institutions in Transition Economies
Dalia Grigonyte	Monetary Regimes and Their Impact on Macroeconomic Stabilization in the Baltic States
Bartlomiej Gurba	Fiscal Policy in Central and East European Countries
Georg Klöcker	Die Geopolitik des Baltikums
Stefan Mecklenburg	Polen und die EU
Anna Oreziak	Marketingstrategien von Unternehmen in der Europäischen Union
Birgit Schmitz	Monetary Policy in Accession Countries
Jizhong Zhou	Exchange Rate Regimes in Transition Countries

Forschungsgruppe VI "Europas Rolle in der Welt"

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
PD Dr. Xuewu Gu	seit 1999
Dr. Franz-Josef Meiers	seit 1999

Senior Fellows

Name	am ZEI
Dr. Aschot Manutscharjan <i>Freelancer, Deutsche Welle</i>	bis 2002
Dr. Ghia Nodia <i>Caucasian Institute for Peace, Democracy and Development, Tbilisi</i>	Januar bis März 2000
Prof. Dr. Lothar Rühl <i>Former State Secretary University of Cologne</i>	seit 1999
Prof. Jian Shi <i>Center for European Studies Sichuan Union University (EU-CHECP), Chengdu</i>	Februar 2000

Junior Fellows

Name	Thema
Johannes Beverungen	Die Trilaterale Kommission
Mishigijn Enkhbayar	Das völkerrechtliche Gewaltverzichtsprinzip zu heute; vertrauensbildende Maßnahmen in der asiatisch-pazifischen Region
Silke Kettig	Der Einfluss inter- und supranationaler Organisationen auf die demokratischen und sozio-ökonomischen Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa
Jan-Phillipp Weisswange	Neue Orientierungen in der atlantischen Sicherheitskultur
Peter Wittschorek	Parlamentarismus in den Transformationsstaaten der GUS

Forschungsgruppe VII "Europäische Identität und der Dialog der Kulturen"

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Dr. Stefan Comes	seit 1999
Dr. Frank Ronge	1997 - 2000

Senior Fellows

Name	am ZEI
Chrisdean Dillon <i>BBC Scotland</i>	Juni 2000
Dr. Michael Gehler <i>University of Innsbruck</i>	März 2000
Peter Hallaråker <i>Volda College, Norwegen</i>	Juni 2000
Prof. Dr. Lothar Hönninghausen <i>University of Bonn</i>	1999 - 2002
Pater Jean-Claude Hollerich <i>Sophia University, Tokio</i>	2000 - 2002
Dr. Carlo Masala, <i>University of Cologne</i>	
Prof. Dr. Walter Schweidler <i>University of Dortmund</i>	01.07.1999 bis 2002
Prof. Jian Shi <i>Center for European Studies Sichuan Union University (EU-CHECP), Chengdu</i>	Februar 2000

Junior Fellows

Name	Thema
Kaplan Wolfgang Picken <i>Bonn</i>	Demokratische Grundwerte und Gottesbegriff in der Bundesrepublik Deutschland

Ausgewählte Veranstaltungen

Konferenzen und Workshops

20. - 22.01.2000

Tagung "Christenheit - Europa 2000. Die Zukunft Europas als Aufgabe und Herausforderung für Theologie und Kirchen"

26.01.2000

Europäischer Workshop "Medium-Term Strategies for EMU Member Countries"

28.01.2000

"Innovationsansätze bei der Regulierung transeuropäischer Kommunikationsnetze"

in Zusammenarbeit mit dem Centre for International Research on Electronic Communications (CIREC New Media)

28. - 29.01.2000

"Building a Network of European Studies in South Eastern Europe"

in Zusammenarbeit mit der Universität Sofia in Sofia

10.03.2000

"Öffentliche Daseinsvorsorge im Spannungsfeld des EG-Beihilfenrechts"

in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

14. - 15.03.2000

International Economic Association Annual Meetings: "Fiscal Policy Under the Stability Pact"

16. - 17.03.2000

"Europa – ein Kleinstaat-Kontinent?"

in Luxemburg

03.04.2000

"Mittelstandspolitik und wirtschaftliche Entwicklung", Krucowicker Gespräche

in Zusammenarbeit mit der Robert Bosch Stiftung

10. - 14.04.2000

"Integration, Labor Markets, and Trade"

Internationale Konferenz in Vilnius

13.04.2000

"EU-Kompetenzen"

in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

06.05.2000

Economic Policy in the EMU - The Future of the Euro 11

08. - 12.05.2000

Europa-Seminar für junge Diplomaten aus Mittel- und Osteuropa

im Auftrag des Ausbildungsprogramms Trep-tower Park des Auswärtige Amtes, Berlin. Aus- und Fortbildungsstätte des Auswärtigen Amtes in Bonn Ippendorf.

11. - 12.05.2000

"Aktuelle Fragen des EG-Beihilfenrechts"

in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen

22.05.2000

Transatlantic Consortium Annual Meeting

in Maastricht

25.05.2000

Workshop "Die Europäische Union auf dem Weg zu einer Union von Staaten und der Bürger: Europäische Integration vor der Herausforderung von Legitimation und Demokratie"

in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigem Amt in Berlin

25. -27.05.2000

Deutsch-Kasachisches Dialogforum "Integrationsmodelle in Zentralasien und Europa"

Institut für Auslandsbeziehungen e.V. (IfA), Stuttgart

in Zusammenarbeit mit dem Kasachischen Institut für Strategische Studien beim Präsidenten der Republik Kasachstan, Almaty, im Auftrag des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Berlin

30.05.2000

"Regulatory Review – Notwendige Schritte zur Weiterentwicklung des europäischen Regulierungsrahmens der Telekommunikation für das 21. Jahrhundert"

in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bonn/Berlin

2. - 3.06.2000

"The Impact of the Model of 'catch-all'-Parties (Volksparteien, major parties) in Selected Member- and Accession States for the Enlargement Process of the EU. Mediating by Cross-Bordering Party Networks?"

in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung

15.06.2000

"Organe aus dem Reagenzglas auf der Grundlage der Stammzellenforschung – Eine Herausforderung für die Europäische Gesetzgebung"

in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Hessen im Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V. und dem Fonds Hessischer Arzneimittelhersteller e.V.

16. - 17.06.2000

Kolloquium "Die europäischen Kleinsprachen am Anfang des 21. Jahrhunderts"

in Zusammenarbeit mit dem Sprachlernzentrum, dem Germanistischen Seminar, Skandinavistik und dem Sprachwissenschaftlichen Institut der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

28.06.2000**EMU-Monitor Pressekonferenz in Frankfurt****12.07.2000****“Regulierung und Governance des Internets“****13.07.2000****Internationale Konferenz: “Währungskrisen in Transformationsländern“***in Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschaftsforschung, Halle***14. -15.07.2000****Konferenz des Ausschusses für Makroökonomik des Vereins für Socialpolitik***in Zusammenarbeit mit dem Verein für Socialpolitik***24. -25.07.2000****Workshop: “Labor Market Policies in Europe“***in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung***15.09.2000****“Beihilfenrecht und KMU“***in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.***22.-23.09.2000****Internationale Konferenz: “Central Bank Operations: Theory and Evidence“***in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank, der EZB und der Bank von Spanien***25. - 26.09.2000****Tagung “Institutionelle Reform der EU: Unerledigte Aufgaben oder tiefgreifende Reform?“***in Zusammenarbeit mit der Europäischen Rechtsakademie (ERA) in Trier***29.09.2000****Workshop: “Empirische und institutionelle Analyse des Föderalismus in Deutschland“****03. - 05.10.2000****“Second Conference of the Network for European Studies in South Eastern Europe“***in Zusammenarbeit mit der Universität Cluj, Rumänien***19. - 20.10.2000****“Second Parliament’s Forum on EU Accession“****25. - 28.10.2000****Konstanzer Seminar zur Geldtheorie und Geldpolitik***in Zusammenarbeit mit dem Verein Konstanzer Seminar***09.11.2000****Workshop: “Institutions and Fiscal Policy“***an der EZB in Frankfurt***17. - 18.11.2000****7. Europakolloquium “Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation“***gefördert durch die Initiative “Dialog Wissenschaft und Praxis“ der Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Königswinter***24. - 25.11.2000****Erstes Arbeitstreffen des Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa-Treffen der beiden Arbeitsgruppen Curriculum und Neue Medien in Zagreb***in Zusammenarbeit mit dem kroatischen Institut für Internationale Beziehungen (IMO)***29.11.2000****EMU Monitor Pressekonferenz in Frankfurt****01.12.2000****Konferenz “Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe“***in Zusammenarbeit mit der Britischen Botschaft in Berlin***01.12.2000****“Aktuelle Fragen des EG-Beihilfenrechts“,***in Zusammenarbeit mit der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union, Brüssel***04.12.2000****Workshop “Beihilfen in der Insolvenz“****15.12.2000****Workshop “Mentalitäten, Kulturen und Traditionen in Nordwesteuropa“***in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen***15. - 16.12.2000****Internationale Konferenz “Comparative Studies of Local Public Finance“**

Forschungsseminar zur Europäischen Wirtschaftspolitik

17.02.2000

John S. Earle, SITE, Stockholm School of Economics, Central European University

"Equilibrium Wage Arrears: A Theoretical and Empirical Analysis of Institutional Lock-In in Russia"

10.04.2000

Partha Sen, Delhi School of Economics, Delhi University

"Non-Uniqueness in the First Generation Balance of Payments Crisis Models"

13.04.2000

Menzie Chinn, University of California, Santa Cruz

"Interest Parity at Short and Long"

11.05.2000

Volker Clausen, Universität Kiel

"Asymmetrische Zinstransmission in der EWU"

22.05.2000

Lutz Kilian, University of Michigan

"A Monetary Explanation of the Great Stagflation of the 1970s"

26.05.2000

Michele Fratianni, Indiana University

"The Bank for International Settlements: An Assessment of its Role in International Monetary and Financial Policy Coordination"

21.06.2000

Franz Seitz, Fachhochschule Amberg-Weiden

"The Supply and Demand for Eurosystem Deposits – The First Year"

11.07.2000

Gabriele Galati, Bank for International Settlements

"Perceived Central Bank Interventions and Market Expectations: An Empirical Study of the Yen/Dollar Exchange Rate, 1993-96"

26.07.2000

Jens Hölscher, Brighton Business School, University of Brighton

"Income Dynamics and Stability in the Transition Process – General Reflections Applied to the Czech Republic"

02.11.2000

Gerald Pech, University of Bochum

"Coalition Governments versus Minority Governments: Cohesion and Budgeting Outcomes"

08.11.2000

Guido Tabellini, IGIER, Bocconi University

"Political Institutions and Policy Outcomes: What are the Stylized Facts?"

ZEI - Europaforum

17.01.2000

"Mittel- Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?"

Gert Maichel, CEO, RWE AG Essen

29.05.2000

"Die geistige Zukunft der Europäischen Einigung und die katholische Perspektive"

Bischof Dr. Josef Homeyer, Präsident der Kommission der Bischofskonferenzen der EU (ComECE)

27.06.2000

"Croatia on its way to the European Union"

Ivan Jakovic, Minister für Europäische Integration der Republik Kroatien in Zusammenarbeit mit dem Industrieclub e.V. Düsseldorf

11.12.2000

"Die Perspektiven der Osterweiterung nach Nizza"

Günther Verheugen, EU-Kommissar

Summer Schools

25.06 - 25.07.2000

TASA – Transatlantische Sommerakademie

"Europe Facing the 21st Century. Defining the Central Issues"

7. – 18.08.2000

ZEI Summer School in International Macroeconomics and Finance

Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum

17. – 18.01.2000

The European Central Bank's First Birthday

Economic Growth in Europe: Entering a new Era?

03. – 04.07. 2000

The Future of the Banking Industry in Europe

The EU's Trade Policy in the WTO

Europadialog

18.01.2000

“Perspektiven des Friedensprozesses in Israel und Palästina unter Ehud Barak”

Dr. Ludwig Watzal
Redakteur “Aus Politik und Zeitgeschichte”

25.01.2000

“NATO Enlargement and its Impact on the Caucasus”

Dr. Rachel Bronson
Olin Fellow, National Security Studies,
Council on Foreign Relations

01.02.2000

“Georgia’s Emerging Role in Post-Cold War Europe”

Prof. Ghia Nodia
Chairman of the Board of the Caucasian
Institute for Peace, Democracy and Deve-
lopment, Tbilisi

15.02.2000

“Strengthening Internal and External Stability in Albania”

Emir I. Hajdini
Junior Fellow am Zentrum für Europäische
Integrationsforschung

22.02.2000

“Neue Chancen und Optionen im Zypern-Konflikt nach dem EU-Gipfel von Helsinki”

Dr. Peter Zervakis
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI

29.02.2000

“Deutsch-russische Raumfahrkooperation im Trägermarkt – politische und ökonomische Dimensionen”

Peter Freeborn
Leiter Verkauf EUROCKOT, DASA

07.03.2000

“Finis Neutralität? Die europäischen Neutralen im Spannungsfeld der Integration seit 1945”

Prof. Dr. Miachel Gehler
Univ.-Prof. für Neuere Geschichte und Zeit-
geschichte, Leopold-Franzens-Universität
Innsbruck

14.03.2000

“Die Mittelmeerpoltik der Europäischen Union – Chance oder Chimäre?”

Dr. Carlo Masala
Akademischer Rat am Forschungsinstitut für
Politische Wissenschaft und Europäische
Fragen der Universität Köln

21.03.2000

“Bilanz und Perspektiven der Zusammenarbeit der EU mit den AKP-Staaten

Dr. Susanna Wolf
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum
für Entwicklungsforschung, Bonn

28.03.2000

“Russia After the Elections”

Dr. Andrej V. Fjodorov
Exekutivdirektor im Rat für Außen- und
Verteidigungspolitik der Russischen Föderation,
Stv. Außenminister unter Kosyrew

04.04.2000

“Europa und der Maghreb. Eine schwierige Partnerschaft”

Andreas Jacobs
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am For-
schungsinstitut für Politische Wissenschaft
und Europäische Fragen der Universität
Köln

11.04.2000

“Demokratischer Aufbruch oder Festigung autoritärer Herrschaft in Zentralasien?”

Peter Wittschorek
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum
für Europäische Integrationsforschung

18.04.2000

“The EU External Policy Making. The Case of China.”

Su-Ling Tseng
Junior Fellow am Zentrum für Europäische
Integrationsforschung, Doktorandin an der
Universität Birmingham.

25.04.2000

“Die Mitwirkung von Ländern und Regionen in der Euopapolitik: Permanenter Störfaktor oder notwendiges Korrektiv im Interesse der Bürger?”

Dr. Otto Schmuck
Leiter der Europaabteilung in der Landes-
vertretung Rheinland-Pfalz

02.05.2000

“Perspektiven der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik”

Dr. Franz-Josef Meiers
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum
für Europäische Integrationsforschung

09.05.2000

“Die Einführung des Euro in der Stadt Bonn”

Bernhard Gehrman
Euro-Beauftragter der Stadt Bonn

16.05.2000

“Herausforderungen für die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert”

Dr. Franz-Josef Meiers
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum
für Europäische Integrationsforschung

23.05.2000

“Die Verhandlungen um die Erweiterung der Europäischen Union aus polnischer Perspektive”

Prof. Dr. Tadeusz Skoczny
Inhaber eines Jean Monnet Chairs on Euro-
pean Economic Law, Universität Warschau

30.05.2000

“Die Energiereserven im Kaukasus und die strategischen Interessen Europas”

Dr. Frank Umbach
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am For-
schungsinstitut der DGAP

06.06.2000

“Das Büro Kolbow: Ein Beitrag Deutschlands zur Stabilisierung Mazedoniens am Randes des Kosovo-Konfliktes”

Oberst i.G. Heinrich Quaden
Büroleiter von Staatssekretär Walter Kolbow
im Bundesministerium der Verteidigung

13.06.2000

“Bonn - Ein Jahr nach dem Umzug. Standort für Hochtechnologie und internationale Organisationen”

Kurt Seelmann
Leitender Ministerialrat a.D., Beauftragter
des Ministeriums für Schule und Weiterbil-
dung, Wissenschaft und Forschung des Lan-
des Nordrhein-Westfalen für die Wissen-
schaftsregion Bonn

20.06.2000**“Das Verhältnis der Türkei zur Europäischen Union nach dem Gipfel von Helsinki”**

Prof. Dr. Faruk Šen

Direktor des Zentrums für Türkeistudien,
Essen**27.06.2000****“Overlapping Claims in the South China Sea: Implications for European Interests”**

Dr. Mark J. Valencia

Senior Fellow, East-West Center, Hawaii

05.09.2000**“Time of Change in Croatia. Heading Towards Rapid Rapprochement with the European Union”**

Dario Mihelin

Senior Fellow am ZEI, Ministerium für
Europäische Integration der Republik Kroati-
en**12.09.2000****“Der Stabilität für Südosteuropa ein Jahr nach seiner Inauguration – Eine Zwischenbilanz”**

Dr. Rafael Biermann

Leiter der Task Force Südosteuropa am ZEI

19.09.2000**“Die politischen Parteien in Europa zwischen Macht und Machtlosigkeit”**

Dr. Hubert Iral

Senior Fellow am ZEI

26.09.2000**“Zur Lage und Entwicklung im Kosovo”**

Botschafter a.D. Dr. Hansjörg Eiff

u.a. Botschafter 1988-1992 in Belgrad,
1999/2000 politischer Vertreter der Nato in
Mazedonien**10.10.2000****“Bosnien und Herzegowina – Krisenherd oder Modell?”**

Msgr. Dr. Pero Sudar

Weihbischof im Erzbistum Sarajewo

17.10.2000**“Europäisches Parlament und Nationale Parlamente – Verbündete oder Konkurrenten?”**

Andreas Maurer

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Jean-
Monnet-Lehrstuhl für Politikwissenschaft
der Universität Köln**24.10.2000****“Europa und die Pläne der USA im Bereich der Raketenverteidigung”**

PD Dr. Joachim Krause

Stv. Direktor des Forschungsinstitutes der
DGAP**31.10.2000****“Canada quo vadis? Dilemmas of Integration and Disintegration”**

Prof. Peter Leslie

Department of Political Studies, Queen's
University, Kingston, Ontario, Senior Fel-
low am ZEI**07.11.2000****“From the Periphery to the Core? The First Five Years of Finnish EU Membership”**

Prof. Dr. Matti Wiberg

Lehrstuhlinhaber der Politischen Wissen-
schaft, Universität Tampere, Senior Fellow
am ZEI**14.11.2000****“Russia and the Caucasus: Oil, Conflicts, and Foreign Influences”**

Dr. Elkhan Nuriyev

Center of International Studies, Baku

21.11.2000**“Südosteuropa nach den Wahlen in Serbien: Konfliktstruktur und Stabilisierungschancen am Ende eines ereignisreichen Jahres”**

Dr. Emil Mintchev

Mitarbeiter der Task Force Südosteuropa am
Zentrum für Europäische Integrationsfor-
schung**05.12.2000****“Tigersprung oder Trippelschritt? Vor der Regierungskonferenz von Nizza – Chancen und Perspektiven einer profunden institutionellen Reform der Union”**

Dr. Hubert Iral

Senior Fellow am ZEI, Referent in der poli-
tischen Bildung**12.12.2000****“Kompetenzabgrenzung in der Europäischen Union – eine Marotte der deutschen Länder?”**

Uwe Leonardy

Ministerialrat a.D., vielfältige Tätigkeiten in
Bund und Ländern**19.12.2000****“Kooperation im Minenfeld. Die Zusammenarbeit der internationalen Organisationen in Bosnien und Herzegowina. Ein Erfahrungsbericht.”**

Friedrich Christian Haas

Berater/ Projektleiter mundi consulting
GmbH

Publikationen

Publikationsreihen

ZEI Policy Paper/Working Paper

B00-01

Kenneth Kletzer and Jürgen von Hagen: "Monetary Union and Fiscal Federalism"

B00-02

Josef C. Brada, Arthur E. King and Ali M. Kutan: "Inflation Bias and Productivity Shocks in Transition Economies: The Case of the Czech Republic"

B00-03

Jarko Fidrmuc and Jan Fidrmuc: "Integration, Disintegration and Trade in Europe: Evolution of Trade Relations During the 1990's"

B00-04

Christa Randzio-Plath: "A New Political Culture in the EU – Democratic Accountability of the ECB"

B00-05

Jan Fidrmuc: "Liberalization, Democracy and Economic Performance during Transition"

B00-06

Bernd Hayo: "The Demand for Money in Austria"

B00-07

EMU and Economic Growth in Europe (Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum / Forum Economique Franco-Allemand)

B00-08

Kenneth Kletzer: "The Effectiveness of Self-Protection Policies for Safeguarding Emerging Market Economies from Crises"

B00-09

Rafael Di Tella and Robert MacCulloch: "Rational Institutions Yield Hysteresis"

B00-10

Mark Hallerberg: "The Importance of Domestic Political Institutions: Why and How Belgium and Italy Qualified for EMU"

B00-11

Lucjan T. Orłowski: "A Dynamic Approach to Inflation Targeting in Transition Economies" Forthcoming: „Economic Systems“

B00-12

Martin Seidel: "Rechtsetzung und Rechtsangleichung als Folge der einheitlichen europäischen Währung"

B00-13

Nauro F. Campos: "Back to the Future: The Growth Prospects of Transition Economies Reconsidered"

B00-14

Selahattin Dibooglu and Ali M. Kutan: "Sources of Real Exchange Rate Fluctuations in Transition Economies: The Case of Poland and Hungary"

B00-15

Jürgen von Hagen and Ralf Hepp: "Regional Risksharing and Redistribution in the German Federation"

B00-16

Christa Randzio-Plath and Tommaso Padoa-Schioppa: "The European Central Bank: Independence and Accountability"

B00-17

Martin Seidel: "Rückführung der Landwirtschaftspolitik in die Verantwortung der Mitgliedsstaaten? – Rechts- und Verfassungsfragen des Gemeinschaftsrechts"

B00-18

Karl-Martin Ehrhart, Roy Gardner, Jürgen v. Hagen and Claudia Keser: "Budget Processes: Theory and Experimental Evidence"

B00-19

Jens Hölscher: "Income Dynamics and Stability in the Transition Process – General Reflections applied to the Czech Republic"

B00-20

Etienne Farvaque: "Breaking-Up a Nation, from the Inside"

ZEI Studies in European Economics and Law (Kluwer Verlag, Dordrecht-Boston)

Vol. 3: John Maxwell und Jürgen von Hagen (eds.): *Empirical Aspects of Environmental Policies in Europe* (Kluwer Academic Publishers, Boston 2000)

ZEI Discussion Paper

C 60
Ludger Kühnhardt: "Europas Identität und die Kraft des Christentums".

C 61
Kai Hafez: "The West and Islam in the Mass Media".

C 62
Sylvie Goulard: "Französische Europa-politik und öffentliche Debatte in Frankreich".

C 63
Elizabeth Meehan: "Citizenship and the European Union".

C 64
Günter Joetze: "The European Security Landscape after Kosovo".

C 65
Lutz Rathenow: "Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger".

C 66
Panos Kazakos: "Stabilisierung ohne Reform".

C 67
Marten van Heuven: "Where will NATO be ten years from now?".

C 68
Carlo Masala: "Die Euro-Mediterrane Partnerschaft".

C 69
Weltachsen 2000 / World Axes 2000. A documentation.

C 70
Gert Maichel: "Mittel-/Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?".

C 71
Marcus Wenig (ed.): "Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration".

C 72
Ludger Kühnhardt, Henri Ménudier, Janusz Reiter: "Das Weimarer Dreieck".

C 73
Ramiro Xavier Vera-Fluixa: "Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union".

C 74
Xuewu Gu (ed.): "Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?".

C 75
Stephen C. Calleya: "Is the Barcelona Process Working?".

C 76
Àkos Kengyel: "The EU's Regional Policy and its extension to the new members".

C 77
Gudmundur H. Frimannsson: "Civic Education in Europe: Some General Principles".

C 78
Marcus Höreth: "Stille Revolution im Namen des Rechts?".

C 79
Franz-Joseph Meiers: "Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?".

C 80
Gennady Fedorov: "Kaliningrad Alternatives Today".

Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung

Band 12: Matthias Pape (Hsrg.): Österreich – von der Monarchie zum EU-Partner, Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2000, 281 Seiten

Band 13: Marek Siemek: Vernunft und Intersubjektivität, Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2000, 259 Seiten.

Band 14: Hüseyin Bağcı, Jackson Janes, Ludger Kühnhardt (ed.): Parameters of Partnership: The US-Turkey-Europe, Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2000, 248 Seiten.

Band 16: Andreas Beierwaltes: Demokratie und Medien, Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2000, 291 Seiten.

Band 17: Uwe Holtz (Hsrg.): Fünfzig Jahre Europarat, Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2000, 377 Seiten.

Band 18: Susanne Baier-Allen: The Future of Euro-Atlantic Relations, Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2000, 226 Seiten.

Band 19: Cornelis Theunis van der Lugt: State Sovereignty or Ecological Sovereignty? Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2000, 377 Seiten.

Band 20: Sven Arnsward/Marcus Wenig (eds.): German and American policies towards the Baltic States, Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2000, 120 Seiten.

Band 21: Wojciech Boloz/ Gerhard Höver (eds.): Die Einigung Europas als Herausforderung für die Kirche, Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2000, 255 Seiten.

Band 22: Jackson Janes/Oleg Kokoshinsky/Peter Wittschorek (eds.): The Ukraine towards the Euro-Atlantic Structures, Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2000, 179 Seiten.

Band 23: Gerd Föhrenbach: Die Westbindung der baltischen Staaten, Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2000, 269 Seiten.

Band 24: Susanne Baier-Allen, Ljubomir Cüćic (eds.): The Challenges of Pluriculturalism in Europe, Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2000, 212 Seiten.

Band 25: Ludger Kühnhardt: Von Deutschland nach Europa, Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2000, 464 Seiten.

Band 28: Monika Jung: Nukleare Abrüstung der Ukraine 1991-1996, Baden-Baden, NOMOS Verlag, 2000, 301 Seiten.

Publikationen in Fachzeitschriften und Sammelbänden

Forschungsgruppe I "Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa"

Fröhlich, St.: "Institutional Reforms and Enlargement – the two biggest challenges of the EU", in: *Studia Europejskie* (ed.: Center for Europe, Warschau Universität), 4 (2000).

Guerin-Sendelbach, V.: "Politique étrangère et relations franco-allemandes", in: *Ministère de la Défense; Centre d'études en sciences sociales de la Défense* (ed.), *Bilan et perspectives de la coopération militaire franco-allemande de 1963 à nos jours*, Paris 2000, S. 71-82.

Koenig, Chr., Haratsch, A.: "Europarecht", Lehrbuch (374 Seiten), Mohr Siebeck, Tübingen 2000.

Koenig, Chr., Pechstein, M.: "Die Europäische Union", Lehrbuch (340 Seiten), Mohr Siebeck, Tübingen 2000.

Koenig, Chr.: "EU-Grundrechtscharta – ein neuer supranationaler Kompetenztitel?", in: *EuZW* 2000, S. 41.

Koenig, Chr., Kühling, J.: "Anmerkung zum Urteil des EuG vom 15.12.1999", in: *JZ* 2000, S. 251.

Koenig, Chr., Sander, C.: "Vertragsverletzung durch Rechtswegzuweisung?", in: *EuZW* 2000, S. 716.

Kühnhardt, L.: "Neue CDU muss Kohls Europa-Vision folgen", in: *Focus*, Nr.14/2000, 3. April 2000, Seite 100.

Kühnhardt, L., Reiter, J., Ménudier, H.: "Die Zukunft des Weimarer Dreieck. Die französisch-deutsch-polnische Zusammenarbeit für Europa", *ZEI Discussion Paper C72/2000*, Bonn: Zentrum für Europäische Integrationsforschung, 26 Seiten, auszugsweise Vorabdruck in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 200, 29. August 2000, Seite 11.

Kühnhardt, L.: "Gewinnt Europa an Dynamik? Die Europäische Union vor dem Gipfeltreffen in Nizza", in: *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 279, 29. November 2000, Seite 10.

Ronge, F.: "Entwurf muss verbessert werden. Europäische Grundrechtscharta soll im Dezember beschlossen werden" – Kommentar, in: *Kolpingblatt*, Juni 2000, S. 2.

Wittschorek, P.: "Folter in Russland: Schatten der Vergangenheit", in: *ai-Journal*, Nr. 11, November 2000, Seite 16-18.

Zervakis, P.: "Griechenland ante portas", in: *Europäische Zeitung*, Nr. 6, Juni 2000, S. 2.

Zervakis, P.: "Das Europäische Parlament und die Parlamente der Mitgliedsstaaten nach dem Vertrag von Amsterdam", in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 3/2000, S. 765.

Zervakis, P.: "Griechenland", in: *Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000*, ed. von Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels, Bonn 2000, S. 337-342.

Forschungsgruppe II "Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik"

Koenig, Chr., Müller, E.-M.: "Der werbliche Auftritt von on-line-Apotheken im Europäischen Binnenmarkt", in: *WRP* 2000, S. 1366.

Koenig, Chr., Sander, C.: "Die Arzneimittelrichtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen auf dem Prüfstand des EG-Wettbewerbsrechts", in: *PharmR EA* 2/2000, S. 1.

Koenig, Chr., Kühling, J.: "Grundfragen des EG-Beihilfenrechts", in: *NJW* 2000, S. 1065.

Koenig, Chr., Kühling, J.: "Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unter Berücksichtigung der geplanten EG-Verordnung für KMU", in: *DVBl.* 2000, S. 1025.

Koenig, Chr., Sander, C.: "Zur Vereinbarkeit des Festbetragssystems für Arzneimittel mit dem EG-Wettbewerbsrecht", in: *WuW* 2000, S. 975.

Koenig, Chr.: "Internet-Handel mit Arzneimitteln und Wettbewerb im EG-Binnenmarkt", in: *pharmind* 2000, S. 921.

Koenig, Chr., Ritter, N.: "Die EG-beihilfenrechtliche Behandlung von Gesellschaftendarlehen", in: *ZIP* 2000, S. 769.

Koenig, Chr., Sander, C.: "Vertragsverletzung durch Rechtswegzuweisung? – Anmerkungen zum EG-Vertragsverletzungsverfahren am Beispiel des Gesundheitsreformgesetzes 2000 und der Anwendung des EG-Kartellrechts durch deutsche Sozialgerichte", in: *EuZW* 2000, S. 716.

Koenig, Chr., Sander, C.: "Die verbrauchervermittelte Unternehmensbegünstigung auf dem Prüfstand des EG-Beihilfenrechts", in: *EuR* 2000, S. 743.

Koenig, Chr., Röder, E.: "Die EG-Datenschutzrichtlinie für Telekommunikation – Verpflichtungen auch für Internetdienstleister", in: *CR* 2000, S. 668.

Koenig, Chr., Siewer, T.: "Zur Verfassungsmässigkeit der unentgeltlichen Nutzungsberechtigung von Telekommunikations-Netzbetreibern an kommunalen Verkehrswegen", in: *NVwZ* 2000, S. 609.

Koenig, Chr., Kühling, J.: "Funktionsfähiger Wettbewerb und Regulierungsperspektiven auf den Telekommunikationsmärkten", in: *WuW* 2000, S. 596.

Koenig, Chr.: "EG-beihilfenrechtliche Rückforderung als Insolvenzauslöser", in: *BB* 2000, S. 573.

- Koenig, Chr.: "EU-Grundrechtscharta – ein neuer supranationaler Kompetenztitel?"; in: EuZW 2000, S. 417.
- Koenig, Chr., Neumann, A.: "Die neue Telekommunikations-Datenschutzverordnung"; in: K & R 2000, S. 417.
- Koenig, Chr., Loetz, S.: "Zur Bedeutung der Essential Facilities-Doktrin für den Zugang zu Netzinfrastrukturen am Beispiel des Europäischen Telekommunikationsrechts"; in: EWS 2000, S. 377.
- Koenig, Chr., Müller, E.-M.: "EG-rechtliche Vorgaben zur Patentierbarkeit gentherapeutischer Verfahren unter Verwendung künstlicher Chromosomen nach der Richtlinie 98/44/EG"; in: GRUR Int. 4/2000, S. 295.
- Koenig, Chr., Kühling, J.: "Anmerkung zum Urteil des EuG zu den Beihilfen des Freistaats Sachsen"; in: JZ 2000, S. 255.
- Koenig, Chr., Kühling, J.: "Mitgliedstaatliche Kulturförderung und gemeinschaftliche Beihilfenkontrolle durch die EG-Kommission"; in: EuZW 2000, S. 197.
- Koenig, Chr., Loetz, S.: "Fakturierung und Einziehung von TK-Entgelten nach der Inkasso-Entscheidung der RegTP – eine Kritik"; in: K & R 2000, S. 153.
- Koenig, Chr., Neumann, A.: "Das rechtliche und organisatorische Umfeld der Satellitenkommunikation"; in: MMR 2000, S. 151.
- Koenig, Chr., Müller, E.-M.: "5 Jahre EMEA – Ein Zwischenruf auf die gemeinschaftlichen Zulassungsverfahren für Arzneimittel"; in: PharmR 5/2000, S. 148.
- Koenig, Chr.: "Bei Vergabe der Handy-Lizenzen droht eine Diskriminierung"; in: FAZ, 21.06.2000.
- Koenig, Chr., Müller, E.-M.: "EG-rechtliche Privilegierung der Hersteller von Arzneimitteln für seltene Krankheiten (Orphan Medicinal Products) durch Einräumung von Alleinvertriebsrechten versus Patentrecht?"; in: GRUR Int. 2/2000, S. 121.
- Koenig, Chr., Müller, E.-M., Trafkowski, A.: "Internet-Handel mit Arzneimitteln und Wettbewerb im EG-Binnenmarkt"; in: EWS 2000, S. 97.
- Koenig, Chr.: "Fremd- und Eigenkapitalzufuhr an Unternehmen durch die öffentliche Hand auf dem Prüfstand des EG-Beihilfenrechts"; in: ZIP 2000, S. 53.
- Koenig, Chr., Neumann, A.: "Zusammenschaltungs-Entgeltregulierung unterhalb der Schwelle beträchtlicher Marktmacht?"; in: RTkom 2000, S. 27.
- Koenig, Chr., Müller, E.-M.: "Bei der Patentierung von Gen-Verfahren gibt es viele Unklarheiten"; in: FAZ, 03.03.2000.
- Koenig, Chr.: "Medienaufsicht in der Bundesrepublik Deutschland. Im Blickpunkt: Konvergenz der Kommunikationsbranchen"; in: K & R 2000, S. 1.
- Koenig, Chr., Engelmann, Chr.: "Internet-Handel mit Arzneimitteln zwischen Wettbewerb im EG-Binnenmarkt und nationaler Regulierung"; in: PharmR, Europäisches Arzneimittelrecht 1/2000, S. EA 1 ff.
- Koenig, Chr., Kühling, J., ifo-Institut: "Liberalisierung der Telekommunikationsordnungen – Ein Rechtsvergleich"; Studie, Verlag Recht und Wirtschaft, Heidelberg 2000.
- Koenig, Chr.: "Zum Internet-Auftritt einer niederländischen Online-Apotheke sowie zum Spannungsverhältnis zwischen "Versand" und "Bezug" nach §§ 43 Abs. 1 und 73 Abs. 2 Nr. 6a Arzneimittelgesetz"; pmi Verlag, Frankfurt/Moskau/Sennwald/Wien 2000.
- Koenig, Chr.: "Stand der Wissenschaft und Technik im Hinblick auf NAT/PCR-Testungen im Herstellungsprozess von Blutplasmapräparaten. Eine rechtswissenschaftliche Untersuchung"; pmi Verlag, Frankfurt/Moskau/Sennwald/Wien 2000.
- Maxwell, J., von Hagen, J.: "Empirical Aspects of Environmental Policies in Europe"; Kluwer Academic Publishers, Boston 2000.
- Troska, E.: "Monetäre Bewertung von Biotopbeeinträchtigungen bei der Straßenplanung"; Dissertation, Universität Bonn, 2000.
- Forschungsgruppe III "Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa"**
- Brückner, M.: "Voting Power in the European Central Bank"; Homo Oeconomicus XVII(1/2) 2000.
- Fender, I.: "Corporate Hedging: The Impact of Financial Derivatives on the Broad Credit Channel of Monetary Policy"; BIS Working Paper No 94, Basel 2000.
- Fender, I.: "The Impact of Corporate Risk Management on Monetary Policy Transmission: Some Empirical Evidence"; BIS Working Paper No 95, Basel 2000.
- Hayo, B.: Comment on "European Integration, economic and institutional convergence" in: P. Guerrieri, H.-E. Scharer (eds.), Global Governance, Regionalism and the International Economy, Baden-Baden, NOMOS, 2000 S. 73-81.
- Hayo, B., Uhlenbrock, B.: "Industry Effects of Monetary Policy in Germany"; in: J. von Hagen and C.J. Waller (eds.), Regional Aspects of Monetary Policy in Europe, Boston: Kluwer 2000, p. 127-158.
- Hayo, B.: The Monetary Inflation Potential in the Eurozone, with Jürgen von Hagen, EMU Monitor Background Paper, University of Bonn, 2000.
- Hofmann, B., Goodhart, C.: "Do Asset Prices Help to Predict Consumer Price Inflation?" The Manchester School 68, 2000, S. 122-140.
- Hofmann, B., Goodhart, C.: "Financial Variables and the Conduct of Monetary Policy," Sveriges Riksbank Working Paper No. 112.

von Hagen, J.: "EMU: Political Economic Issues and Challenges", in: Günther Engel and Peter Rühmann (eds.), *Geldpolitik und Europäische Währungsunion*, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 2000.

von Hagen, J.: "Fiscal Policy and Intra-national Risk Sharing", in Gregory D. Hess and van Wincoop, E. (eds.): *Intra-national Macroeconomics*, Cambridge University Press 2000.

von Hagen, J.: "Die Europäische Zentralbank muss sich entscheiden", in: *Financial Times Deutschland*, 14.03.2000.

von Hagen, J.: "Die wirklichen Gründe für die Inflation in der Euro-Zone", in: *Financial Times Deutschland*, 31.10.2000.

von Hagen, J.: "Euro verschärft Reformbedarf", in: *Bundesarbeitsblatt* 11/2000, 19-24.

von Hagen, J.: "Mehr Empirie und mehr Wettbewerb zwischen den Unis", in: *Financial Times Deutschland*, 8.12.2000.

Forschungsgruppe IV "Europäische Arbeitsmärkte und soziale Sicherungssysteme"

Smith, K.: "Gains and Losses from the Latvian Public Pension reform", in: *Baltic Journal of Economics*, April 2000.

Forschungsgruppe V "Erweiterung der Europäischen Union"

Biermann, R.: "Der künftige Status Kosovos. Vorbereitung auf das Unvermeidliche", in: *Internationale Politik*, Nr. 9, 2000, S. 51-57.

Fidrmuc, J.: "Economics of Voting in Post-Communist Countries", *Electoral Studies* 19 (2/3), Special issue: Economics and Elections, June/September 2000, 199-217.

Fidrmuc, J.: "Political Support for Reforms: Economics of Voting in Transition Countries", in: *European Economic Review* 44 (8), August 2000, 1491-1513.

Fidrmuc, J., Fidrmuc, J.: "Macroeconomic Developments in the Czech Republic and the EU Accession", in: *Prague Economic Papers* 9 (4), 309-324.

Fidrmuc, J., Fidrmuc, J.: "The Slovak Republic", in: Helena Tang (ed.): *Winners and Losers of EU Integration: Policy Issues for Central and Eastern Europe*. Washington D.C.: The World Bank, 2000, pp. 189-218.

Fidrmuc, J., Fidrmuc, J.: "Integration, Disintegration and Trade in Europe: Evolution of Trade Relations during the 1990's", *ZEI Working Paper B3-2000*, Bonn, 2000.

Fidrmuc, J., Fidrmuc, J.: "Disintegration and Trade", *CEPR Discussion Paper No. 2641*, London 2000.

Fidrmuc, J.: "Adjustment to Shocks via Inter-regional Labor Mobility: Evidence from the Czech and Slovak Republics", in: R.A. de Mooij and B. Leefling (eds.), *The Economic Impact of EU enlargement*, OCFEB Papers and Proceedings, Erasmus University Rotterdam, 2000.

Fidrmuc, J., Fidrmuc, J.: "Macroeconomic Developments in Slovakia and the EU Accession Process", *IIASA Interim Report IR-00-007*, International Institute for Applied Systems Analysis, Laxenburg, Austria, 2000.

Fidrmuc, J., Fidrmuc, J.: "Macroeconomic Developments in the Czech Republic and the EU Accession Process", *IIASA Interim Report IR-00-008*, International Institute for Applied Systems Analysis, Laxenburg, Austria, 2000.

Fröhlich, St.: "The Chances and Challenges of Eastern Enlargement", in: *European Institute* (ed.), *Reviewing Bulgaria's Progress towards EU membership*, Sofia, 2000.

Kühnhardt, L.: "Osterweiterung – eine Dividende für Europa", in: *MUT. Forum für Kultur, Politik und Geschichte*, Nr. 4/Dezember 2000, Seite 56 ff.

Mintchev, E.: "Europa und die Probleme des Balkans. Ein Jahr Stabilitätspakt für Südosteuropa", in: *Internationale Politik*, Nr. 8, 2000, S. 53 - 58

von Hagen, J.: "What Monetary Regime for Accession Countries", in: Sven Arndt, Hans Handler und Dominick Salvatore (eds.): *Eastern Enlargement: The Sooner – The Better?*, Wien, 2000.

von Hagen, J.: "Financial Crises in Transition Countries – recent lessons and problems yet to solve", *Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Sonderheft 6/2000*.

Zervakis, P.: "Cyprus and its Accession to the European Union: Positions and Expectations of the Cypriots and of the International Community", in: *Orient*, 41, Nr.1, März 2000, S. 27-37.

Zervakis, P.: "Internationale Konferenz der Südosteuropa-Gesellschaft zum Thema: Cyprus and its Accession to the European Union: Positions and Expectations of the Cypriots and of the International Community", in: *Südosteuropa Mitteilungen*, Nr. 2/2000, 40. Jahrgang, S. 151-159.

Forschungsgruppe VI "Europas Rolle in der Welt"

Fröhlich, St.: "Challenges and Perspectives for the European Security and Defense Identity", in: Dirk Roctus (ed.): Challenges and Perspectives for Europe. 10 years after the fall of the wall, Antwerpen, 2000.

Fröhlich, St.: "Germany in Europe", in: Southeast European Yearbook, 2 (2000), Athens 2000.

Fröhlich, St.: "The new NATO as a common project – reform, enlargement and beyond", in: Susanne Baier-Allen (ed.): The Future of Euro-Atlantic Relations, Badden-Baden, Nomos, 2000.

Fröhlich, St.: "Der Mittelmeerraum im strategischen Interessenskalkül der USA", in: Masala, Jacobs (ed.): Hannibal ante portas, Ebenhausen 2000.

Gu, X.: "Supermacht China? Die Zukunftsperspektive der Volksrepublik China", in: Internationale Politik, 2000, Heft 1, S. 17-24.

Gu, X.: "Japan and the Security of East Asia", in: Internationales Asienforum", 2000, Heft 1-2, S. 127 - 140.

Kühnhardt, L.: "Über die Grenzen Europas hinaus", in: Erich Reiter (ed.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2000, Wien 2000, Seite 259 ff.

Kühnhardt, L.: "Transatlantic regulatory cooperation, globalization, and democratic values", in: Susanne Baier-Allen (ed.): The Future of Euro-Atlantic Relations, Baden-Baden Nomos 2000, pp.183 ff.

Kühnhardt, L.: "Europas Rolle in der Weltpolitik", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr.B24/2000, Seite 31 ff.

Meiers, F-J.: "La politique allemande de sécurité et de défense à la croisée des chemins", in: Politique Etrangère, Nr.1/2000, S. 47-65

Meiers, F-J.: "Der europäische Sicherheitspfeiler. Stein des Anstoßes für die USA", in: Internationale Politik, 55. Jahr, Nr. 3 (März 2000), S. 43-48.

Wittschorek, P.: "A Nation of Terrorists? Pride and prejudice in Chechnya, and a war that nobody will win", in: Amnesty International Campaigning Magazine, May/June 2000, S. 4.

Zervakis, P.: "Der Gipfel von Helsinki - die Wende in den griechisch-türkischen Beziehungen? Unverhofftes Tauwetter diesseits und jenseits der Ägäis", in: Europäische Zeitung, Nr. 3, März 2000, S. 1.

Forschungsgruppe VII "Europäische Identität und der Dialog der Kulturen"

Gu, X.: "Dialog statt Kampf der Kulturen: Eine methodische Vorüberlegung", in: Xuewu Gu (ed.): Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog? Bonn 2000, S. 5-12.

Kühnhardt, L.: "Europa 2000 - Christentum 2000", in: Udo Zelinka (ed.): Über-Gänge. Die Kirche im 3.Jahrtausend, Paderborn 2000, Seite 65 ff.

Kühnhardt, L.: "Wahrnehmung als Methode. Mentalität, Kultur und Politik "des Anderen" vor neuen Herausforderungen", in: Birgit Aschmann/Michael Salewski (eds.): Das Bild 'des Anderen'. Politische Wahrnehmung im 19.und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2000, Seite 9 ff.

Kühnhardt, L.: "Die Zukunft der Demokratisierung", in: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (eds.): Weltpolitik im neuen Jahrhundert, Bonn 2000, Seite 233 ff.

Kühnhardt, L., Taschubarjan, A. (eds.): "Rossija i Germanija na puti k avtoritarnomu soglasiju", Moskva 2000.

Kühnhardt, L.: "Historia del pensamiento politico: Que queda?", in: Contributiones (Buenos Aires), No. 3/2000, Ano. XVII, Seite 147 ff.

Kühnhardt, L., Pöttering, H.-G.: "Kontinent Europa, Jàdro, Prechody, Hranice", Praha 2000.

Ronge, F.: "Altes Europa", in: Westfälische Nachrichten, 6. Mai 2000.

Kooperationspartner

- Auswärtiges Amt, Berlin
- Außenministerium der Republik Bulgarien
- Außenministerium der Republik Lettland
- Außenministerium der Republik Litauen
- Außenministerium der Republik Slowakei
- Aventis Behring, Marburg
- Aventis Pharma Deutschland, Bad Soden
- Bank von Spanien, Madrid
- Bosporus-Gesellschaft, Bonn
- Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn/Berlin
- Bundesministerium für Finanzen, Berlin
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bonn/Berlin
- Bundesfachverband der Arzneimittelhersteller, Bonn
- Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Berlin
- Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Berlin
- Center for Economic Policy Research (CEPR), London
- Center for Europe, Warszawa
- Center for European Studies, Cluj
- Center for European Studies, Limerick
- Center for European Studies, Universität Sichuan, China
- Centre d'Etudes Prospectives et d'Investigations Internationales (CEPII), Paris
- Centre for Foreign Policy Studies, Budapest
- CIREC New Media (Centre for International Research on Electronic Communications), Münster
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin
- Deutsche Bundesbank, Frankfurt
- Deutsche Welle, Köln
- Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Bonn
- Diplomatenakademie Kroatien, Zagreb
- Europäische Kommission, Brüssel
- Europäische Rechtsakademie (ERA), Trier
- Europäische Zentralbank (EZB), Frankfurt
- Europaministerium der Republik Kroatien
- Europarat, Straßburg
- European Institute, Sofia
- Evangelische Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- Fonds Hessischer Arzneimittelhersteller e.V., Frankfurt
- Foreign Ministry of Thailand, Bangkok
- Forschungszentrum Jülich GmbH, Jülich
- Gustav-Stresemann-Institut, Bonn
- Hallesches Wirtschaftsforschungsinstitut (HWI), Halle
- Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Köln
- Hochschulrektorenkonferenz, Bonn
- Industrie Club e.V. Düsseldorf
- Institut Français, Bonn
- Institut für Auslandsbeziehungen (IfA), Stuttgart
- Institut für Weltwirtschaft, Kiel
- Japanologisches Seminar der Universität Bonn
- Kasachisches Institut für Strategische Studien beim Präsidenten der Republik Kasachstan, Almaty
- Katholische Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn
- Landesverband Hessen im Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Frankfurt
- Le Centre Interdisciplinaire, Paris
- Ministerium des Inneren des Landes Sachsen – Anhalt, Magdeburg
- Nordamerika-Programm der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- OSZE, Wien
- Sprachwissenschaftliches Seminar der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen
- Swedish Institute of International Affairs, Stockholm
- The Interdisciplinary Centre for Comparative Research in the Social Sciences, Wien-Paris
- Universität Köln
- University College of Southern Stockholm (Södertörns högskola), Stockholm
- University of Brno, Brno, Czech Republic
- University Trnava, Slowakei
- Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union, Brüssel
- Y. Jahnsson-Foundation, Helsinki
- Zentrum für Europäisches Wirtschaftsrecht der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

ZEI-Pressespiegel 2000

(Auswahl)

Fachleute fordern Transparenz bei Telekom-Behörde

Gutachter plädieren für weniger Eingriffe

Von Birgit Marschall, Berlin

Das deutsche Telekommunikationsrecht muss nach Einschätzung einer neuen Studie transparenter werden und mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten bieten. Die Entscheidungsprozesse der Telekom-Regulierungsbehörden in anderen Ländern seien oft leichter durchschaubar und würden stärker partizipatorisch gestaltet, heißt es in der Studie des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung und des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn. Das Gutachten entstand im Auftrag von Bundeswirtschaftsminister Werner Müller (parteilos).

Die Entflechtungsmaßnahmen der Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation waren in der Vergangenheit vor allem von den Unternehmen der Telekommunikationsbranche als zu umständlich und schwer durchschaubar kritisiert worden. Minister Müller hatte die Behörde deshalb im Mai aufgefordert, kurzfristige Maßnahmen umzusetzen, um die Praxis zu verbessern.

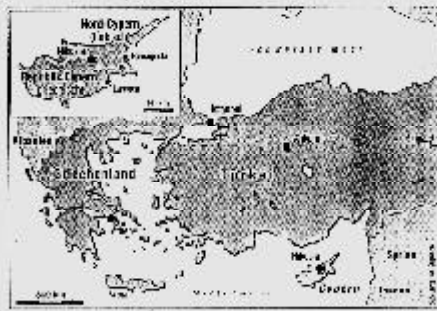
Ifo und ZEI schlagen vor, die Lizenzanforderungen in Deutschland zu beschränken. Als Vorreiter gelten Kanada und Schweden. Dort wird auf eine Lizenzpflicht von Anbietern weitgehend verzichtet. Von den Unternehmen wird in der Regel lediglich eine Auskunft über ihr Dienstleistungs- oder Produktangebot verlangt. In die gleiche Richtung gehen auch Pläne der Europäischen Kommission.

Die Untersuchung zeigt anhand der US-amerikanischen Regulierungspraxis, dass unnötige Markteingriffe des Staates durch eine sorgfältige Abgrenzung der Telekommunikationsmärkte abgebaut werden können. Wenn auch die deutsche Regulierungsbehörde die einzelnen Märkte konsequent voneinander abgrenze, könnte nach Ansicht der Wissenschaftler das im Gesetz bereits angelegte Deregulierungspotenzial besser ausgeschöpft werden.

Problemschüler mit Bestnoten

Cyprus erfüllt fast alle Kriterien für einen EU-Bericht – fraglich ist nur, was mit dem türkischen Norden der Insel passiert

In der Türkei mit der Insel Zypern als Beispiel, heißt es in dem Bericht der Problemschüler. Die EU-Kommission hat die Türkei als einen der Länder mit den besten Voraussetzungen für die Aufnahme in die EU bewertet. Die Türkei erfüllt fast alle Kriterien für einen EU-Bericht, aber es ist fraglich, was mit dem türkischen Norden der Insel passiert.



Die Kommission hat die Türkei als einen der Länder mit den besten Voraussetzungen für die Aufnahme in die EU bewertet. Die Türkei erfüllt fast alle Kriterien für einen EU-Bericht, aber es ist fraglich, was mit dem türkischen Norden der Insel passiert.

Die Kommission hat die Türkei als einen der Länder mit den besten Voraussetzungen für die Aufnahme in die EU bewertet. Die Türkei erfüllt fast alle Kriterien für einen EU-Bericht, aber es ist fraglich, was mit dem türkischen Norden der Insel passiert.

Die Kommission hat die Türkei als einen der Länder mit den besten Voraussetzungen für die Aufnahme in die EU bewertet. Die Türkei erfüllt fast alle Kriterien für einen EU-Bericht, aber es ist fraglich, was mit dem türkischen Norden der Insel passiert.

EUROPAFORSCHUNG / An einem Bonner Institut wird die Zukunft der EU vorausgedacht

Jenseits von Nizza

■ HARTMUT KÖNIG

Alle reden in diesen Tagen an Vordem die Probleme des Euro und die langfristigen Folgen. Und wer sollte nicht darüber nachdenken, was die Zukunft der Währungsunion sein wird?

Die langfristige Zukunft der Währungsunion ist ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die Diskussionen über die Zukunft der Währungsunion sind ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.

Die langfristige Zukunft der Währungsunion ist ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die Diskussionen über die Zukunft der Währungsunion sind ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.

Die langfristige Zukunft der Währungsunion ist ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die Diskussionen über die Zukunft der Währungsunion sind ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.

Die langfristige Zukunft der Währungsunion ist ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die Diskussionen über die Zukunft der Währungsunion sind ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.

■ MEHR BÜRGERNAHE

Die langfristige Zukunft der Währungsunion ist ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die Diskussionen über die Zukunft der Währungsunion sind ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.

Die langfristige Zukunft der Währungsunion ist ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die Diskussionen über die Zukunft der Währungsunion sind ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.

Die langfristige Zukunft der Währungsunion ist ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die Diskussionen über die Zukunft der Währungsunion sind ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.

Die langfristige Zukunft der Währungsunion ist ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die Diskussionen über die Zukunft der Währungsunion sind ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.

■ KEINE ABSPERRE

Die langfristige Zukunft der Währungsunion ist ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die Diskussionen über die Zukunft der Währungsunion sind ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.

Die langfristige Zukunft der Währungsunion ist ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die Diskussionen über die Zukunft der Währungsunion sind ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.

Die langfristige Zukunft der Währungsunion ist ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die Diskussionen über die Zukunft der Währungsunion sind ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.

Die langfristige Zukunft der Währungsunion ist ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die Diskussionen über die Zukunft der Währungsunion sind ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.

Stabilität durch bessere Bildung

ZEI-EUROPAFORSCHER: Der Balkan soll für die Europäische Union gemacht werden

Von Birgit Marschall

Die langfristige Zukunft der Währungsunion ist ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die Diskussionen über die Zukunft der Währungsunion sind ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.



Die langfristige Zukunft der Währungsunion ist ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die Diskussionen über die Zukunft der Währungsunion sind ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.

Die langfristige Zukunft der Währungsunion ist ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die Diskussionen über die Zukunft der Währungsunion sind ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.

Die Gefahr einer Rundumversorgungs-Mentalität"

gen Kühling vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn, hält die Befristung und den stufenweisen Abbau von Subventionen für richtig und gerecht

Wenn die EU-Kommission in ihren neuen Gemeinschaftsrahmen langt, dass alle Umweltbeihilfen in zwei angemeldet werden müssen – bedeutet das nicht einen Widerspruch Artikel 6 EG-Vertrag, der Umwelt als Primärziel der Gemeinschaft verankert?

gen Kühling: Diesen Widerspruch sehe ich nicht. Ich danke vielmehr, dass Gemeinschaftsrahmen ganz im Sinne von Artikel 6 das Verursacherprinzip enthält. Ferner soll erreicht werden, dass Preise der Produkte ihre Kosten für Umwelt widerspiegeln. Dadurch wird der Anreiz verstärkt, diese Kosten möglichst zurückzufahren und damit die Umweltverschmutzung zu verringern.

Für Kohle und Kernkraft gilt diese Internalisierung der Kosten ja auch nicht. Bedeutet das nicht eine Benachteiligung für erneuerbare Energien?

Da ist in der Tat was dran. Die Erneuerbaren haben das Problem, dass sie auf einen Markt kommen, der schon weitgehend liberalisiert ist. Auf sie wird nun das Wettbewerbsrecht mit voller Kraft und Härte angewandt. Sie werden schon in einer Phase des Aufbaus und der Investitionen weit beihilferechtlich kontrolliert. Kohleförderung und Atomindustrie wurden dagegen in einer Zeit aufgebaut, als es noch nicht diese strenge beihilferechtliche Prüfung gab. Die Kohle hat noch dazu eine großzügige Ausnahmeregelung.

Wie kann denn Chancengleichheit

hergestellt werden, wenn nicht durch Subventionen für die wünschenswertesten Energieträger?

Der Gemeinschaftsrahmen verhindert Subventionen ja nicht. Es wird nur eine Befristung und ein stufenweiser Abbau verlangt. Diesen Ansatz halte ich für richtig. Sonst besteht die Gefahr, dass eine Rundumversorgungs-Mentalität entsteht und sich die Produzenten von Erneuerbaren auf die staatliche Unterstützung verlassen – dann hätten wir dasselbe Problem wie bei der Kohle. Das Ungleichgewicht würde besser dadurch beseitigt werden, dass zum Beispiel die Atomenergie ebenso strengen Kontrollen unterworfen wird. Haftungsrisiken sind bei der Kernkraft ein großer Kostenfaktor. Wenn sie teilweise vom Staat

getragen werden, ist das eine Beihilfe.

Die Kommission sagt: Das neue Energieeinsparungsgesetz ist prima – vorausgesetzt, ihr behandelt dänische Einsparer gleich wie deutsche. Widerspricht das nicht dem regionalen Ansatz bei den Erneuerbaren?

Ich bin keine Experte für technische Energiefragen. Gerade im grenzüberschreitenden Bereich kann Energie ganz sicher transportiert werden. In Dänemark werden hohe Windenergie-Kapazitäten aufgebaut mit dem Ziel, den deutschen Markt zu beliefern. Wenn man alternative Energien fördern will, darf es keinen Unterschied machen, ob das Werk in Dänemark oder in Deutschland steht.

Nun wird ein solcher Gemein-

schaftsrahmen ja in Eigenregie von der Kommission formuliert. Wo bleibt da die demokratische Legitimation?

Die Kommission tut das ja nicht im vollkommenen Raum. Sie legt lediglich Bestimmungen des Gemeinschaftsvertrages aus, hier Artikel 87,3. Die Kommission kann unter gewissen Bedingungen Beihilfen genehmigen, wenn sie positive Ziele wie Umweltschutz verfolgen. Das gibt den Mitgliedstaaten Rechtsunsicherheit. Es ist aber nicht bedacht worden, in welchem Ausmaß das Beihilferecht zur Kontrolle sämtlicher Politiken der Mitgliedstaaten führt. Es besteht die Gefahr, dass es zu einer Art Mietrecht wird. Das gleiche Problem könnte auch bei der Gassteuervorsorge entstehen.

INTERVIEW: DANIELA WEICÄRTHNER

EZB-Beobachter: Referenzwert halten

„Euro nicht unterbewertet“ – Zinsschritt eventuell Anfang 2001

Börsen-Zeitung, 30.11.2000
 bux Frankfurt (Eig. Ber.) – Die Europäische Zentralbank (EZB) sollte an ihrem Referenzwert für das Geldmengenwachstum auch im Jahr 2001 festhalten und Anfang nächsten Jahres eine weitere Zinserhöhung in Erwägung ziehen. Diese Empfehlung gab eine unter dem Namen „EMU Monitor“ zusammengeschlossene Gruppe europäischer Volkswirte am Mittwoch in Frankfurt ab. Jürgen von Hagen vom Bonner Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) sagte, die Forschergruppe sehe erheblich erhöhte Risiken für einen konjunkturellen Abschwung im Euroraum aufgrund von finanzieller Instabilität in den USA und von Ungleichgewichten am Weltmarkt. „Die EZB ist gut beraten, bis Anfang nächsten Jahres mit einem weiteren Zinsschritt zu warten“, sagte er. Dann sei eher abschbar, ob der Konjunkturabschwung nur vorübergehend sei oder länger anhalte. Im Falle einer nur kurzfristigen Dämpfung des Wirtschaftswachstums sollte die Zentralbank die Leitzinsen weiter anheben. Damit werde mittelfristig sichergestellt, dass sich die derzeit hohen monatlichen Teuerungsraten im Euroraum wieder zurückbilden und zu einem Niveau unterhalb der mittelfristigen EZB-Preisnorm von 2% zurückkehren.

Zur Begründung eines eventuell weiteren Zinsschritts verwies von Hagen unter anderem darauf, dass die Geldmenge M3 immer noch oberhalb des Referenzwertes von 4,5% wachse. Dieser Wert sei gut definiert und sollte für das kommende Jahr nicht geändert werden, betonte der Ökonom. Er und seine Kollegen werten der Zentralbank vor, dass sie im vergangenen Jahr nicht früher mit der Erhöhung der Leitzinsen begonnen habe und die Geldmenge zu lange und zu stark über den Referenzwert hinaus habe steigen lassen. Eine Anhebung der Referenzwertes auf 5%, wie dies einige Volkswirte fordern, wäre für die monetaristisch orientierte Forschergruppe ein falsches Signal. „Den

Referenzwert in einer Zeit steigender Inflationsraten zu erhöhen schadet der Glaubwürdigkeit der EZB-Verpflichtung zur Wahrung der Preisstabilität“, erklärte von Hagen. Eine Revision dieses Wertes in Verbindung mit der anstehenden Veröffentlichung einer EZB-Inflationsprognose würde zudem als ein Beleg dafür verstanden, dass die EZB der Geldmenge als Inflationsindikator weniger Beachtung schenken wolle. Der EZB-Rat entscheidet am 14. Dezember über die Höhe des Referenzwertes für nächstes Jahr.

Euro wegen Reformdefiziten schwach

Völlig anders als die EZB beurteilt die Forschergruppe die Schwäche der europäischen Währung. Von Hagen sagte: „Der Euro ist nicht unterbewertet“, sein Kurs entspreche weitgehend fundamentalen Faktoren. Er nannte die strukturellen Wachstumsschwächen in Europa, den starken Kapitalabfluss aus dem Euroraum in die USA und den Sachverhalt, dass private internationale Investoren noch immer „überinvestiert“ seien in Euro-denominierten Vermögenswerten. Sollten sich diese Investoren zu einer Anpassung ihrer Portfolios entschließen, sei mit einem weiteren Rückgang des Euro-Kurses zu rechnen, warnte von Hagen.

Die „Bubble-Theorie“ der EZB, wonach der Euro wegen sich selbst erfüllender Erwartungen unterbewertet sei, halten die Monitor-Forscher für nicht überzeugend. Um ihrer Währung auf die Beine zu helfen, sollten die Euro-Staaten Strukturreformen insbesondere im Bereich der Arbeitsmärkte und der Steuersysteme angehen. Interventionen der EZB am Devisenmarkt zur Stützung des Euro würden der Gemeinschaftswährung kaum helfen. Sie könnten vielmehr zu einer verstärkten Volatilität an den Märkten und zu einem Glaubwürdigkeitsverlust der EZB führen, meinen die Wirtschaftswissenschaftler.